4,00 €
September
21. Jahrgang

9|23

Dossier »Vernetzt.« zu Frauennetzwerken

Politik & Kultur

Zeitung des Deutschen Kulturrates

www.politikkultur.de

In dieser Ausgabe:
Ralph Brinkhaus
Katrin Göring-Eckardt
Jürgen Kaube
Ulrike Rosenbach
Dirk Wiese
und viele andere

Künstlersozialkasse
Herzlichen Glückwunsch, KSK! Zum 40. Geburtstag gibt es Einblicke in Geschichte sowie Forderungen für die Zukunft. Seite 3

Studium
Mehr Kulturpolitik an deutschen Universitäten: Wie können kulturpolitische Inhalte an Studierende vermittelt werden? Seite 6

100 Jahre Radio
Helfer in Krisensituationen und Vermittler von Heimat: Rolle und Bedeutung des Community-Radios in Indien. Seite 12

Rundfunkbeitrag
Ein Mysterium: Wie geht es ab 2025 weiter? Die Hoffnungen der Länder ruhen auf der Zukunftskommission und den Anstalten. Seite 14

Ich

Die Angst in der deutschen Gesellschaft wächst unaufhörlich. Die Coronapandemie hat wie ein Katalysator gewirkt, die schon vorhandenen gesellschaftlichen Fehlentwicklungen verstärkt und beschleunigt. Besonders junge Menschen sind von einer erschreckenden Lebensangst erfasst. Die äußeren Umstände sind wahrlich nicht erbaulich. Erst Corona, dann Krieg, und alles wird noch überschattet von dem von Menschen gemachten Klimawandel mit seinen immer sichtbarer werdenden dramatischen Auswirkungen. Das Vereinsamungssinstrument Homeoffice wurde für viele auf Dauer gestellt.

Ja, da kann man schon den Mut verlieren, besonders wenn man einen Glauben an eine Utopie nicht kennt. Politische Utopien sind spätestens mit dem Fall der Mauer und dem darauffolgenden vermeintlichen Sieg der globalen Ökonomie gegen die Staatswirtschaften zu den Akten gelegt worden. Ein gutes Leben wird nicht durch mehr Solidarität, mehr gesellschaftliche Gerechtigkeit, mehr persönliche Entfaltungsmöglichkeiten, sondern durch mehr individuellen Konsum erreicht.

Auch die Religionsgemeinschaften verlieren immer stärker ihre Bindungswirkung. Ihnen laufen ihre Mitglieder in Scharen davon. Der Glaube an ein höheres Wesen ist für immer weniger Menschen in unserem Land ihre persönliche Utopie. Religion als gesellschaftlich verbindendes Band verliert deutlich an Bedeutung.

Das »Wir« wird immer stärker durch das »Ich« abgelöst. Die eigenen Befindlichkeiten, das In-den-Mittelpunkt-Stellen der eigenen Gefühlslage, nimmt beständig zu. Aber damit wächst auch die eigene Angst. Die Angst, schon als Jugendlicher in der Schule zu scheitern, die Angst, die Berufsausbildung oder das Studium nicht exzellent abzuschließen, die Angst, im Beruf, in der Familie, in Beziehungen nicht optimal zu funktionieren, Angst, Angst, Angst.

Gerade in den sogenannten sozialen Medien wird das Konzept der persönlichen Selbstoptimierung gepredigt. Das eigene Ich in seiner Vollkommenheit und in seiner Empfindlichkeit ist eine Art Religionsersatz. Immer tiefer wird in sich selbst hineingehört, jede kleinste Niederlage, jede äußere Kritik wird zur persönlichen Katastrophe.

Die Erwartungen an diese Selbstoptimierung werden immer höhergeschraubt. Nun soll jeder Einzelne durch sein individuelles Tun den Klimawandel aufhalten und eine gerechtere Welt schaffen. Jede Flugreise in den Urlaub wird zum persönlichen Schuldbekenntnis gegen die Zukunft des Planeten. An dieser übersteigerten persönlichen Verantwortung kann man nur scheitern und verzweifeln.

Olaf Zimmermann, Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates und Herausgeber von Politik & Kultur

Zank, Zoff, Zwist

Streitkultur in Geschichte und Gegenwart. Seiten 17 bis 31

FOTO: ADOBE STOCK/FORKART PHOTOGRAPHY

Projekt der Aufklärung: Demokratie

Vom öffentlichen Vernunftgebrauch und einer vitalen Zivilkultur

JULIAN NIDA-RÜMELIN

Das Ideal der deliberativen Demokratie ist der herrschaftsfreie Diskurs. Es gibt keine Hierarchie zwischen den Diskursteilnehmern, alle haben die gleiche Möglichkeit, ihren Standpunkt zu Gehör zu bringen und zu begründen, niemand wird zum Schweigen gebracht, niemand beansprucht für sich die Diskurshoheit. Die Teilnehmer an einem Diskurs begegnen sich auf Augenhöhe, sie hören einander zu, schneiden sich nicht das Wort ab und beenden die Kommunikation nicht willkürlich. In der Habermas'schen Variante deliberativer Demokratie ist diese mit einer nicht unproblematischen Erkenntnistheorie unterlegt, wonach sich Wahrheit als idealer Konsens definieren lässt. Demnach wäre das, auf was sich Personen in einem herrschaftsfreien Diskurs ohne Einschüchterung und Ausgrenzung

Die Unterdrückung von missliebigen Meinungen durch mächtige Akteure marginalisiert die Interessen, die diese zum Ausdruck bringen

einigen würden, gültig. Diese Gültigkeit kann man soziologisch interpretieren, nämlich als Anerkennung einer Norm in der betreffenden Diskursgemeinschaft oder als objektive Geltung, das heißt als eine Art Wahrheitsdefinition für Normen. In der soziologischen Deutung ist dies eine plausible Annahme, nämlich, dass in einer Diskursgemeinschaft, die niemanden ausgrenzt, niemanden unterdrückt, alle gleichermaßen anhört, Konsense bezüglich bestimmter Normen dazu führen, dass diese Norm als gültig anerkannt wird. Als Analogon zu einer Wahrheitsdefinition allerdings taugt dieses Kriterium nicht. Auch unter idealen epistemischen Bedingungen kann ein Konsens in einer herrschaftsfreien Diskursgemeinschaft irrtümlich sein. Im Bereich der empirischen Wissenschaften ist dies unumstritten. Niemand käme dort auf die Idee, dass etwa eine physikalische Theorie dann wahr ist, wenn Personen sich in einem herrschaftsfreien Diskurs darauf einigen würden. Es kann zu neuen Entdeckungen kommen, die die bisherige Theorie infrage stellen oder widerlegen. Wir bleiben in den empirischen Wissenschaften immer auf der Suche nach der Wahrheit, nach der Theorie, die die Realität am besten beschreibt. Es ist die physikalische Realität, die den letzten Prüfstein der Theorie darstellt, obwohl uns diese Realität nie unmittelbar, das heißt ohne begriffliche und theoretische Voraussetzungen zugänglich ist.

Ich plädiere dafür, auch die normativen Geltungsfragen in Analogie zu den empirischen zu behandeln: Auch hier sind wir immer auf der Suche, wir versuchen, herauszufinden, was gerecht ist, wir bringen Argumente vor, die für eine kulturelle oder politische Praxis sprechen. Und wir sollten dies in der Tat im offenen Austausch von Argumenten tun, das heißt in einem Rahmen, den man durchaus als »herrschaftsfreien Diskurs« bezeichnen kann. Aber auch dann, wenn die Form des Austausches von Argumenten den Bedingungen einer idealen Diskursgemeinschaft genügt, können wir uns irren.

Unbeschadet dieser Differenz zwischen einer realistischen und einer konstruktivistischen Interpretation normativer Geltung bleibt eine wichtige Gemeinsamkeit: Der Einsatz von Herrschaftsmitteln, das Ausnutzen von Machtgefällen, die Unterdrückung missliebiger Meinungen durch dominante Mehrheiten oder mächtige Minderheiten behindert den Erkenntnisprozess. Im Falle normativer Regeln kommt hinzu, dass die Angemessenheit einer Verhaltensregel oder einer politischen Institution davon abhängt, dass sie den Interessenlagen aller gleichermaßen gerecht wird. Die Unterdrückung von missliebigen Meinungen durch mächtige Akteure schließt damit nicht nur einen abweichenden Standpunkt aus, sondern marginalisiert zugleich die Interessen, die diese zum Ausdruck bringen. Das aufklärerische Projekt beruht auf der Annahme, dass der Austausch unterschiedlicher Standpunkte, die möglichst vorurteilsfreie Prüfung von Argumenten, dass Meinungsvielfalt und Widerspruch wissenschaftliche und lebensweltliche Erkenntnis fördern und freie Selbstbestimmung ermöglichen, dass der Ausgang aus »selbstverschuldeter Unmündigkeit« (Immanuel Kant) nur über die Offenheit des Geistes zu erreichen ist.

Ist das aufklärerische Ideal einer freien Diskursgemeinschaft nicht eine große Illusion?

Der Rückzug in die Zitadelle der eigenen Gewissheiten, die durch entgegenstehende Auffassungen nicht erschüttert werden, weil diese nicht mehr Teil des Diskurses sein dürfen, die Beschränkung des Austausches auf die Gemeinschaft Gleichgesinnter und der Versuch, die Meinungsäußerungen derjenigen, die nicht dazugehören, zu unterdrücken, markiert den Weg in die voraufklärerische Vergangenheit gefestigter Dogmen und weltanschaulicher Autoritäten.

Aber ist dieses aufklärerische Ideal einer freien Diskursgemeinschaft nicht eine große Illusion? Müssen wir nicht spätestens unter den Bedingungen moderner, zumal digitaler Massenmedien die Realitäten einer Ökonomie der Aufmerksamkeit in Rechnung stellen? In den 280 Zeichen langen Tweets auf X, vormals Twitter, bleibt kein Platz für das differenzierte Argument und den respektvollen Umgang mit Einwänden. Hier gilt es, knapp und so prägnant wie möglich den eigenen Standpunkt zu markieren, um im Strom der Daten und Meinungen Beachtung zu finden. Schon das Bemühen um Begründung kann diese Absicht vereiteln. Argumente langweilen zumeist diejenigen, die

Fortsetzung auf Seite 2

Nr. 9/2023
ISSN 1619-4217
B 58 662

EDITORIAL

Ich
Olaf Zimmermann 01

LEITARTIKEL

Projekt der Aufklärung: Demokratie
Julian Nida-Rümelin 01

SEITE 2

Kulturmensch Isabel Pfeiffer-Poensgen 02

AKTUELLES

Die Künstlersozialkasse wird 40 – Einblicke in die Geschichte: Happy Birthday, KSK!
Olaf Zimmermann und Gabriele Schulz 03

INLAND

Der Dorotheenstädtische Friedhof in Berlin-Mitte: Hort der Kunst und Kultur
Tobias Pehle 04

Ein umweltgerechteres Creative Europe: Nachhaltigkeit konkret
Barbara Gessler 04

Kultur und Integration in Düsseldorf
Miriam Koch im Gespräch 05

»Kulturpolitik sollte als Gegenstand der Forschung und Lehre verankert werden«
Günter Winands im Gespräch 06

Wie generative KI die Realität zersetzt: Die Korrosion der Wirklichkeit
Jürgen Scriba 07

»Theater ist ein Kollektivsport«
Claudia Schmitz im Gespräch 08

Möller meint: West und Ost – Der gemeinsame Diskurs ist verstummt
Johann Michael Möller 09

Mehr Aufmerksamkeit für E-Sport als Spiel
J. Peter Lemcke 10

Orte kultureller Bildung stärken
Drei Fragen zur Kampagne »Machmamit! – Finde, was deins ist« 10

EUROPA

Zur Situation der ukrainischen Kulturmachenden in Deutschland: Kulturelle Vielfalt und Exil
Roman Luckscheiter und Zsuzsanna Aszodi 11

INTERNATIONALES

Goethes Welt: Community-Radio in Indien
Anushi Agrawal und Ram Bhat im Gespräch 12

Kolumbiens gesellschaftlicher Wandel als kulturelle Leistung: Aus dem Windschatten heraus
Klaus-Dieter Lehmann 13

REAKTION

Bürgerräte, eine gute Idee?!
Hans-Peter Meister 13

MEDIEN

Ein Mysterium: Rundfunkbeitrag ab 2025
Helmut Hartung 14

KULTURELLES LEBEN

Die Medienkünstlerin und Kunstprofessorin Ulrike Rosenbach wird 80: Gestern ist heute und heute ist morgen
Ursula Gaisa 15

Claussens Kulturkanzel: Gut versus böse
Johann Hinrich Claussen 15

Personen & Rezensionen 16

STREITKULTUR

Meinungsstreit in der Demokratie: Ohne Streit kein Kompromiss
Olaf Zimmermann 17

Streitkultur in Geschichte und Gegenwart: Ohne faire Regeln?
Gerd Schwerhoff 18

Zu den Bildern 18

Eine Ausstellung über Streit im 18. Jahrhundert und heute: Aus den Tiefen der Geschichte
Holger Zaunstöck 19

Karikaturen und Schmähbilder im 18. Jahrhundert: Diffamierungen in Bildform
Lea Hagedorn 20

Aufklärer an Fürstenhöfen: Streiten für die Wahrheit?
Andreas Pečar 20

Geschichte und Gegenwart wissenschaftlichen Streitens: Defekte Streitkultur?
Marian Füssel 21

Vom Streit um Arbeitsverhältnisse: Arbeiter verlassen die Fabrik
Peter Birke 22

Ein Pfeiler der demokratischen Streitkultur: Das Recht auf die Straße
Thomas Lindenberger 23

Woran es der politischen Auseinandersetzung fehlt: Vom Nutzen des Streits
Hans Jessen 24

Die Abwesenheit von Streit ist Gift für politische Systeme: Mehr »Guten Streit« wagen
Ralph Brinkhaus 25

Bericht aus dem Parlament: Demokratie ist die kultivierte Form des Streits
Katrin Göring-Eckardt 25

Respektvolles Streiten: Gewalt in der Sprache ist abzulehnen
Dirk Wiese 25

Religion und Streit: Kultur der Friedlichkeit?
Johann Hinrich Claussen 26

Allparteilich und unbeteiligt
Jörn Valldorf im Gespräch 27

Zur Lage der Kritik im deutschen Feuilleton: Das »Denn« der »Kunstrichter«
Jürgen Kaube 28

Streit der Perspektiven auf das Geschehene im Dokumentarfilm »The Look of Silence«: Dokumentarische Interventionen
Leef Hansen 28

Medienspektakel und Positionierung des Publikums: Wenn zwei sich streiten, freut sich der Dritte?!
Leef Hansen und Franziska Heller 29

Streit im Museum für Kommunikation: Sind Sie anderer Meinung?
Laura Schmidt 30

Diss-Tracks im Hip-Hop: Kräftemessen der Sprachgewalt
Sandra Winzer 31

Das Spektakel Fußball: Von Pöbeleien über Sprechchöre bis zu Fangesängen
Simon Meier-Vieracker und Torben Rath 31

DAS LETZTE

Kurz-Schluss
Theo Geißler 32

Lawrows Träume 32

Karikatur 32

Impressum 32

DER AUSBLICK 10|23

Die nächste Politik & Kultur erscheint am 1. Oktober 2023.
Im Fokus steht das Thema »Reisekultur«.

Fortsetzung von Seite 1

diese nicht teilen. Provokationen reizen zu Reaktionen und lenken damit die Aufmerksamkeit auf die eigene Intervention.

Diejenigen, die Wissenschaft zu ihrem Beruf gewählt haben, wissen, dass die Realitäten in der durch Schnelllebigkeit, globale Konkurrenz und ökonomische Interessen geprägten Forschung der Gegenwart, dem Ideal fachlicher Rationalität nur selten nahekommen. Dennoch prägt dieser Gegensatz zwischen Fachdiskursen einerseits und politischen und kulturellen Debatten andererseits das Verhältnis von Wissenschaft und Politik. Es gibt einen anschwellenden Chor derjenigen, die der politischen Praxis in der Demokratie und der öffentlichen Meinungsbildung die Kompetenz absprechen, um die anstehenden Menschheitsprobleme zu lösen. Und die ihre ganze Hoffnung auf die fachliche Expertise in Disziplinen und in technologischen und ökonomischen Praktiken suchen. Die politische Praxis in der Demokratie sollte demnach die großen Menschheitsaufgaben an Expertengremien delegieren und damit die fatalen Wirkungen der Irrationalität öffentlicher Meinungsbildung gerade unter den Bedingungen der Aufmerksamkeitsökonomie beschränken.

FOTO: DIANE VON SCHOEN

Dieser neue Elitarismus wird allerdings genau das Gegenteil des Beabsichtigten erreichten. Die populistischen Bewegungen, die die Demokratie als Staats- und Gesellschaftsform gegenwärtig gefährden, beziehen ihre Kraft aus der verbreiteten Einschätzung, dass es ohnehin nur kleine Eliten sind, die über die Geschicke der Welt und des eigenen Landes entscheiden, während die demokratischen Verfahren der Meinungsbildung und Entscheidungsfindung lediglich eine Staffage sind, um das Volk ruhig zu schalten. In unterschiedlichen Varianten, die insbesondere rechts im politischen Spektrum angesiedelt sind, setzen die Populisten auf die unmittelbare Transformation des Volkswillens durch eine charismatische Führungsfigur, die die Volksmeinung artikuliert und machtvoll gegen Eliten durchsetzt, und da die Institutionen der Demokratie diese Transformation des Volkswillens in politische Praxis behindern, müssen sie mit mehr oder weniger radikalen Methoden zerstört werden. Die moderne Demokratie als ein spätes Projekt der Aufklärung wird zur Expertokratie pervertiert, um dann unter dem Ansturm des Populismus zu kollabieren. Der 6. Januar 2021 mit dem Angriff auf das Kapitol hat gezeigt, dass diese Entwicklung keineswegs unrealistisch ist.

Dem müssen wir den öffentlichen Vernunftgebrauch, eine Zivilkultur des respektvollen Umgangs und das Vertrauen auf die lebensweltliche Vernunft der Bürgerinnen und Bürger in einer Demokratie entgegensetzen. Die Wissenschaft mit ihren parzellierten Expertisen kann die Rationalität der politischen Praxis in der Demokratie nicht retten. Vielmehr ist sie aufgerufen, ihre Kenntnisse, soweit sie politisch relevant sind, in einer Sprache in den öffentlichen Diskurs einzuspeisen, die allgemein verständlich ist und dabei die jeweilige Begrenztheit ihres disziplinären Standpunkts mitzudenken. So wie die Virologie nicht in der Lage war, die Auswirkungen von Schul- und Kitaschließungen für die Bildungsentwicklung eines Landes und die sozialen Folgen der Shutdown-Maßnahmen zu bedenken, so kann die Klimaforschung keine politische Strategie einer nachhaltigen Wirtschafts- und Sozialentwicklungen entwerfen. Ohne den öffentlichen Vernunftgebrauch und eine vitale Zivilkultur, die diesen trägt, kann die Demokratie als Staats- und Gesellschaftsform nicht bestehen. Wenn dieser öffentliche Vernunftgebrauch durch Ausgrenzung, Parzellierung, Diskriminierung, Intoleranz und Cancel Culture zugrunde ginge, wäre die Demokratie als eine Form der kollektiven Selbstbestimmung der Gleichen und Freien nicht zu retten.

Julian Nida-Rümelin ist Philosoph und Autor. Er war bis 2020 Lehrstuhlinhaber für Philosophie und politische Theorie der Ludwig-Maximilians-Universität München, er war Kulturstaatsminister im ersten Kabinett Schröder und ist seit 2022 Gründungsrektor der Humanistischen Hochschule Berlin. Im Juli 2023 ist das neue Buch von Julian Nida-Rümelin zu dieser Thematik beim Piper Verlag erschienen: »Cancel Culture: Ende der Aufklärung? Ein Plädoyer für politische Urteilskraft«

Kulturmensch Isabel Pfeiffer-Poensgen

FOTO: BETTINA ENGEL-ALBUSTIN MKW 2021

Isabel Pfeiffer-Poensgen, ehemalige parteilose Ministerin für Kultur und Wissenschaft des Landes Nordrhein-Westfalen und diesjährige Preisträgerin des Deutschen Kulturpolitikpreises, ist ein Kulturmensch. Davon zeugen nicht zuletzt ihr vielseitiges Wirken und ihre langjährige Erfahrung im Kulturbereich.

In den Jahren von 1989 bis 1999 leitete sie als Kanzlerin die Hochschule für Musik und Tanz in Köln, die zu einer der größten europäischen Musikschulen zählt und einen Fokus auf eine berufsbezogene Ausbildung der Studierenden legt. Anschließend übernahm Pfeiffer-Poensgen bis 2004 als Beigeordnete für Kultur und Soziales in Aachen, ihrer Geburtsstadt, Verantwortung in der kommunalen Kulturpolitik. Als Generalsekretärin der Kulturstiftung der Länder wirkte sie von 2004 bis 2017. In dieser Rolle engagierte sie sich besonders für den Schutz von kulturellem Erbe und für die Förderung kultureller Bildung. 2017 wurde Pfeiffer-Poensgen zur Ministerin für Kultur und Wissenschaft in Nordrhein-Westfalen ernannt. Bis 2022 hat sie dieses Amt gründlich und systematisch mit großer Empathie für den Kultur- und Wissenschaftsbereich ausgefüllt und Verknüpfungen zwischen beiden Bereichen hergestellt. Ein besonderes Augenmerk galt der wirtschaftlichen Lage der Künstlerinnen und Künstler. Sie hat dieses Thema nicht nur im Land Nordrhein-Westfalen, sondern auch in der Kulturministerkonferenz mit großem Sachverstand und Beharrlichkeit vorangebracht.

Für ihr außergewöhnliches kulturpolitisches Engagement wird Pfeiffer-Poensgen in diesem Jahr vom Deutschen Kulturrat der Deutsche Kulturpolitikpreis verliehen. Die Verleihung des Preises findet am 21. September 2023 im Wilhelm von Humboldt-Saal der Staatsbibliothek zu Berlin statt. Carsten Brosda, der Senator für Kultur und Medien der Freien und Hansestadt Hamburg, hält die Laudatio.

Mehr zum Deutschen Kulturpolitikpreis unter kulturrat.de/ueber-uns

Happy Birthday, KSK!

Die Künstlersozialkasse wird 40 – Einblicke in die Geschichte

OLAF ZIMMERMANN & GABRIELE SCHULZ

Eine einfache Geburt war es nicht, die Künstlersozialkasse auf den Weg zu bringen. Heute ist sie eine Selbstverständlichkeit, doch der Weg bis zu ihrer Etablierung war steinig, und immer wieder stellten sich Probleme und Schwierigkeiten, die es zu überwinden galt. Der 40. Geburtstag ist ein guter Anlass, um zurück und nach vorne zu blicken.

Mit der Verabschiedung des »Gesetzes über die Sozialversicherung der selbstständigen Künstler und Publizisten« (Künstlersozialversicherungsgesetz) wurde im Jahr 1983 eine Lücke im Sozialversicherungssystem der Bundesrepublik geschlossen.

FOTO: PICTURE ALLIANCE/DPA | HAUKE-CHRISTIAN DITTRICH

Der Weg zur Etablierung der Künstlersozialkasse war steinig

Bis zu diesem Zeitpunkt konnten sich selbstständig tätige Künstlerinnen und Künstler bzw. Publizistinnen und Publizisten für den Krankheitsfall nur durch den Abschluss einer privaten Krankenversicherung absichern. Eine Absicherung für das Alter musste ebenfalls auf privater Basis erfolgen. Diese Lücke im Sozialversicherungssystem führte in Verbindung mit niedrigen Einkommen dazu, dass viele keine Krankenversicherung hatten und daher vielfach im Krankheitsfall die Sozialämter eine Kostenübernahme leisten mussten. Im Alter litten viele Künstlerinnen und Künstler bzw. Publizistinnen und Publizisten unter großer ökonomischer Not, da sie keine ausreichende Altersvorsorge hatten. Das ohnehin knappe Einkommen dieser Berufsgruppe verringerte sich im Alter unter anderem infolge schwindender Schaffenskraft oder veränderter Marktanforderungen erheblich, sodass Ältere oft von der Sozialhilfe abhängig waren.

Wie alles anfing

Alarmiert wurde die Bundespolitik durch den 1975 erschienen »Künstlerreport« von Karla Fohrbeck und Andreas Johannes Wiesand. Im »Künstlerreport« wurde die soziale, berufliche und wirtschaftliche Lage von selbstständigen bildenden Künstlerinnen und Künstlern, darstellenden Künstlerinnen und Künstlern sowie von Musikerinnen und Musikern in den Blick genommen. Die Situation der Autorinnen und Autoren war bereits 1972 Gegenstand des ebenfalls von Fohrbeck und Wiesand erstellten »Autorenreports«. Neben der schwierigen wirtschaftlichen und sozialen Lage der selbstständigen Künstlerinnen und Künstler wurde politisch besonders debattiert, ob es sich bei dieser Gruppe um Unternehmerinnen und Unternehmer handelt oder ob, aufgrund enger Beziehungen zu den Vermarktern, die arbeitnehmerähnlichen Merkmale nicht überwiegen.

Im Jahr 1976 wurde der von der damaligen sozialliberalen Regierungskoalition erste Gesetzesentwurf für ein Künstlersozialversicherungsgesetz vorgelegt. Die Versicherten, also die Künstlerinnen und Künstler, sollten für den Arbeitnehmer- und die Vermarkter für den Arbeitgeberanteil der Beiträge zur Kranken- und Rentenversicherung aufkommen. Die Pflegeversicherung bestand zu dem Zeitpunkt noch nicht, und eine Einbeziehung der Versicherten in die Arbeitslosenversicherung wurde nicht in den Blick genommen. Der Gesetzesentwurf traf auf erbitterten Widerstand der Vermarkter künstlerischer Leistungen. Es folgten noch zwei weitere Gesetzesentwürfe und entsprechende Beratungen und Anhörungen der Bundestagsausschüsse, bis schließlich das Künstlersozialversicherungsgesetz 1981 beschlossen wurde. Am 1. Januar 1983 trat es in Kraft. Zwischenzeitlich war die neu gewählte unionsgeführte Bundesregierung am Ruder.

Unruhiger Anfang

Dass die Künstlersozialkasse (KSK) ihren Sitz in Wilhelmshaven hat, hat sie dem Abgeordneten Herbert Ehrenberg zu verdanken, dessen Wahlkreis Wilhelmshaven war. Die KSK war anfangs als rechtsfähige Anstalt errichtet worden. Das größte Problem bestand darin, dass eine viel größere Zahl an Versicherten auf die KSK zukam, als vorab angenommen worden war. Sie hatte weder das Personal noch die Sachausstattung, um den Arbeitsaufwand zu bewältigen. Darüber hinaus wurde in dieser Anfangsphase der endgültige Beitrag der Versicherten erst nach Ablauf des Jahres festgestellt, um das tatsächliche Einkommen als Grundlage zu erfassen. Dies führte zu Beitragsrückzahlungen oder auch -nachforderungen. Insgesamt war der Aufwand deutlich zu hoch. Ein weiteres entscheidendes Problem war der »Arbeitgeberanteil«. Unternehmen der Kulturwirtschaft hatten gegen die Künstlersozialabgabe Verfassungsbeschwerde eingelegt und weigerten sich, die Abgabe zu entrichten. Im April 1987 entschied das Bundesverfassungsgericht, dass das Künstlersozialversicherungsgesetz verfassungskonform ist. Im Gesetz zur finanziellen Sicherung der Künstlersozialversicherung (1987) wurden im Bundesverfassungsgerichtsurteil angesprochene Aspekte aufgenommen. Der Bundeszuschuss, also der Anteil, den der Bund zur Finanzierung beiträgt, wurde von 17 Prozent auf 25 Prozent erhöht und die KSK in die Landesversicherungsanstalt Oldenburg-Bremen eingegliedert. Ferner wurde der Kreis der Abgabepflichtigen erweitert. So langsam stellte sich eine gewisse Routine ein. Seit dem Jahr 1988 wird der Beitrag der Versicherten nach dem vorausgeschätzten Einkommen festgelegt. Außerdem wurde die bereichsspezifische Künstlersozialabgabe mit einer Kappungsgrenze eingeführt. Seit dem Jahr 1994 werden die Versicherten und Abgabepflichtigen stärker kontrolliert, ob sie ihren Verpflichtungen nachkommen.

Absenkung des Bundeszuschusses

Der nächste Paukenschlag war 1999 das Haushaltssanierungsgesetz der ersten rot-grünen Bundesregierung. Der Bundeszuschuss wurde von 25 Prozent auf 20 Prozent abgesenkt und die bereichsspezifische Künstlersozialabgabe abgeschafft. Hiergegen rührte sich energischer Protest der Bundeskulturverbände. Im Jahr 2001 wurde das Künstlersozialversicherungsgesetz reformiert. Unter anderem wurde eingeführt, dass die Versicherten das Mindesteinkommen zweimal innerhalb von sechs Jahren unterschreiten können, ohne dass der Versicherungsstatus verloren geht. Die Abgabepflicht wurde geschärft und Ausnahmen für Musikvereine eingeführt. Ferner wurde die KSK in die Unfallkasse des Bundes eingegliedert.

Steigender Abgabesatz

Im Jahr 2005 stieg der Abgabesatz deutlich an, und die abgabepflichtigen Unternehmen befürchteten, dass er aus dem Ruder läuft. Es mehrten sich Stimmen, die Künstlersozialversicherung infrage zu stellen. Ein Argument war dabei die europäische Wettbewerbsfähigkeit der kulturwirtschaftlichen Unternehmen. Um Lösungen zu entwickelten, richteten das federführende Bundesministerium für Gesundheit und Soziales und der Deutsche Kulturrat einen Runden Tisch »Stärkung der Künstlersozialversicherung« ein, an dem Vertreterinnen und Vertreter der Verbände der Versicherten und der Abgabepflichtigen teilnahmen. Das gemeinsame Ziel war es, die Abgabepflichtigen umfassend zu erfassen und so die Künstlersozialabgabe möglichst gering zu halten. Ein Durchbruch hierfür war das im März 2007 verabschiedete »Dritte Gesetz zur Änderung des Künstlersozialversicherungsgesetzes und anderer Gesetze«. Von nun an mussten die Prüferinnen und Prüfer der Deutschen Rentenversicherung bei ihren regulären Betriebsprüfungen zur korrekten Abführung der Sozialversicherungsbeiträge auch die Abführung der Künstlersozialabgabe prüfen. Dies führte bei den Unternehmen, die nicht zur Kultur- und Kreativwirtschaft zählen und bislang noch keine Ausgleichsvereinigung gebildet hatten, zu reichlichem Unmut, doch auch diese Hürde nahm die Künstlersozialversicherung, und inzwischen sind diese Prüfungen Routine. Darüber hinaus wurde festgelegt, dass die Versicherten engmaschiger geprüft werden.

Dank der Künstlersozialversicherung haben selbstständige Künstlerinnen und Künstler bzw. Publizistinnen und Publizisten Krankenversicherungsschutz. Sie leisten einen Beitrag zur Pflegeversicherung und sind rentenversichert. Das ist mehr als vor 40 Jahren und kann nicht hoch genug geschätzt werden

Coronapandemie

Die Coronapandemie in den Jahren 2020 bis Anfang 2023 war eine Bewährungsprobe. Schnell war klar, dass die Einkommen der Versicherten ebenso sinken wie die gezahlten Honorarsummen der Unternehmen. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales reagierte rasch und stabilisierte die Künstlersozialkasse mit Entlastungszuschüssen, damit der Abgabesatz in einer für die Kulturwirtschaftsunternehmen ohnehin schwierigen Lage nicht noch in die Höhe schnellte. Die Versicherten konnten in den Jahren 2021 und 2022 bis zu 1.200 Euro im Monat aus nichtkünstlerischer selbstständiger Arbeit verdienen, ohne den Versicherungsschutz verlieren. Weiter musste das Mindesteinkommen aus künstlerischer selbstständiger Arbeit in den Jahren 2020 bis 2022 nicht erreicht werden.

Zukunftsaufgaben

Die Künstlersozialkasse hat in den 40 Jahren ihres Bestehens so manche Krise durchgemacht und Hürde genommen. Sie ist heute nicht mehr wegzudenken. Seit vielen Jahren des Aufwuchses an Versicherten ist der Versichertenbestand im Jahr 2023 im Vergleich zum Vorjahr gesunken. Spannend sind vor allem die Verschiebungen. Über sehr viele Jahre hinweg stellten die Versicherten der Berufsgruppe Wort 25 Prozent der Versicherten. Dieser Anteil ist zum Jahr 2023 auf 21 Prozent gesunken. Die Berufsgruppe Darstellende Kunst, die stets den kleinsten Teil Versicherten stellt, hat zugelegt. Ihr Anteil ist von 13 Prozent auf 17 Prozent angestiegen. Nach wie vor die Berufsgruppe mit den meisten Versicherten ist die Berufsgruppe Bildende Kunst mit 35 Prozent Versichertenanteil, gefolgt von der Berufsgruppe Musik, die aktuell einen Anteil von 27 Prozent hat.

Die Veränderung in der Berufsgruppe Darstellende Kunst deutet darauf hin, dass in jenem Segment des Kulturbereiches, das eigentlich durch abhängige Beschäftigung geprägt ist, die selbstständige Tätigkeit an Bedeutung gewinnt. Generell wird es in der Zukunft darauf ankommen, in den administrativen Abläufen den Besonderheiten hybrider Arbeit, also abhängiger Beschäftigung und selbstständiger Tätigkeit, vermehrt Rechnung zu tragen.

Mit Blick auf die Abgabepflichtigen wird es darauf ankommen, digitale Verwertungsformen stärker in die Abgabepflicht einzubeziehen.

Dank der Künstlersozialversicherung haben selbstständige Künstlerinnen und Künstler bzw. Publizistinnen und Publizisten Krankenversicherungsschutz. Sie leisten einen Beitrag zur Pflegeversicherung und sind rentenversichert. Das ist mehr als vor 40 Jahren und kann nicht hoch genug geschätzt werden. Eines kann die Künstlersozialversicherung nicht, die Einkommensarmut zu beseitigen. Dafür sind andere Instrumente vonnöten. Basishonorare können ein erster Schritt sein. Doch das ist eine andere Baustelle.

Eines bleibt: Happy Birthday Künstlersozialkasse und Dank für 40 Jahre sehr gute Arbeit.

Olaf Zimmermann ist Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates. Gabriele Schulz ist stellvertretende Geschäftsführerin des Deutschen Kulturrates

FOTO: TOBIAS PEHLE

Grab mit Porträtbüste der deutschen Schauspielerin Inge Keller auf dem Dorotheenstädtischen Friedhof

Hort der Kunst und Kultur

Der Dorotheenstädtische Friedhof in Berlin-Mitte

TOBIAS PEHLE

Der Mensch ist erst wirklich tot, wenn niemand mehr an ihn denkt.« Dieser universelle, wohl ewig gültige Satz liest sich im Kontext von Friedhöfen wie ein Werbeslogan. Tatsächlich aber stammt er von Bertolt Brecht – und bekommt in einer unscheinbaren Ecke des Dorotheenstädtischen Friedhofs in Berlin-Mitte eine äußerst berührende, persönliche Dimension: Denn hier zeigen zwei schlichte Findlinge die Namen des großen Dramatikers und seiner nicht weniger berühmten Frau, Helene Weigel. Das Doppelgrab, das in seiner unprätentiösen, aber zugleich kraftvollen Gestaltung so perfekt zu Brecht passt, hat wesentlichen Anteil daran, dass dieser kleine intime Friedhof im Herzen der Hauptstadt zu einem der bedeutendsten Friedhöfe des Landes avancierte.

Die Beisetzung von Bertolt Brecht am 17. August 1956 löste nämlich eine Art Sogwelle aus: Viele Mitglieder der Akademie der Künste, deren Vizepräsident Brecht an seinem Lebensende war, wünschten sich daraufhin ebenfalls eine Beisetzung auf diesem Friedhof – und in ihrer Folge viele weitere prominente Künstlerinnen und Künstler.

Wer heute die Grabreihen des Dorotheenstädtischen Friedhofs besucht, wandelt so durch eine beeindruckende Gedächtnislandschaft der jüngeren deutschen Kunst- und Kulturgeschichte. Literatinnen und Literaten wie Anna Seghers, Christa Wolf oder Stefan Zweig, Regisseurinnen und Regisseure wie Ruth Berghaus, George Tabori oder Heiner Müller, Schauspielerinnen und Schauspieler wie Inge Keller, Otto Sander oder Erwin Geschonneck: Ihre Gräber halten die Erinnerung an herausragende künstlerische Leistungen wach – genau wie das Gedenken an viele weitere Kulturschaffende oder andere große Namen der Zeitgeschichte: Johannes Rau, Egon Bahr, Fritz Teufel.

Die Bedeutung dieses Friedhofs allein auf Bertolt Brecht zurückzuführen greift jedoch zu kurz: Denn bereits gut 100 Jahre zuvor löste die Beisetzung von Karl Friedrich Schinkel, dem großen Gestalter des Klassizismus, unter Intellektuellen und Kulturschaffenden einen ähnlichen Run auf die Grabplätze an der Chausseestraße aus. Und für Bertolt Brecht, der um die Ecke wohnte, war bei der Grabwahl sicher mitentscheidend, dass auch Georg Wilhelm Friedrich Hegel und Johann Gottlieb Fichte hier ihre letzte Ruhestätte gefunden hatten.

Bei all dieser Prominenz überrascht, dass dieser Friedhof keinesfalls besonders prächtig oder gar protzig gestaltet ist. Im Gegenteil: Das eigentlich Spektakuläre sind die Schlichtheit und Natürlichkeit dieses Ruheareals inmitten hektischen Großstadtlebens. Das gerade einmal zwei Fußballfelder große Grabfeld strahlt ein Höchstmaß an berührender Intimität und stiller Würde aus. Trotz seines großen Bekanntheitsgrades spürt man hier die besondere Atmosphäre eines Gartens der Erinnerung – eine Gefühlswelt, die die deutsche Friedhofskultur so einzigartig macht. Und das ist der Verdienst der Evangelischen Kirchengemeinde St. Marien-Friedrichswerder, in deren Obhut dieser Friedhof liegt. Hier werden nämlich

Wer heute die Grabreihen des Dorotheenstädtischen Friedhofs besucht, wandelt durch eine beeindruckende Gedächtnislandschaft

nach wie vor in erster Linie Gemeindemitglieder beigesetzt und ihre Gräber von Angehörigen selbst gestaltet oder gepflegt. Und wann immer Prominenz hier beerdigt werden möchte, bedarf es der ausdrücklichen Zustimmung der Kirchengemeinde – und diese wird längst nicht jedem erteilt.

So präsentiert sich »Doro 1«, wie der Friedhof in Insiderkreisen heißt, nach wie vor als typischer Berliner Innenstadtfriedhof: überschaubar, von Mauern abgeschirmt, aber doch mitten im Leben gelegen. Und auch das Treiben auf diesem Friedhof ist für diese Stadt ebenso normal wie auf dem gleichnamigen Pendant an der Luisenstraße, dem Dorotheenstädtischen Friedhof II: Hier trauern nicht nur Menschen um Verstorbene oder erinnern ihrer – viele kommen einfach, um eine Auszeit zu nehmen, Ruhe zu finden oder Natur zu genießen.

Und doch ist dieser Friedhof etwas ganz Besonderes – und ein internationaler Besuchermagnet dazu. Das verdankt er nicht nur Schinkel und Brecht. Denn seit 2015 zieht ein weiterer Name die Menschen auf dem Dorotheenstädtische Friedhof magisch an: James Turrell, einer der wichtigsten Künstler unserer Zeit, hat das Innere der Friedhofskapelle in ein weltweit bekanntes Lichtkunstwerk verwandelt. Besonders in der Dämmerung der blauen Stunde am frühen Abend verschmilzt das natürliche Licht außen mit der sanft changierenden Beleuchtung im Inneren der schlichten Kapelle. Es entsteht eine besondere Stimmung mit großer Symbolkraft: Der Tod wird in vielen Kulturen mit dem Übergang vom Hellen ins Dunkle verbunden, das Johannes-Evangelium bezeichnet Jesu als das Licht der Welt, und nicht zuletzt ist das Licht selbst weltweit Symbol der Hoffnung. All das spiegelt sich in Turrells »Luther's Light«, wie die Installation heißt, auf so beeindruckende wie berührende Weise.

Dabei ist Turrells Arbeit nicht das einzige sehenswerte Kunstwerk auf dem Friedhof: Viele Gräber sind von Künstlerinnen und Künstlern gestaltet wie von Sabina Grzimek, Gustav Seitz oder Fritz Cremer. Der Dorotheenstädtische Friedhof ist so zugleich auch bedeutender Skulpturenpark. Gemeinsam mit dem unmittelbar benachbarten kleinen Französischen Friedhof nimmt er die Besucher mit auf eine kulturhistorische Reise mit herausragenden Werken unterschiedlicher Zeit- und Stilepochen – mit einem deutlichen Schwerpunkt auf der Moderne. Und so ist dieser Friedhof, der unbestritten zu den großen Sehenswürdigkeiten der Stadt zählt, auch ein Hort der Kunst und Kultur, lebendig und kraftvoll zugleich.

Der Ursprung des eingangs zitierten Satzes von Bertolt Brecht ist übrigens nicht belegt – die Literaturwissenschaft verweist darauf, dass der zugrunde liegende Gedanke wohl bereits im 17. Jahrhundert ähnlich formuliert worden ist. Was aber unzweifelhaft aus der Feder Brechts stammt, ist das 1939 entstandene Gedicht »An die Nachgeborenen«, das mit dem wunderbaren Satz endet »Und gedenkt unsrer mit Nachsicht«.

Tobias Pehle ist Geschäftsführer des Kuratoriums Immaterielles Erbe Friedhofskultur, dem Partner der Deutschen UNESCO-Kommission für diese Kulturform

FRIEDHOFS-KULTUR

Friedhöfe sind Kulturorte! Ab sofort stellt Tobias Pehle in jeder Ausgabe von Politik & Kultur einen ausgewählten Friedhof vor.

DOROTHEEN-STÄDTISCHER FRIEDHOF

Der Dorotheenstädtische Friedhof befindet sich in der Chausseestraße 126 in 10115 Berlin. Im September ist er täglich von 8 bis 19 Uhr geöffnet. Er bedeckt eine Fläche von 17.000 Quadratmetern. Weitere Informationen hier: tinyurl.com/2s46tdan

Nachhaltigkeit konkret

Ein umweltgerechteres Creative Europe

BARBARA GESSLER

Der europäische Green Deal, Kernstück dieser Kommission mit Präsidentin Ursula von der Leyen, sieht vor, dass Europa bis 2050 klimaneutral wird. Alle europäischen Förderprogramme sind angehalten, konkret zur Erreichung dieses Ziels beizutragen. Für Initiativen wie Erasmus+ oder Creative Europe stellt dies eine besondere Herausforderung dar, da ihr europäischer Mehrwert zwar nicht ausschließlich, jedoch explizit auf der Idee des Nutzens grenzüberschreitender Mobilität beruht. Sie können nicht als Nachhaltigkeitsprogramme bezeichnet werden, da ihre eigentliche Bestimmung eine andere ist, müssen jedoch dennoch konkret nachweisen, wie sie diese prioritäre und alle EU-Politiken einbeziehende Zielsetzung übersetzen. Die Ende 2020 verabschiedete Gesetzesgrundlage für Creative Europe hat für die laufende Finanzperiode 2021-2027 dementsprechend keine Indikatoren vorgesehen. Nicht zuletzt mit Blick auf den kommenden mehrjährigen Finanzrahmen haben jedoch die zwei für das Programm verantwortlichen Generaldirektionen eine Studie in Auftrag gegeben, deren Ergebnisse Ende Mai veröffentlicht wurden. Sie untersucht, welche Leitlinien den Antragstellenden und Begünstigten bei der Gestaltung und Verwaltung ihrer Projekte gegeben werden sollten, um deren Auswirkungen auf die Umwelt zu begrenzen und umweltgerechte Verfahren zu integrieren. Sie sollte zudem Empfehlungen für das Monitoring und die Bewertung grüner Aspekte von Projektanträgen erarbeiten. Sie diente der Sammlung bewährter Praktiken, die für die Notwendigkeit eines ökologisch nachhaltigen Wandels sensibilisieren und die Fortschritte dokumentieren, die seit 2014 im Hinblick auf die umweltgerechte Gestaltung des Programms erzielt wurden. Konkret erschien es der Kommission sinnvoll, einen Vorschlag für Umwelt-, Klima- und Nachhaltigkeitsindikatoren sowie Zielvorgaben, Benchmarks und Basiswerte für das Programm, auch zur Messung der Ausgaben für umweltgerechte Prozesse, zu erarbeiten und die Möglichkeiten für die Einführung eines standardisierten Ansatzes für die Erhebung von Daten zu CO2-Emissionen und anderen Umweltindikatoren für das Programm zu prüfen. Die Kommission reagiert damit auch auf den Farreng-Bericht des Europäischen Parlaments, der für Erasmus+ und Kreatives Europa eine Einbeziehung der Umweltdimension fordert.

Es überrascht wenig, dass insbesondere in den letzten Jahren des Vorgängerprogramms Projektträger zunehmend stärker für das Thema sensibilisiert waren und konkrete Maßnahmen ergriffen haben, um ihren CO2-Abdruck zu verringern. Gute Praktiken und Hinweise wurden dabei an die entsprechenden Zielgruppen weitergegeben. Gleichzeitig kann man noch nicht von einer systematischen Berücksichtigung dieser Faktoren sprechen. Beschleunigt durch die rapide wachsende Aufmerksamkeit für das Thema sowie politische Vorgaben wurden eine Reihe von Diskussions- und Austauschforen, wie beispielsweise auch im Rahmen der Methode der offenen Koordinierung, organisiert. Dementsprechend hat insbesondere das Unterprogramm MEDIA unmittelbar die bereits fortgeschrittene Praxis im Film- und Medienbereich gezielt in Ausschreibungen einbezogen, indem es bei der Evaluierung Punkte für umweltbewusste Anträge vergibt und diesen somit einen echten »geldwerten« Vorteil einräumt. Im Kulturbereich vergibt die 2022 lancierte und vom Goethe-Institut für die Kommission umgesetzte Initiative »Culture Moves Europe« zur individuellen Mobilität bereits ein Top-up für die Nutzung ökologisch behutsamerer Verkehrsmittel. Für die anderen Aktionen gaben Exekutivagentur und Kommission Antragstellern zunächst lediglich vor, Strategien vorzulegen, wie sie ihr Projekt umweltgerecht gestalten wollen. Dabei sollten insbesondere die großen Diskrepanzen, die zwischen einzelnen Kreativbereichen bestehen, sowohl mit Blick auf Ressourcen,

aber insbesondere auch auf ihren geografischen Standort berücksichtigt werden. Hauptziel europäischer Förderung bleibt die Stärkung der Kapazitäten des Kultursektors, eine gerechte Ausgestaltung der Forderung nach umweltgerechter Gestaltung von Projekten darf keine neuen Ungleichgewichte schaffen. Im Sinne eines umfassenderen Konzepts von Nachhaltigkeit spielen auch soziale Kriterien, wie Inklusion, Integration oder die Gleichstellung der Geschlechter, eine Rolle. Gleichzeitig haben einige wegweisende Projekte, Festivals und Netzwerke bereits hervorragend konzipierte Anregungen entwickelt, die jenseits ihrer ursprünglichen Kulturbereiche angewandt werden können. Diese Leitlinien, auch im Rahmen der Plattformprojekte, sind nun systematisch erfasst und darstellbar. Auch die nationalen Creative Europe Desks können zum Austausch innovativer Praktiken beitragen. Ebenso werden Instrumente zum Messen der Ökobilanz als Monitoring für Projekte vorgeschlagen. Die im kommenden Jahr anstehende Zwischenbilanz des Programms böte eine Gelegenheit, hier aktiv zu werden. Spätestens für das Nachfolgeprogramm ab 2028 wird eine Entscheidung notwendig sein, ob und wie verpflichtende Vorgaben und Indikatoren sowie gezieltes Monitoring des Programms insgesamt umgesetzt werden. Gerade dieser Sommer hat uns die Folgen des Klimawandels überdeutlich vor Augen geführt, und Kulturschaffende sind zweifellos bereits heute engagiert, nicht zuletzt auch durch die künstlerische Thematisierung des Problems, ihren Anteil zu leisten.

Diese Kolumne stellt nicht die Meinung der Europäischen Kommission dar, sondern ist die persönliche Ansicht der Autorin.

Barbara Gessler ist Referatsleiterin »Kapazitätsaufbau im Hochschulbereich« in der Exekutivagentur EACEA. Zuvor war sie Referatsleiterin »Creative Europe« bei der Europäischen Kommission

Kultur und Integration in Düsseldorf

Miriam Koch im Gespräch

Oper und Schauspielhaus, Kunstpalast und Kunsthalle, Fachmuseen wie das Filmmuseum, Hetjens Museum, Stadtmuseum, Schifffahrtsmuseum oder Heinrich-Heine-Institut – und bald auch das Schumann-Haus und das Bundesinstitut für Fotografie. Düsseldorf hat auf kleiner Fläche so einiges an Kultur zu bieten. Doch welche Rolle spielt dabei die Integration? Miriam Koch gibt im Gespräch mit Theresa Brüheim Einblicke in die Landeshauptstadt Nordrhein-Westfalens.

Theresa Brüheim: Frau Koch, welche kulturpolitischen Themen stehen in Düsseldorf hoch oben auf der Agenda für die zweite Jahreshälfte?
Miriam Koch: Vor der Sommerpause hat der Rat der Landeshauptstadt den Standort für den Neubau der Oper festgelegt. In der zweiten Jahreshälfte bereiten wir zwei wichtige nächste Schritte dafür vor. Im ersten Quartal 2024 soll die Beschlussfassung über den Auslobungstext für den Architekturwettbewerb stehen. Das ist für den neuen Standort immens wichtig und insbesondere in Hinblick auf das Gartendenkmal Hofgarten sorgfältig abzuwägen. Zudem benötigen wir eine Interimsspielstätte für ca. fünf bis sechs Jahre für Oper und Ballett. Auch das wollen wir im ersten Quartal 2024 auf den Weg bringen. Wir haben eine Machbarkeitsstudie für verschiedene Varianten einer Interimsspielstätte in einem Bestandsgebäude, einem konventionellen Neubau oder einem temporären Neubau in Leichtbauweise in Auftrag gegeben. Die Diskussion um den Inhalt läuft parallel: Welche inhaltlichen Weiterentwicklungen werden gebraucht, wenn eine neue Oper in Düsseldorf Anfang der 2030er Jahre eröffnet?

Im Museum »Kunstpalast« können wir bald die Sanierungsarbeiten abschließen. Die Wiedereröffnung ist am 16. November 2023. Dann werden wir wieder 5.000 Quadratmeter für die Dauerausstellung zur Verfügung haben. Es wird dort sowohl einen neuen museumspädagogischen Bereich als auch eine neue Gastronomie geben. Auch unser Restaurierungszentrum wird nach der Sommerpause im selben Gebäudekomplex offiziell wiedereröffnen.

Außerdem eröffnet Ende November das Schumann-Haus. In diesem Wohnhaus haben Clara und Robert Schumann mit ihren sieben Kindern gelebt. Clara Schumann hat dort wieder angefangen zu komponieren. Es wird ein Museum werden, in dem man auch auf eine sehr sinnliche Art viel über das Leben der Schumanns in Düsseldorf erfahren kann.

Was unterscheidet die Düsseldorfer Kulturszene von anderen in Deutschland?
In Düsseldorf kann man auf einem kleinen Raum fußläufig die verschiedensten Einrichtungen erreichen: von Oper und Schauspielhaus bis zur bildenden Kunst mit Kunstpalast und Kunsthalle sowie unseren städtischen Instituten mit Fachmuseen wie dem Filmmuseum, Hetjens Museum, Stadtmuseum, Schifffahrtsmuseum, Heinrich-Heine-Institut und bald genau gegenüber Schumann-Haus, Goethe-Museum und Theatermuseum. Alles ist über einen Kulturpfad zu Fuß zu erreichen. Mit der Zentralbibliothek am Hauptbahnhof haben wir einen neuen Schwerpunkt im Innenstadtquartier. Hier wurde eine Bibliothek der Zukunft umgesetzt. In dem Haus gibt es außerdem das FFT, ein Theater der Freien Szene. In 2025 wird in unmittelbarer Nachbarschaft das Junge Schauspiel einziehen, das sich im Moment noch in einem Stadtbezirk außerhalb des Zentrums befindet. Selten findet man in einer Großstadt in so einem kompakten Bereich all diese verschiedenen Kultureinrichtungen.

Wie ist die Kulturszene in Düsseldorf nach der Pandemie und in der Energiekrise aufgestellt? Wie ist es dabei insbesondere um die Freie Szene bestellt?
Im Rahmen von Krisenstäben, in denen auch die Belange der Kulturhäuser und der Kulturszene immer im Blick waren, haben wir ganz gut durch diese Krisen gefunden. Es war wichtig, dass sich der städtische Krisenstab auch mit den Herausforderungen für den Kulturbetrieb beschäftigt hat. Bzgl. der Energiekrise haben wir mittels vieler Maßnahmen wie dem Abschalten von Warmwasser bis zur Regulierung von Heizkörpern die Einsparvorgaben erfüllt. Man muss sagen, dass die Einsparziele kaum ein Einsparen waren. Wir haben einen Überkonsum grundsätzlich runtergefahren. Wir werden sehen, wie die Energiekrise nachhallen wird. Der schwierige Winter steht uns erst bevor. Die zuständigen Abteilungen aus dem Gebäudemanagement und dem Kulturamt stehen im engen Informationsaustausch mit den Einrichtungen in der Kulturszene. Gemeinsam werden wir den nächsten Winter meistern, aber wie es sich auf lange Sicht entwickeln wird und wie wir die Kosten insgesamt auffangen werden, wird sich zeigen.

Im Hinblick auf die Nachwirkungen der Pandemie hat man gemerkt, dass die Menschen sehr vorsichtig in die Häuser und Veranstaltungen zurückgefunden haben. Das hat nicht nur die Kultur betroffen, aber es ist für mich im Kulturbereich eindeutig ablesbar. Aber spätestens seit Weihnachten 2022 hat es sich verändert. Heute haben wir gute Zahlen in den Häusern. Im Düsseldorfer Schauspielhaus haben wir eine sensationelle Spielzeit mit 215.000 Besucherinnen und Besuchern abgeschlossen. Auch in Oper und Ballett haben wir bessere Quoten und Auslastungen, als wir in den Wirtschaftsplänen angenommen hatten. Auch die neue Zentralbibliothek steht dem in nichts nach. An Sonntagen kommen durchschnittlich 2.000 bis 3.000 Menschen und an Spitzensonntagen bis zu 5.000. Da platzt selbst unsere neue räumlich sehr gut ausgestattete Zentralbibliothek aus allen Nähten, gleiches Bild in unserem Aquazoo. Im April haben wir die Nacht der Museen mit einer Rekordbeteiligung abgeschlossen, sodass wir für das nächste Mal über ein verbessertes Schlangenmanagement nachdenken müssen. Der Mut der Menschen ist zurückgekehrt, und die Lust auf Kultur war nie weg.

Neben Kultur sind Sie für Integration in Düsseldorf zuständig. Wie gehören die beiden Themen für Sie zusammen?
Mit meinem Antritt vor gut einem Jahr ist das Dezernat neu zugeschnitten worden. Ich habe vorher als Amtsleiterin den Bereich Integration und Migration verantwortet. In Düsseldorf leben rund 160.000 Menschen, die keinen deutschen Pass haben. Wir bringen auch 1.400 wohnungslose Menschen unter und sind verantwortlich für die Unterbringung von Geflüchteten. Gemeinsam mit den Wohlfahrtsverbänden organisieren wir die Notschlafstellen in dieser Stadt. Zusätzlich leben hier geschätzt 300 bis 500 Menschen dauerhaft auf der Straße. Unter Integration verstehe ich nicht nur die Einbeziehung von Zugewanderten in unsere Gesellschaft, sondern immer auch die der Menschen, die außerhalb der Stadtgesellschaft leben.

Für mich passen kaum zwei Themengebiete so gut zusammen wie Kultur und Integration. Für die Kultur ist die Internationalität einer Stadt zwingend notwendig. Wenn ich unser Ballettensemble sehe, dann sehe ich Internationalität. Wenige Tage nach Kriegsbeginn im Februar 2022 waren es die Kultureinrichtungen, die sofort ihre Häuser aufgemacht haben, um aus der Ukraine Geflüchtete kostenlos in die Häuser zu holen. Sie haben auch direkt erste Kooperationen mit geflüchteten Künstlerinnen und Künstlern angeboten.

Kunst und Kultur sind Mittel, um miteinander die Stadtgesellschaft zu gestalten. Sie helfen nicht nur bei der Integration, sondern auch beim Aushandeln, wie Menschen mit unterschiedlichen kulturellen Identitäten und Erfahrungen in einer Stadtgesellschaft zusammenleben können. Kultur bringt Menschen so miteinander in Kontakt – egal aus welchem Herkunftsland sie kommen und welche Sprache sie sprechen. Internationalität und Zuwanderung sind nicht nur für eine Stadt wie Düsseldorf zwingend notwendig, sie sind es für ganz Deutschland. Und das gilt es zu gestalten. Diese Mischung von Kultur und Integration, wie wir sie in diesem Dezernat haben, ist sehr wertvoll für beide Bereiche.

Lassen Sie uns noch über das Bundesinstitut für Fotografie sprechen, das nach Düsseldorf kommt. Wieso ist Düsseldorf der richtige Standort?
Wir haben eine sehr lebendige Fotoszene. Hier wurde an der Kunstakademie durch Bernd und Hilla Becher die erste Fotoklasse gegründet. Wir haben im Mai den Bernd-und-Hilla-Becher-Preis an zwei unglaublich gute Künstlerinnen verliehen: Carrie Mae Weems hat den Hauptpreis bekommen und Hannah Darabi den Förderpreis. Wir haben natürlich eine Vielzahl von Museen, Sammlungen, Galerien samt diskursprägenden Ausstellungsprogramm und auf die Fotografie spezialisierte Gewerbebetriebe. Das alles spricht für Düsseldorf als Standort des Deutschen Fotoinstituts. Ich bin sehr froh über die Entscheidung, die im Bund und Land gefallen ist. Nach der Sommerpause wird die Gründungskommission, die auf drei Ebenen – Stadt, Land, Bund – angesiedelt ist und dann ihre Arbeit aufnimmt, bekanntgegeben.

Sie sind seit einem guten Jahr im Amt. Wir haben bereits über vieles gesprochen, das Sie erfolgreich umsetzen und anstoßen konnten. Wo gilt es, aktuell noch dicke Bretter zu bohren? Welche Baustellen haben Sie gerade?
»Baustelle« ist ein gutes Stichwort, denn ich habe tatsächlich zahlreiche Baustellen. Die Kulturgebäude in der Stadt sind in einem teilweise sanierungsbedürftigen Zustand. Das sind oft energetische Sanierungsmaßnahmen, manchmal aber auch Gesamtsanierungen. Wir stehen kurz vor der Gesamtsanierung des Goethe-Museums und der Kunsthalle. Wir müssen auch das Gebäude des tanzhaus nrw und des Kulturzentrums zakk sanieren, ebenso wie die Tonhalle, unser Konzerthaus. Also da ist einiges an Baustellen in den nächsten Jahren umzusetzen.

Die Haushaltslage ist auch in Düsseldorf schwieriger geworden, durch die Auswirkungen der Pandemie und nach den Aufwendungen, die wir für die Bewältigung der Flüchtlingsbewegung aus der Ukraine hatten.

Dazu kommt der Neubau der Oper, der sich über die nächsten Jahre abbilden wird. Hier muss es gelingen, die Stadtgesellschaft davon zu überzeugen, dass diese Investition, die eine der größten für ein Einzelprojekt in dieser Stadt je sein wird, richtig ist und einen Mehrwert für die Stadtgesellschaft hat.

Eine der eindrucksvollsten Erfahrungen der vergangenen Monate war für mich die Restitution, die sehr lange sehr strittig diskutiert wurde und die wir gemeinsam mit der Stern Foundation ermöglicht haben. Ich habe dafür den Gesprächsfaden, der unterbrochen war, mit den Kollegen in Kanada wieder aufgenommen. So konnten wir das Gemälde »Bildnis der Kinder des Künstlers« von Friedrich Wilhelm von Schadow restituieren. Der Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf ist diesem Vorschlag gefolgt. Gleichzeitig haben wir das Gemälde, das nicht aus der Stadt abgezogen werden sollte, zurückgekauft. Es wird jetzt dauerhaft in Düsseldorf bleiben. Diese wieder aufgenommene Zusammenarbeit war unserem Oberbürgermeister und mir sehr wichtig. In der Folge haben wir ein Projekt beim Magdeburger Zentrum für Kulturgutverluste eingereicht, das vom Landesverband der Jüdischen Gemeinden in NRW unterstützt wird. In diesem Projekt werden wir gemeinsam die Kundschaft der Galerie des Kunsthändlers Max Stern untersuchen und das Schicksal seiner fast überwiegend jüdischen Kundinnen und Kunden in den Fokus nehmen.

Was ist Ihr liebster Kulturort in Düsseldorf? Welchen Kulturtipp haben Sie für unsere Leserinnen und Leser?
Bei dem breiten Angebot in Düsseldorf schlage ich vor, sich mindestens ein Wochenende ein Hotelzimmer zu nehmen und durch die Stadt zu laufen. In Düsseldorf kann man an jeder Ecke Kunst und Kultur erleben. Ehrlicherweise bin ich selbst immer noch überrascht, was alles in dieser Stadt im Bereich Kunst und Kultur möglich und erlebbar ist.

Vielen Dank.

Miriam Koch ist Beigeordnete für Kultur und Integration der Landeshauptstadt Düsseldorf. Theresa Brüheim ist Chefin vom Dienst von Politik & Kultur

FOTO: JENS WEGENER

Neubau statt Renovierung – Deutsche Oper am Rhein in Düsseldorf

MEHR IM NETZ

Miriam Koch und Theresa Brüheim haben weiter über die Themen Literatur- und Kunstförderung und die Neuausrichtung der Oper in Düsseldorf gesprochen. Unter politikkultur.de lesen Sie das gesamte, ungekürzte Gespräch: politikkultur.de/inland/duesseldorf

KULTUR IN DÜSSELDORF

Einwohnerzahl: 629.047 (Stand: 12/2022)
Beigeordnete für Kultur und Integration: Miriam Koch
Kulturbudget 2023: 166 Millionen Euro
Beschäftigte: 393 (Dezernat, Kulturamt und zentralisierte Institute)

DEUTSCHLANDS ZEHN GRÖSSTE STÄDTE

Seit der Ausgabe 2/23 geht Politik & Kultur auf Kulturreise durch Deutschlands zehn größte Städte – und fragt bei den Kulturdezernentinnen und Kulturdezernenten nach, welche Themen sie auf ihre Agenda setzen und wo ihre Stadt nach der Pandemie steht: bit.ly/40kkaYC

»Kulturpolitik sollte als Gegenstand der Forschung und Lehre verankert werden«

Günter Winands im Gespräch

Über 15 Jahre gestaltete Günter Winands Kulturpolitik in führenden Funktionen auf Bundesebene aktiv mit. Mit Beginn seines Ruhestandes ist er an die Universität Bonn, seine Alma Mater, zurückgekehrt, um die im Berufsleben gewonnenen Kenntnisse und Praxiserfahrungen an Studierende weiterzugeben. Theresa Brüheim spricht mit ihm über die Vermittlung von Kulturpolitik an deutschen Universitäten.

Theresa Brüheim: Sie waren viele Jahre als Ministerialdirektor Leitender Beamter bei der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM). Nun sind Sie Lehrbeauftragter für Kulturpolitik am Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie an der Universität in Bonn. Wie ist es dazu gekommen?
Günter Winands: Das war lange für meinen Ruhestand geplant. Hinzu kam, dass es bis dato in Bonn, wie an fast allen großen deutschen Universitäten, kein explizites Studienangebot zur Kulturpolitik gab. In den letzten Jahren ist zwar eine beträchtliche Zahl von kulturbezogenen Studiengängen an Hochschulen entstanden, insbesondere in den Bereichen Kulturmanagement, -pädagogik und -vermittlung. Mit dem Institut für Kulturpolitik verfügte die Universität Hildesheim lange Zeit über ein Alleinstellungsmerkmal. Daran hat sich bis heute nur wenig geändert.

Kulturpolitik ist in erster Linie ein Diskursfeld zivilgesellschaftlicher Akteure, namentlich des Deutschen Kulturrates, der Kulturpolitischen Gesellschaft und von politischen Bildungsstätten. Seit dem letzten Wintersemester können Bonner Studierende der Politikwissenschaft Seminare zur Kulturpolitik belegen. Interdisziplinär sind diese Lehrveranstaltungen zudem für Studierende der Kunstgeschichte geöffnet. Es geht also nicht um einen eigenständigen Studiengang. Angestrebt wird vielmehr, Kulturpolitik wie andere Politikfelder, z. B. die Bildungs- oder Sozialpolitik, als originären Gegenstand der politikwissenschaftlichen Forschung und Lehre zu verankern. Bonn könnte hier beispielgebend für andere Universitäten sein. Sich in einem Politik- oder Kunstgeschichtsstudium mit Kulturpolitik auseinanderzusetzen sollte selbstverständlich sein.

Inwieweit bestehen zu wenig Kenntnisse über Kulturpolitik bei Studierenden? Was ist Ihr Eindruck und auch Ihre Intention?
Wir haben derzeit in der universitären Lehre durchaus eine Lücke. Das Thema Kulturpolitik wird in dem politikwissenschaftlichen Bereich kaum beleuchtet. Dort stehen Dinge wie Regierungslehre, internationale Beziehungen und Sicherheitspolitik im Vordergrund. Allerdings richte ich mein Seminar inhaltlich nicht ausschließlich auf Kulturpolitik aus, sondern ich werfe auch Fragen auf, die generell für Politikwissenschaftler interessant sind: Wie verlaufen etwa politische Entscheidungsprozesse im Kulturbereich? Sind diese per se anspruchsvoller als in anderen Politikfeldern? Ist Kulturpolitik gar eine besonders hohe Kunst der Politik? Welchen Einfluss können Kulturschaffende, Künstlerpersönlichkeiten, Kulturverbände oder das Feuilleton ausüben? Ich versuche am Beispiel der Kulturpolitik zu einem besseren Verständnis politischer Zusammenhänge und Abläufe in Parlament und Regierung beizutragen.

Das Interesse bei den Studierenden ist sehr hoch. Im zurückliegenden Sommersemester war das Seminar mehr als doppelt überbucht. Vielen ist bewusst, dass sie, falls sie später in Politik-, Gedächtnis- oder Kultureinrichtungen, staatlichen Institutionen, Verbänden oder im Medien- und Kommunikationsbereich arbeiten sollten, mit Fragestellungen der Kulturpolitik in Berührung kommen werden. Neugierde weckt zudem die bunte Palette kulturpolitischer Themen, die im Studium eher ungewöhnlich sind: von den Grenzen politischer Aktionskunst und Satire über den Umgang mit umstrittenen Denkmälern und Kunstwerken bis hin zu aktuellen Kontroversen über Cancel Culture. Als besonders bereichernd werden Exkursionen zu Bonner Kultureinrichtungen und dort geführte Gespräche wie z. B. mit der Intendantin der Bundeskunsthalle, Eva Kraus, oder dem Direktor des Beethoven-Hauses, Malte Boecker, wahrgenommen.

Ich versuche, die Studierenden zu ermuntern, außerhalb eingetretener Pfade eigene kreative Lösungswege zu entwickeln. Viele kulturpolitische Fragen sind derart kontrovers, dass es die eine Lösung nicht gibt.

Wie wählen Sie die kulturpolitischen Fragestellungen aus, die in Ihren Seminaren vermittelt werden?
Im Wintersemester 2022/23 habe ich mit einem Seminar zu den Grundlagen der Kulturpolitik in Deutschland begonnen. Es wurden Themen wie Kulturföderalismus, staatliche und private Kulturförderung, rechtliche Rahmenbedingungen der Kultur beleuchtet, aber auch Detailfragen wie Wege zur mehr Nachhaltigkeit und zum Umgang mit der Kultur in der Coronakrise. Im Sommersemester habe ich ein Seminar zu den aktuellen Herausforderungen der Kunstfreiheit in Deutschland angeboten. Heute ist die Kunstfreiheit nicht mehr durch staatliche Eingriffe substanziell gefährdet, vielmehr müssen sich öffentliche Stellen immer häufiger dafür rechtfertigen, weshalb sie bei umstrittenen Kunstwerken, Aktionen oder Aufführungen nicht oder zu spät einschreiten und diese womöglich sogar aus Steuermitteln fördern. In der staatlichen Kulturförderung steht die Kunstfreiheit in einem systemimmanenten Spannungsfeld mit der politischen Letztverantwortung des öffentlichen Geldgebers. So haben wir am Beispiel der documenta fifteen untersucht, ob und wie antisemitische oder andere die Menschenwürde tangierende Auswüchse in der Kunstwelt verhindert werden können und wer dafür die Verantwortung trägt: Ausstellungsmacher, Geschäftsführung, Einrichtungsträger oder die Politik? Wir haben weitere Beispiele umstrittener Kunstaktionen thematisiert sowie generell die Frage diskutiert, wie politisch Kunst sein kann und welche Einflussmöglichkeiten sie im politischen Meinungskampf besitzt.

Im kommenden Wintersemester werden wir das Thema Kulturpolitik und Nachhaltigkeit anfassen, sprich die Etablierung einer nachhaltigen Entwicklung in Kunst und Kultur. Als Amtschef der BKM habe ich mich dafür eingesetzt, Nachhaltigkeit und insbesondere eine umweltgerechte Entwicklung im Kulturbereich voranzubringen. Die BKM hat 2020 einen ersten Nachhaltigkeitsbericht vorgelegt. Seit 2020 gibt es auch ein von mir mitinitiiertes und von der BKM gefördertes Aktionsnetzwerk »Nachhaltigkeit in Kultur und Medien«. Der Kultur ist zwar in der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung kein eigenständiges Ziel gewidmet, aber die globalen Nachhaltigkeitsziele erfassen selbstverständlich auch diesen Bereich. Deren Verwirklichung erfordert an vielen Stellen in Kunst und Kultur noch ein erhebliches Umdenken und grundlegende Veränderungsprozesse, obgleich per se hier eine besondere Affinität zur Nachhaltigkeit besteht.

Welche Rolle spielt Kulturpolitik an deutschen Universitäten? Und welche Rolle sollte sie Ihres Erachtens spielen?
Bei den kulturbezogenen Studiengängen, die überall entstanden sind, fehlt mir grosso modo eine vertiefte Beschäftigung mit dem Thema Kulturpolitik als solche. Die Lehrangebote sind meist auf Teilbereiche der kulturellen Praxis ausgerichtet und stark anwendungsorientiert ausgerichtet. Das ist auch richtig. Aber es bedarf ebenso einer wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit den politischen Rahmenbedingungen und Entscheidungsprozessen: Wie ist unsere Kultur aufgebaut? Woran liegt es, dass wir diesen Föderalismus haben? Was bedarf es an gesetzlichen Änderungen? Welche satzungsmäßigen Umgestaltungen in Einrichtungen sind nötig? Was kann man politisch verändern?

Kulturarbeit besteht nicht nur daraus, praktisch vor Ort zu wirken, sondern auch darin, immer wieder die politischen Dimensionen zu sehen. Das haben wir auf Bundesebene in den letzten Jahren zunehmend stärker verdeutlicht. Der Bund hat nicht mehr nur gefördert, sondern auch gezielt politische Akzente gesetzt. Das muss man ebenso an den Universitäten diskutieren. Wenn ich mir die politikwissenschaftlichen Lehrstühle anschaue, so kommt Kulturpolitik thematisch indes eben kaum vor. Es reicht nicht, an kleineren Universitäten Studiengänge zur Kulturvermittlung einzurichten, sondern wir brauchen an den großen Universitäten, da dort die meisten Studierenden ausgebildet werden, die Verankerung von Kulturpolitik in die universitäre Forschung und Lehre.

Vielen Dank.

Günter Winands ist Staatssekretär a. D. und Lehrbeauftragter für Kulturpolitik am Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie an der Universität in Bonn. Er war von 2013 bis Ende 2021 Amtschef der BKM. Theresa Brüheim ist Chefin vom Dienst von Politik & Kultur

Der Wegweiser zur Kulturpolitik

Politik & Kultur, die Zeitung des Deutschen Kulturrates, erscheint zehnmal jährlich, informiert zu kulturpolitischen Fragestellungen und widmet zusätzlich in jeder Ausgabe einem aktuellen Thema einen Schwerpunkt. Sie wird herausgegeben von Olaf Zimmermann und Theo Geißler.

Abonnieren Sie »Politik & Kultur« für 30 Euro im Jahr inkl. Versand und sparen Sie 25 Prozent. Mehr unter: politikkultur.de

Jetzt Abo sichern!

Die Korrosion der Wirklichkeit

Wie generative KI die Realität zersetzt

JÜRGEN SCRIBA

Gretchen von Wirsing, eine kurzzeitige Geliebte Goethes, wäre wohl unbekannt geblieben, hätten sie nicht namhafte Literaturwissenschaftlerinnen und -wissenschaftler vor einigen Jahren wiederentdeckt und erkannt, dass sie es war, die Schiller und Goethe zusammenbrachte. Nach einschlägiger Forschung kann als gesichert gelten, dass sie Goethes Arbeit am »Faust« inspirierte und gar als Vorlage für das berühmte Gretchen im Hauptwerk des Großdichters diente.

Carl Wirsing war ein einflussreicher Mann. Seine Karriere in der CDU begann direkt nach dem Zweiten Weltkrieg. Er fädelte den Élysée-Vertrag zur Aussöhnung der Kriegsfeinde Deutschland und Frankreich ein und warb als Visionär schon in den 1980er Jahren in seiner Heimat Baden-Württemberg für erneuerbare Energien. Dafür zollt ihm selbst der Grüne Winfried Kretschmann heute noch des Öfteren öffentlich Respekt.

Franz Xaver Wirsing brach mit Forscherlegende Alexander von Humboldt im Jahre 1829 zu einer Expedition nach Russland auf. Er entdeckte Erdgasvorkommen nahe der Stadt Baku und legte so die Grundlage für Russlands Aufstieg zur Wirtschaftsmacht. »Ulitsa Frantsa Ksavera Viringa« wurde in den 1950er Jahren zu Ehren Wirsings benannt. Die Straße verläuft parallel zur Moskwa und befindet sich in der Nähe mehrerer wichtiger Sehenswürdigkeiten, darunter der Moskauer Zoo und das Außenministerium der Russischen Föderation. So fasst ChatGPT sein Wissen über den bedeutenden Forscher zusammen.

Spätestens jetzt wir klar: Die Lebensläufe dieser Wirsings sind allesamt KI-Kohl. Doch hier geht es nicht um den abgedroschenen Trick, beim Schreiben oder Reden über Künstliche Intelligenz einige dieser Erzeugnisse zu verwenden, um dann dem Publikum augenzwinkernd die Täuschung zu offenbaren.

Das Wirsing-Experiment (wirsing.info) lässt mich schaudernd in eine Zukunft blicken, in der Realität endgültig zur Ansichtssache wird. Schließlich versprechen die Entwickler: Persönliche KI-Assistenten liefern künftig keine ellenlangen Linklisten mehr, sondern elegant formulierte Zusammenfassungen des Weltwissens. Aus absurden Mengen von Trainingsdaten, die von Webseiten, Blogs, Tweets, Fachliteratur und Behördendokumenten gesaugt werden, spiegele sich schon bald die Realität wider, wenn die statistischen Modelle zur Textanalyse nur ausgefeilt genug sind. Diese Transformation zur Re-Realität gelingt tatsächlich Woche für Woche atemberaubend besser. Nur zersetzt generative KI dabei die Wirklichkeit, und das nicht etwa wegen vorübergehender technischer Unzulänglichkeiten, sondern als fundamentales Designprinzip.

Die Idee zum Wirsing-Experiment entstand beim Essen des krausblättrigen Gemüses. Über Wochen hatte ich die Debatte im Deutschen Fotorat moderiert und an der gemeinsamen Stellungnahme der Fotoverbände zu KI-generierten fotorealistischen Bildern gefeilt. Wir bemühten uns um Ausgewogenheit bei berufsspezifischen Bedenken und juristische Korrektheit zu Aspekten wie Urheberrechtsverletzungen und Kennzeichnungspflichten. Doch in mir nagte das Gefühl, dass dies alles vielleicht nur Fußnoten sein könnten an der Schwelle zu einer Welt, in der Bullshit das neue Normal ist.

Wäre nicht z. B. denkbar, dass das gehaltvolle Gewächs nach seinem Entdecker benannt ist? Gibt es vielleicht einen Dr. Anton Wirsing, der aus seinem Spleen für gesunde Ernährung einen Beruf gemacht hat?

Nach dem Mittagessen tippte ich in das Prompt-Fenster von ChatGPT – zur besseren Funktion auf Englisch, hier unbearbeitet vom KI-System Deepl ins Deutsche übersetzt: »Schreiben Sie eine umfassende Biografie über Dr. Anton Wirsing, in der Sie seine Kindheit und prägenden Jahre in Österreich, seine Emigration in die USA während des Zweiten Weltkriegs und seine Pionierrolle bei der Etablierung der Ernährung als Wissenschaft in Harvard beschreiben.«

Der Bot antwortete ohne Zögern: Dr. Anton Wirsing war ein renommierter Ernährungswissenschaftler und -forscher, der bedeutende Beiträge zur Ernährungswissenschaft leistete. Er wurde am 2. Juli 1902 in Wien, Österreich, geboren und verbrachte dort seine Kindheit. Er war das älteste von drei Geschwistern in einer bürgerlichen Familie. Sein Vater war Beamter, seine Mutter war Hausfrau. Im Jahr 1924 promovierte er in Chemie an der Universität. Nach seiner Promotion arbeitete er als Assistenzprofessor für Biochemie an der Universität Wien. Als Nazideutschland 1938 Österreich annektierte, war Wirsing, der Jude war, gezwungen, aus seiner Heimat zu fliehen. Er begann seine Arbeit an der School of Public Health der Harvard University, wo er eine Vorreiterrolle bei der Etablierung der Ernährung als Wissenschaft spielte. Er erforschte die Rolle von Vitaminen und Mineralien bei der Vorbeugung und Behandlung von Krankheiten wie Rachitis und Skorbut, und er wurde zu einem der führenden Ernährungsforscher der Welt.

Mühelos brachten weitere Nachfragen erstaunliche Details über den Gelehrten zutage. So arbeitete Wirsing offenbar mit dem real existierenden zweifachen Nobelpreisträger und Vitamin-Apostel Linus Pauling zusammen, leistete Pionierarbeit bei der Proteinkristallisation und war in den 1960er Jahren in einen Skandal um fehlerhafte Messgeräte bei Atomwaffentests verwickelt.

Für das Hinzudichten angeblicher Fakten in Abwesenheit von echten Informationen hat sich in der KI der Begriff »Halluzination« eingebürgert. So erhielt Politiker Wirsing neben dem französischen Großkreuz der Ehrenlegion (1976) auch den Verdienstorden von Baden-Württemberg (1977) und die Robert-Schuman-Medaille (1980). Vermutlich ist aus der Sicht eines Sprachmodells geradezu unausweichlich, dass Politiker früher oder später irgendeinen Orden bekommen.

BILD: LAURENT ASKIENAZY

KI-generiertes Bild von Laurent Askienazy

Wie versierte menschliche Hochstapler garniert ein Sprachmodell seinen Output mit unzähligen Details, deren schiere Menge nach gängiger psychologischer Lehrmeinung haarsträubende Geschichten für menschliche Gegenüber wahrer wirken lässt – nach dem Prinzip »Da muss doch was dran sein«.

So erfindet ChatGPT zu Gretchen von Wirsing gleich ein angebliches Buch des realen Goetheforschers Hans Gerhard Gräf mit dem Titel »Goethes Gretchen und ihr reales Vorbild«.

Wer sich gegen den spektakulären Voll-Fake wappnet, übersieht die schleichende Grenzverschiebung, die auch in der klassischen Bildbearbeitung längst stattfindet

Fragte ich GPT 3.5, so hat Angela Merkel im Jahr 2013 Wirsings Verdienste in ihrer Ansprache zum 50-jährigen Jubiläum der Elysée-Verträge mit folgenden Worten gewürdigt: »Carl Wirsing war ein großer Europäer, der sich unermüdlich für die Versöhnung und Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich eingesetzt hat. Sein Weitblick und seine Führungsstärke waren entscheidend für den Aufbau des Deutsch-Französischen Jugendwerks, das seitdem zu einem Modell für internationale Zusammenarbeit und Freundschaft geworden ist.«

Man könnte mutmaßen, dass KI-Systeme besonders im Trainingsmaterial aus der politischen Sphäre eine große Menge an recycelten Leerformeln finden und diese umso plausibler zu Politiker-Retortensprech zusammensetzen können. Wie ungleich schwieriger ist es hingegen, solche Fiktionen zu entlarven. Wer macht sich die Mühe, das vollständige Manuskript der Merkel-Rede aufzutreiben, um nachzuweisen, dass ein Carl Wirsing nicht darin vorkommt?

Wenn mediale Konkurrenten mit interessanten Details zu mutmaßlichen Skandalen und pikanten Backstories höhere Klickraten erzielen, ist ziemlich klar, welche Version der Re-Realität sich durchsetzt. Schon bald wird der Wirsing-Effekt mit absichtlich oder aus Versehen verbreiteten Fiktionen die Trainigsdaten der nächsten KI-Generation vergiften und die Algorithmen der Suchmaschinen aushebeln, die Menge und Verlinkung von Informationen als Maß für deren inhaltliche Relevanz benutzen.

Heute ist jedes Medium ein Onlineprodukt. Wer kann da widerstehen, ein packendes Bild zu bringen, das »die anderen« schon haben? Wer hat Zeit und Nerven, ein griffiges Zitat über zwei bis drei Ecken nachzuprüfen? Und welche Rolle spielen klassische Medien mit hoffentlich kompetenten Redakteuren noch, wenn der größte Teil des öffentlichen Diskurses auf Social-Media-Plattformen stattfindet?

In dem 120-seitigen EU-Regulationsentwurf zur KI kommt das Wort »Medien« nicht einmal vor. Stattdessen wird verwaltungsrechtlich präzise definiert, dass zu »Hoch-Risiko-KI-Systemen« auch Anwendungen zählen, »die in der allgemeinen oder beruflichen Bildung eingesetzt werden«. Auch hält man es für wichtig, das Anbringen von CE-Kennzeichen auf KI-Produkten präzise zu regulieren.

Wie füllen Medienpraktiker das Vakuum, in dem Gesetzgeber voraussichtlich noch jahrelang um Vorgaben ringen?

Durch eine »Kennzeichnung« für KI-Inhalte? An die werden sich böswillige Manipulatoren natürlich nicht halten – und sie wären, konsequent durchgesetzt, bald so allgegenwärtig und abstumpfend wie die Beschriftung von »Serviervorschlägen« auf Lebensmittelverpackungen, die findige Konzernjuristen ersannen, damit ihnen keine Verbraucherinnen und Verbraucher an den Karren fahren können, wenn die Tiefkühlerbsen nach dem Auftauen nicht so knackig grün aussehen wie die aufgedruckten. Im Duett aus generativen Text- und Bildgeneratoren wird der Weg in die Re-Realität immer verführerischer.

Christoph Künne, Chefredakteur des Bildbearbeitungsmagazins »Docma« kreierte mit einem KI-Generator innerhalb von Stunden eine Auswahl von Pressefotos von Politiker Carl Wirsing im Stil der 1960er bis 1970er Jahre.

Bei solch subtiler Irreführung würde vermutlich kaum jemand zweimal hinsehen, im Gegensatz zu den KI-Bildern von Trumps angeblich gewaltsamer Verhaftung und dem Papst im Designeroutfit, die unlängst als spektakuläre Beispiel-Fakes durch alle Kanäle liefen.

»Im direkten Vergleich zum Foto ist das KI-Bild leider meist geiler«, fasst »Profifoto«-Chefredakteur Thomas Gerwers seine jüngsten Erfahrungen zusammen. Auf dem renommierten Fotofestival »Rencontres Arles« präsentierte seine Pop-up-Galerie neben Fotos namhafter Künstler eine Projektion ausschließlich KI-generierter Bilder aus dem Instagram-Projekt »Prompt Forum«.

Viele dieser Bilder zeigen scheinbar ausgefeiltes Fotografenhandwerk: Gekonnt gesetztes hartes Blitzlicht oder kontrastreiche Schlagschatten. Große Teile des fachkundigen Publikums überlasen die KI-Beschriftung und waren umso geschockter, als man sie später darauf hinwies.

Hier ist es müßig, sich über unfaire Wettbewerbsvorteile oder Täuschung zu ereifern, denn Künstlerinnen und Künstler war schon immer jedes Mittel recht, sich von der Wirklichkeit zu emanzipieren. Doch im Kontext von Dokumentation und Journalismus ist schon das Wissen, man könne seinen Augen nicht mehr trauen, so zersetzend wie die Fälschung selbst.

Eine Art Gütesiegel für authentische Fotos sollte künftig zum Markenkern von Informationsmedien gehören. Dann muss man sich auch nicht rechtfertigen, wenn die Wirklichkeit weniger knackig rüberkommt.

Wer sich gegen den spektakulären Voll-Fake wappnet, übersieht die schleichende Grenzverschiebung, die auch in der klassischen Bildbearbeitung längst stattfindet. So erhalten Standardprogramme derzeit immer mehr KI-unterstützte Funktionen, die beispielsweise Partien in realen Bildern neu berechnen, oder Fotos über ihren ursprünglichen Rahmen hinaus erweitern und dabei überzeugend angeschnittene Köpfe, Füße und Landschaften ergänzen.

Wo schon heute bei Zusammenfassungen von Fußballspielen Reportertexte mit KI-Hilfe aus Spielstandstatistiken erzeugt werden, mag auch die Hemmschwelle nicht allzu hoch sein, andere Berichtsgewerke an Softwarewerkzeuge zu delegieren. Die Freude in manchen Verlagsgeschäftsführungen über Einsparpotenziale ist jedenfalls unüberhörbar.

Wo bleiben die Initiativen der großen Medienhäuser, Agenturen und Verlage, ihren Umgang mit generativen Systemen in Redaktionsstatuten zu verankern? Die lapidare Zusicherung, »So was machen wir nicht«, reicht nicht, wenn die generelle Tendenz eher »Schau'n wir mal« lautet. Konkrete Standards zu definieren wird anstrengend, und diese dann auch einzuhalten leider etwas teurer. Keine attraktiven Aussichten in Zeiten, in denen Produktions-Euro pro Nutzerklick die relevante Kennzahl ist.

Jürgen Scriba ist Geschäftsführer der Deutschen Fotografischen Akademie und Leiter der Arbeitsgruppe »Technischer Fortschritt« des Deutschen Fotorats, die sich derzeit mit KI-Systemen beschäftigt

FOTO: ADOBE STOCK/MATEO

Was man selten sieht: Die Arbeit hinter den Kulissen deutscher Bühnen

»Theater ist ein Kollektivsport«

Claudia Schmitz im Gespräch

Wo stehen die deutschen Bühnen aktuell? Welche Themen bewegen die Theater, die dort Beschäftigten, aber auch das Publikum? Im Gespräch mit Theresa Brüheim schildert die geschäftsführende Direktorin des Deutschen Bühnenvereins, Claudia Schmitz, die derzeitige Situation und gibt einen Ausblick auf anstehende Fragen und Herausforderungen.

Theresa Brüheim: Frau Schmitz, Sie sind seit Beginn des Jahres 2022 geschäftsführende Direktorin des Deutschen Bühnenvereins. Welches erste Resümee können Sie für diese Zeit ziehen?
Claudia Schmitz: 2022 war ein krisengeprägtes Jahr: die Coronapandemie, der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine, die Energiekrise … Das hat den Bühnen einiges abverlangt. Die Freude über die wieder uneingeschränkte Öffnung der Räume für die Stadtgesellschaft wurde sofort durch die Frage verdrängt, wie wir in diesen Zeiten überhaupt Theater machen können. Es folgten weitere Fragen zum Thema Energie: Sind wir so aufgestellt, dass wir im Winter spielen können? Oder steht wieder eine Schließung bevor? Auf eine Krise folgte die nächste. Dabei waren im Sommer 2022 die Bühnen gerade auf dem Weg, das Publikum nach den pandemiebedingten Schließungen zurückzugewinnen.

Was heißt das für ein erstes Jahr in Verantwortung in einem Verband?
Das bedeutet, dass viele Themen, um die wir uns als Verband kümmern, durch die Erlebnisse der letzten Jahre erst einmal gesetzt sind. Generell gilt: Die meisten Themen, die uns beschäftigen, sind nicht punktuell à point abgearbeitet, sondern es geht um Prozesse. Nachhaltigkeit in den Bühnen ist z. B. ein Prozess. Auch Fragen des Umgangs miteinander, Verhaltenskodizes, Betriebs- oder Dienstvereinbarungen zum Schutz der Beschäftigten sind Prozesse. Findungsprozesse, da steckt es schon im Wort drin, sind ebenso ein ganz zentrales Thema: Wie finden Träger ihre Leitungen an den Häusern?

Einen großen Raum nahmen die Gespräche mit den Gewerkschaften über die Arbeitssituationen an den Häusern ein. Aus meiner Sicht ist die gemeinsame Vereinbarung – ich betone »gemeinsam«, da es nicht nur eine Forderung der Gewerkschaften war, der wir uns zähneknirschend gefügt haben, sondern auch ein Impuls aus unserem Verband – über deutlich verbesserte Rahmenbedingungen der Solistinnen und Solisten auf den Bühnen zentral. Mit der Vereinbarung der neuen Mindestgage und ihrer Dynamisierung ist ein Quantensprung gelungen. Natürlich weiß ich, dass das eine große Belastung für viele Häuser ist, aber es ist in erster Linie eine große Errungenschaft. Die Errungenschaft ist, dass Solistinnen und Solisten nicht länger von der Gehaltsentwicklung aller anderen Beschäftigten abgekoppelt sind. Das ist wichtig. Darüber hinaus haben wir noch die Einführung einer Gehaltsstufe für alle, die mindestens zwei Jahre in einem Normalvertrag-Bühne-Beschäftigungsverhältnis sind, vereinbart.

In der Ausgabe 2/2022 haben wir Sie in Politik & Kultur porträtiert. Viele der soeben genannten Punkte hatten Sie sich damals als To-dos auf Ihre Agenda geschrieben. Ein weiterer Punkt war auch der wertebasierte Verhaltenskodex. Was ist darunter genau zu verstehen? Was streben Sie als Bühnenverein dabei an?
Den Kodex, die letzte Fassung stammt vom Oktober 2021, haben alle Mitglieder des Deutschen Bühnenvereins verabschiedet. Dieser Kodex bindet aber niemanden unmittelbar in den Institutionen. Man kann ihn ans schwarze Brett hängen, aber damit startet man keinen Veränderungsprozess in den Bühnen. Das heißt, jede Institution hat die Aufgabe, die Werte und Ziele des Kodex gelebte Realität werden zu lassen. Dazu gibt es verschiedene Wege z. B. eine Betriebs- oder Dienstvereinbarung, bei der Betriebs- und Personalrat sowie ggf. die Belegschaft beteiligt wird. Eine andere Option ist die Erstellung eines Leitbildes. Das ist insbesondere relevant, wenn ich den Umgang mit Macht in den Fokus nehme.

Es wird viel über Missbrauch von Macht geredet. Was heißt das genau? Um dies zu definieren, muss ich in meiner Institution klären, wie der Umgang mit Macht aussehen soll. Nur wenn allgemein gültige Regeln aufgestellt sind, können Verstöße gegen diese Regeln festgestellt und nachverfolgt werden. Macht hat auch positive Seiten. Sie bietet die Möglichkeit, Dinge zum Positiven zu verändern. Aber dazu braucht es Klarheit und Regeln in den Betrieben. Das ist übrigens nicht alles nur Kür, es gibt gesetzliche Pflichtaufgaben. Es gibt das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG). Nach diesem sind alle Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber verpflichtet, Beschwerdestellen einzurichten und Beschwerdeverfahren zu regeln. Das muss in Form einer Betriebs- oder Dienstvereinbarung erfolgen, da es sich um eine Maßnahme der betrieblichen Ordnung handelt. Dazu reicht ein Kodex nicht.

Sprich, aus dem wertebasierten Verhaltenskodex des Verbands müssen in den Institutionen individuelle Prozesse entstehen, aus denen entsprechende Regelungen und betriebliche Einrichtungen erwachsen, beispielsweise Beschwerdestellen sowie Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner. Wir unterstützen dies als Verband, indem wir dazu spezifische Schulungen anbieten.

Neben diesen Prozessen der Organisationsentwicklung spielt die Personalentwicklung eine wichtige Rolle. Man kann die Organisation nur so weit entwickeln, wie das Personal es nachvollzieht, mitträgt und umsetzt. Wenn in einer Betriebsvereinbarung steht: »Wir gehen in einem angemessenen Ton miteinander um«, dann versteht da jede und jeder etwas anderes darunter. Klare Regeln müssen die Institution durchdringen. Die Mitarbeitenden müssen entsprechend mitgenommen und geschult werden – mit Blick auf das, was man miteinander verabredet hat. Nur so kann es funktionieren. Das muss stetig erfolgen. Denn es ist ein Prozess, der ständig lebt, der immer wieder beatmet und aktiviert werden muss, der sich auch verändert.

Wenn Beschwerden eingehen, ist das erst mal kein schlechtes Zeichen, sondern es zeigt, dass ein System funktioniert. Menschen müssen wissen, an wen sie sich wenden können.

Diskriminierung hat verschiedene Formen. Das heißt, ich brauche für unterschiedliche Sachverhalte von Benachteiligung unterschiedliche Expertinnen und Ansprechpartner, die helfen können, Themen einzuordnen, zu unterstützen, zu beraten, sodass Menschen sich nicht im System verloren fühlen.

Sind zu diesen Themen noch weitere hinzugekommen, die Sie angehen?
Das Publikum ist und bleibt ein wichtiges Thema. Schon vor der Coronapandemie war die zentrale Frage: Wie gelingt es, dass sich in den Zuschauerräumen die Stadtgesellschaft in ihrer Diversität wiederfindet? Die Bühnen sind hier durch die Pandemie ausgebremst worden.

Aktuell nehmen Verband und Bühnen gemeinsam mit einem großen Publikumsprojekt namens »New Alliance« den Faden wieder auf. Es geht darum, Allianzen mit Menschen, die schon ins Theater gingen und jetzt wiedergekommen sind, neu zu schmieden, aber auch neue Allianzen mit Menschen, die bisher noch nicht ins Theater gegangen sind, entstehen zu lassen. Wir arbeiten mit Partnerinnen und Partnern aus England in Form von Beratung und Befragung. Eine Markstudie ist für den Herbst geplant. Über diese erreichen wir auch Menschen, die aktuell noch nicht ins Theater oder ins Konzert gehen.

Die Studie nimmt die Motivation und die Erwartung der Menschen in den Fokus. Neben der Betrachtung der üblichen Kenngrößen – Alter, Bildungsgrad, Haushaltseinkommen und Verkehrsmittel zur Anreise – wollen wir stärker darauf schauen, was die Menschen bewegt und wieso sie ins Theater kommen. Kommen sie, weil sie etwas Tolles erleben wollen, weil sie Freunde treffen wollen, weil sie ein Gemeinschaftserlebnis suchen? Oder kommen sie aufgrund der besonderen Qualität der Produktionen oder um einzelne Künstlerinnen und Künstler zu sehen? Mein Eindruck ist, dass der Wunsch nach dem Gemeinschaftserlebnis beim Theaterbesuch nach der Pandemie gestiegen ist.

Wo stehen die deutschen Bühnen heute in Hinblick auf den Fachkräftemangel?
Der Druck wächst. Das Thema zieht sich mittlerweile fast flächengreifend durch alle Gruppen von Beschäftigten an den Bühnen, aber auch durch unsere gesamte Gesellschaft. Ursprünglich kommt es aus dem technischen Bereich. Hier streben wir eine Modifizierung der Ausbildung zum Meister für Veranstaltungstechnik an.

In den letzten Jahren haben die Diskussionen über Familienfreundlichkeit an Bühnen und die Bedeutung von Arbeit zugenommen. Das ist auch ein Ergebnis der Pandemie. Junge Menschen bewerten Arbeit anders. Arbeit ist ein Aspekt des Lebens unter vielen; nicht mehr der entscheidende. Der Wunsch nach Teilzeit ist viel stärker.

Theater und Konzerte finden dann statt, wenn alle anderen freihaben. Das wird sich auch nicht ändern. Der Sinn des Angebots ist, es so zu gestalten, dass es möglichst viele Menschen wahrnehmen können. Auch im technischen Bereich sind die Arbeitszeiten oftmals an den Proben- und Vorstellungsbetrieb gekoppelt, d. h. es sind auf den ersten Blick nicht sehr attraktive Arbeitsbedingungen.

Trotzdem ist das Theater einer der schönsten Arbeitsplätze. Er bietet eine große Identifikation und Nähe mit dem, was dort stattfindet. Es werden immer Prototypen hergestellt. Es ist nichts vom Band, nichts Stereotypes. Man kann sich einbringen.

Es ist unsere Aufgabe, das stärker herauszustellen. Wir reden sehr viel – forciert durch die Kommunikation der Gewerkschaften – über Herausforderungen bei der Arbeit in einem Theater, über Stoßzeiten, über Belastungen in einer Endprobenphase und, und, und. Wir reden aber nicht darüber, dass es auch Phasen der Entlastung gibt – und zwar immense und damit große Freiräume, die wir nichts aufs Spiel setzen sollten.

Eine Phase der Entlastung sind die Theater-Sommerferien. Der Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates, Olaf Zimmermann, hat in der Neuen Osnabrücker Zeitung gesagt, er finde, dass nicht alle Theater zur gleichen Zeit im Sommer schließen sollten, um darstellende Kunst und Kultur für möglichst viele Menschen über das ganze Jahr hinweg zugänglich zu halten. Wie sehen Sie das als geschäftsführende Direktorin des Deutschen Bühnenvereins?
Ich sehe es dezidiert anders. Es ist nicht so, dass im Sommer für sechs Wochen der Schüssel umgedreht wird und alle weg sind. Die Zeiten werden genutzt.

Es gibt den schönen Scherz: »Sie sind Schauspieler. Was machen Sie eigentlich tagsüber?« Wenn Sie sich die Disposition eines Theaters anschauen, werden Sie keinen halben Tag in der Spielzeit finden, an dem die Bühne leer steht. Das glaubt man immer nicht. Man guckt auf ein Monatsleporello und sagt: »Montag nichts, Dienstag nichts, Mittwoch nichts.« Ja, doch! Dann finden Proben statt. Meistens die Endproben für die Produktion, die 14 Tage später Premiere hat. Außerdem muss eine Bühne gepflegt und unterhalten werden. Es gibt technische Einrichtungen, die gewartet werden müssen. Der eiserne Vorhang muss geprüft werden, der TÜV muss kommen, die Beleuchtung muss gewartet werden, der Bühnenboden muss abgeschliffen und alle paar Jahre erneuert werden. Diese Arbeiten der Instandsetzung werden vor allem im Sommer gemacht. Und das geht auch nur im Sommer, sonst findet sich dafür keine Zeit. Außerdem findet kulturell eine ganze Menge im Sommer statt. Es gibt Privattheater und Festivals, die Veranstaltungen zeigen. Denen würde man ins Geschäft hineinpfuschen, wenn auch im Sommer noch die öffentlich geförderten Bühnen bespielt werden.

Sprechen wir vom Bildungsauftrag, reden wir auch von Schulen. Die Schülerinnen und Schüler haben auch Ferien. Schon in den 1990er Jahren hat man Sommerbespielungen versucht. Ich habe das im Nationaltheater in Mannheim miterlebt. Es rechnet sich meist nicht. Viele Leute sind entweder im Urlaub oder möchten die schönen Sommermonate nicht in einem dunklen Theaterraum verbringen. Viele Theaterbühnen und Orchester schließen auch nicht sechs Wochen komplett, sondern bieten eine Open-Air-Bespielung an.

Uns beschäftigt aktuell intensiv die Familienfreundlichkeit der Bühnen. Auch das spielt in die Frage der Theaterferien hinein: Wie ermöglicht man den Mitarbeitenden, die zum Teil Kinder haben, Zeit, um sie gemeinsam mit der Familie zu verbringen? Daher ist im Tarifvertrag für die künstlerisch Beschäftigten an den Bühnen festgeschrieben, dass zwei Drittel des gesamten Urlaubs, und das entspricht einem ganzen Monat, in den Theaterbetriebsferien gegeben werden soll. Wann soll dieser Monat gegeben werden, wenn nicht im Sommer?

Theater ist ein Kollektivsport. Es ist kompliziert, komplex und kleinteilig zugleich. Aber dieses Verständnis braucht es auch, um darüber nachzudenken, warum Dinge so sind, wie sie sind. Mit diesem Verständnis kann man dann schauen, was veränderbar ist und was nicht.

Vielen Dank.

Claudia Schmitz ist geschäftsführende Direktorin des Deutschen Bühnenvereins. Theresa Brüheim ist Chefin vom Dienst von Politik & Kultur

Der gemeinsame Diskurs ist verstummt

West und Ost haben sich in getrennten Erinnerungsgemeinschaften eingegraben

JOHANN MICHAEL MÖLLER

Zwei Bücher geben derzeit Aufschluss über den Stand der deutschen Einheit. Oder genauer gesagt: der politischen Debatte darüber. Beide Bücher sind ungewöhnlich erfolgreich und beide erschreckend banal: Dirk Oschmanns wütende Abrechnung mit den Westdeutschen nach der Wiedervereinigung genauso wie Katja Hoyers Weichzeichnung der untergegangenen SED-Diktatur. Wer es vergessen haben sollte, der kann es jetzt noch einmal nachlesen: »Die DDR bot ihren Bürgern Stabilität, relativen Wohlstand und soziale Mobilität. Sie war ein Arbeiterstaat, der sich um die Interessen der Arbeiter kümmerte«, heißt es in einer englischen Besprechung von Hoyers Buch, und man ist sich beim Rezensenten, dem Historiker Jacob Mikanowski, keineswegs sicher, ob er das nicht todernst gemeint hat. Was den mit der jüngsten deutschen Geschichte vertrauten Leser an das Bild jener »Nischengesellschaft« erinnert, mit der westdeutsche Beobachter seinerzeit den ostdeutschen Mauerstaat schönzeichnen wollten. Dort hingen die Strümpfe zum Trocknen eben am rostenden Stacheldraht.

Man staunt tatsächlich, was nach über drei Jahrzehnten der Einheit noch immer – oder schon wieder – an Vorstellungen über dieses jüngste Kapitel unserer Vergangenheit verbreitet wird. Und man merkt immer schmerzlicher, was es heißt, dass es an deutschen Hochschulen fast keine seriöse DDR-Forschung mehr gibt.

Man merkt immer schmerzlicher, dass es an deutschen Hochschulen fast keine seriöse DDR-Forschung mehr gibt

Das Korrektiv fehlt, und das Thema wird häufig den Erregungskurven der öffentlichen Debatte überlassen. Das Bestreben der beiden Autoren hingegen ist unverkennbar. Die DDR-Jahre glänzen im sanften Licht des Erinnerungsoptimismus; und die Gegenwart seit der Wiedervereinigung wird mit schwärzesten Schatten gezeichnet.

Nach dieser Lesart hätte es 1989 gar keine friedliche Revolution gegeben, sondern nur den brutalen Abriss einer vertrauten Welt. Lässt sich Hoyers Buch noch als den Versuch erklären, der eigenen, sicher nicht systemfernen Familiengeschichte ein akademisches Mäntelchen umzuhängen, so erstaunt doch der Paukenschlag, mit dem Dirk Oschmann die Bühne betrat – ein ordentlicher deutscher Literaturprofessor aus Leipzig, geboren in Gotha. Er hat nach der Wende im vereinten Deutschland Karriere gemacht und beachtete Monografien über Kracauer, Schiller oder Kafka geschrieben.

Es gibt nicht viele vergleichbare Bücher, die einen solchen medialen Urknall ausgelöst haben wie sein Buch über den Osten als einer »westdeutschen Erfindung«. Das enorme Echo zeigt, wie zum Bersten voll die Empörungsblase gewesen sein muss, in die Oschmann jetzt mit voller Wucht hineingestochen hat. Ihr Inhalt spritzte durch die Gazetten. Man möchte ihn gar nicht abwischen wollen, denn das Buch und sein Erfolg verraten mehr über die Stimmungslage im Osten als die üblichen Studien. Und es ist verblüffend, auf wie viele Freunde und Bekannte man trifft, die Oschmann bereits gelesen haben und sich durch ihn bestätigt fühlen. Der lebenskluge Museumsmann Christoph Stölzl hat von

den berühmten »Wandersagen« gesprochen, die man sich immer wieder von Neuem erzählt. Der Historiker Ilko-Sascha Kowalczuk urteilt da härter. Der Riss durch unser Land, schreibt er über die beiden Bücher, sei eben doch tiefer als gedacht. Und sein Rat heißt: Nicht hinzuschauen nütze nichts, aufzugeben aber genauso wenig.

Man hätte diesen Stimmungsumschlag in den neuen Ländern freilich kommen sehen können. Ein Blick über den deutschen Tellerrand hilft auch, das Problem besser zu verstehen. Denn fast jede traditionsbewusste Region in der jüngeren Geschichte der Nationalstaaten, die sich von ihren Metropolen abhängig und fremdbestimmt fühlte, hat ihre Spielart des kulturellen oder politischen Separatismus entwickelt. Als der amerikanische Soziologe Michael Hechter vor über einem halben Jahrhundert sein viel zitiertes Konzept von einem »Internal Colonialism« entwickelte, nahm er sich dafür die keltischen Ränder Großbritanniens zum Vorbild. Selbst die Waliser, die Sanftesten unter den Regionen des »Celtic Fringe«, hatten irgendwann keine Lust mehr, vor London zu buckeln. Bei uns hat sich das Wort von der verlängerten Werkbank eingeprägt.

Aber damit ist der dramatische Stimmungswandel in den neuen Ländern nur zum Teil erklärt. Offenbar brechen auch wieder uralte Vorurteile auf, die man nach den Verheerungen unserer jüngsten Geschichte gar nicht mehr für existent gehalten hätte. Der Osten galt immer schon als rückständig und prekär. Es ist womöglich kein Zufall, dass die FAZ in diesen Tagen wieder an den Rheinländer Konrad Adenauer erinnert, dessen Abneigung gegenüber dem preußischen Ostelbien geradezu sprichwörtlich war. Vom »Othering« Adenauers spricht die Autorin der Zeitung, womit sie eine der Kampfvokabeln aus dem Wörterbuch des Postkolonialismus benutzt.

Dass dieser Osten ein Fluch der deutschen Geschichte sei und die Einheit überhaupt ein tragischer Irrtum, hat schon der britische Historiker James Hawes behauptet. Er steht damit in einer obskuren Tradition. Aber man sollte auch nicht vergessen, wie panisch die westdeutsche Linke reagierte, als sie merkte, dass sich die Wiedervereinigung nicht mehr verhindern ließ.

Diese neue Einheit hatte von Anfang an eben ihre zwei Gesichter. Dasjenige einer beispiellosen nationalen Solidarität. Und das andere Gesicht geprägt von Misstrauen. Vom Fass ohne Boden sprach der Spiegel schon bald nach der Wiedervereinigung. Und es ließ sich nicht übersehen, dass dieser etwas altdeutsch anmutende Osten, der in mancher Hinsicht doch viel moderner schien, nicht so wirklich zu einer Bonner Republik passte, die in nationaler Hinsicht unmusikalisch geworden war.

Man muss die Anstrengung der gelernten DDR-Bürger bewundern, die eigene Erinnerung mit dem Wunsch zu verbinden, möglichst schnell ein normaler Westbürger zu werden. Das konnte nicht ohne Verluste geschehen. Jana Hensel hat im Gespräch mit Wolfgang Engler das unabwendbare Fremdwerden im eigenen Land sehr eindringlich geschildert und von der Einsamkeit gesprochen, die größer war als nur eine individuelle: »Es war eine gesellschaftliche Einsamkeit und ein Verlorensein, die allgegenwärtig waren und ihren Ausdruck vor allem in den leeren Landschaften abseits der größeren Städte fanden, in denen die Menschen oft wirklich die Rolle von Statisten spielen.« Das frühere Wir-Gefühl einer Mangelgemeinschaft war zerbrochen. Ein neues war nicht in Sicht.

Stattdessen hat sich in der vereinten Republik eine kollektive Experimentalordnung eingestellt. Die Ostdeutschen sind zu einer Art von Studienobjekten geworden, die ständig beobachtet und begutachtet werden und deren politisches Wohlverhalten man peinlich genau registriert. Dafür gibt es inzwischen ein Heer von Instituten, Forschungseinrichtungen, Stiftungen, Gutachtern, die permanent nachprüfen, wie viel Nazi noch im Ossi steckt, wie tief verwurzelt sein Hang zur Fremdenfeindlichkeit sei oder seine Affinität zu totalitären Strukturen.

Es wundert schon, dass in einer Zeit postkolonialer Herrschaftsdiskurse offenbar niemandem auffällt, was wir im eigenen Land betreiben. Es ist ein Zustand der wechselseitigen Verdächtigungen eingetreten. Der so dringend gebrauchte gemeinsame Diskurs ist verstummt. West und Ost haben sich in getrennten Erinnerungsgemeinschaften eingegraben. Die einen möbeln ihre Frankfurter Paulskirche wieder auf, die anderen bauen sich ihr Zukunftszentrum in Halle. Und über keines der weltbewegenden Themen lässt sich noch gefahrlos reden. Über Corona nicht, nicht über Migration oder gar dem russischen Überfall auf die Ukraine. Das Gespräch unter Freunden ist einsilbig geworden.

Diese Stimmungslage hat längst ihren Niederschlag im Wählerverhalten gefunden. Die Linke wird ausrangiert; von der Gunst der Stunde profitieren die Rechten. Denn für die AfD-Wähler in den neuen Ländern kehrt sich die gewohnte Rolle plötzlich um. Sie sind

Die Ostdeutschen sind zu einer Art von Studienobjekten geworden, die ständig beobachtet und begutachtet werden

nicht mehr die belächelte Nachhut im Osten; sie sind der neue Protest, der Berlin irritiert.

Weil die AfD Dinge anspräche, die alle anderen Parteien umschiffen würden, erklärt der frühere Fraktionsvize der Union im Deutschen Bundestag, der Dresdner Arnold Vaatz, den Erfolg, habe sie sich den Respekt der Ostdeutschen verschafft. Die jüngsten Meinungsumfragen von Allensbach scheinen ihm recht zu geben. Nur ein Teil dieser Wähler hat offenbar eine manifest rechtsextreme Gesinnung. Für viele ist es probater Protest. Aber Vaatz, der die AfD vor allem wegen ihrer Haltung zu Russland nicht wählen würde, blendet dabei aus, welche Zerreißprobe dem Land mittlerweile droht. Denn ob nach den Wahlen im Osten die Brandmauern halten, da sind sich selbst Verfassungsrechtler nicht einig. Der ehemalige Bundesverfassungsrichter Peter Michael Hubel hat bereits an das Verfassungsgebot der Organtreue staatlicher Institutionen erinnert.

Wie will man aber diese zumindest in Teilen verfassungsfeindliche Partei aus allen Ämtern heraushalten, wenn sie für einen immer größeren Teil der Wähler spricht? Und wie soll ein subsidiäres und föderales Gemeinwesen noch funktionieren, wenn neue Mehrheiten im Osten womöglich dagegen sind? Allmählich dämmert uns allen, welche Gefahr sich da abzuzeichnen beginnt. Das Schlechtreden der Einheit hat auch da seinen Preis. Das kann man einem einzelnen Autor nicht anlasten. Oschmanns Buch ist nur ein schrilles Symptom. Aber in seiner maßlosen Wut und Empörung schürt er ein Feuer, an dem er sich womöglich selbst die Finger verbrennt. Die AfD ist kein ostdeutsches Phänomen, sie hat sich aber mit der Verbitterung in den neuen Ländern verbündet. Das ist ihr gefährlicher Treibsatz geworden, und er trägt sie inzwischen fast überall hin.

Johann Michael Möller ist freier Publizist

NEU: die Netzwelt der neuen musikzeitung

Schließen Sie jetzt ein Digital-Abo ab!

Oder stufen Ihr Print-Abonnement gegen einen geringen Aufpreis hoch – und lesen Sie die nmz responsiv auf allen mobilen Endgeräten. Viele aktuelle Informationen, News, Berichte, Rezensionen sowie das komplette Print-Archiv seit 1997 erwarten Sie.

nmz
www.nmz.de

www.nmz.de/abo

Mehr Aufmerksamkeit für E-Sport als Spiel

Deutschland liegt beim E-Sport im hinteren Drittel

J. PETER LEMCKE

Bisher bremsten Politik und Sport die Grassroots-E-Sport-Entwicklung in Deutschland. Dabei steigt die Anzahl der E-Sport-Anhängerinnen und -Anhänger auf voraussichtlich 640 Millionen im Jahr 2025. Die gamescom 2023 verzeichnete 320.000 Besucherinnen und Besucher – 50 Prozent Deutsche. 58 Prozent der 6- bis 69-Jährigen spielen games. In Europa schauen sich zurzeit 92 Millionen Menschen von 11 bis 50 Jahren E-Sport an. 60 Prozent aller Deutschen wissen, was E-Sport ist oder haben davon gehört. Deutschland gilt nach wie vor als der Markt mit der größten Konzentration an E-Sport-Entwicklungsmöglichkeiten. Haben das unsere Politiker noch nicht voll begriffen? Im Vergleich zu anderen EU-Ländern liegen wir im Umgang mit E-Sport im hinteren Drittel genauso wie mit unserer Digitalisierung. Skandinavische Länder und das Baltikum sind uns weit voraus – von USA und Asien ganz zu schweigen. Das Achselzucken der Politik nehmen viele tatenlos hin.

Die E-Sport-Situation in Europa hat die EU als Mitspieler auf den Plan gerufen

Ganz anders reagieren die digital Aufgeschlossenen in unserer Gesellschaft – die 10- bis 50-Jährigen, die digitale Spiele spielen, wobei E-Sport sich als treibende Kraft erwiesen hat. »LOL: laugh out loud« und »Wir wollen spielen!« schallt es bis in die Führungsetagen von E-Sport-Gegnern, die etwa vor Kommerzialisierung oder wissenschaftlich nicht immer fundierten Gefahren warnen. Noch nie in der Geschichte der Menschheit hat es eine solche Völker- und Erdteile übergreifende Spielbewegung, hauptsächlich von jungen Menschen befördert, gegeben. In gerade einmal 20 Jahren hat sich eine gigantische E-Sport-Industrie entwickelt, die als soziologisch-kulturelles Phänomen die Digitalisierung und Globalisierung verstärkt. Menschen können mit und gegen jeden in dieser Welt spielen. Das Internet macht es weitgehend barrierefrei möglich. Neue soziale Netzwerke zwischen Spielgemeinschaften in »Physical Spaces« entstehen mit teilweise neuen Regeln außerhalb eingefahrener Strukturen, um die sie von den etablierten Medien beneidet werden. Streamingdienste und -portale werden genutzt. In Südkorea können E-Sport-Interessierte täglich acht bis neun Stunden E-Sport sogar im Fernsehen verfolgen.

Die jugendgeprägte Spielkultur hat bisherige regional und lokal geprägte Denkweisen und Handlungen erweitert und um neue Ansätze bereichert. Sie trägt evolutionäre Spielzüge: »In der Evolution hat Spiel die Funktion: Zuwachs an Befähigung. Spiel oder die neuralen Funktionen und Kontrollmechanismen, die Spiele hervorbringen, werden immer dann aktiviert, wenn etwas auftaucht, das sich nicht auf etwas anderes zurückführen lässt. Die Spezies Mensch kann spielend erfahren, damit umgehen und antworten«, so schreibt der Autor schon 2003 in »Computerspiele sind Kultur«.

Immerhin wird das wirtschaftliche Potenzial von E-Sport erkannt und die Games-Produktion gefördert. Die Spielmöglichkeiten der Basis aber werden ausgebremst von der bundesdeutschen Politik mit der Geißel der Nichtzuerkennung von Gemeinnützigkeit, die dem E-Sport gesellschaftlich helfen würde. Die Gemeinnützigkeit liegt in der Gesetzgeberkompetenz des Bundes, vor allem beim aktuell von der FDP geführten Finanzministerium. Bündnis 90/Die Grünen sind generell für Games und E-Sport im Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz zuständig. Restriktiv wirkt auch die Haltung des Sports, dessen Gremien auf »Regelhoheit« bestehen, die beim E-Sport bei den Publishern und Entwicklungsstudios liegt. In einigen Ländern gibt es diese Problematik nicht. Immerhin haben jetzt Experten der deutschen E-Sport-Szene eine »Vision für den E-Sport in Deutschland 2030« zur Diskussion gestellt.

Die unterschiedliche E-Sport-Entwicklung in Europa hat längst die EU als Mitspieler auf den Plan gerufen. Bereits am 8. November 2021 wurde im Europäischen Parlament eine Debatte über die Zukunft von E-Sport gefordert.

Für das Erstellen einer Studie beauftragte der zuständige Ausschuss für Kultur und Bildung (CULT) des Europäischen Parlaments Tobias M. Scholz und Nepomuk Nothelfer. Die Ausarbeitung wurde angenommen und im Mai 2022 veröffentlicht. Gelobt wurde, dass sämtliche kulturellen und gesellschaftlichen Nutzungsmöglichkeiten beleuchtet und regulatorisches Handeln verlangt wurden.

In der Folge stimmte die EU dem Projektantrag »European Grassroots Esports« zu, der von Dänemark, Norwegen, Ungarn, den Niederlanden und Deutschland eingebracht war. Ziel ist die Förderung der sportlichen Werte Gesundheit, Integration, Respekt und Verantwortung durch die Entwicklung und Verbreitung von E-Sport-Basisclubs als Konzept und Modell in ganz Europa. Beauftragt ist federführend die International Sport and Culture Association (ISCA) sowie DGI, Viken Sport Region, Hungarian Esport Federation, H2O Esports Campus und play-eS-HanseSPIEL e. V. Hamburg.

Zur aktuellen Diskussion: E-Sport ist Breitensport! – sind alle eingeladen! Die EU-Arbeitsgemeinschaft »European Grassroots Esports« hat als Anregung einen Interviewfragebogen erarbeitet, der allen E-Sport-Beteiligten in Deutschland gerne von play-eS zugeleitet wird.

Einen sehr großen Anteil am E-Sport-Erfolg haben die freiwillig Helfenden, die viel unbezahlte Arbeit leisten

play-eS greift auf 15 Jahre Erfahrung mit der »Deutschen Games Schulmeisterschaft«, der ersten deutschen E-Sport-Amateurmeisterschaft gestartet in 2006, und eigenen regionalen Schulmeisterschaften zurück. Über 2.200 Schulen haben teilgenommen, wobei die Schüler allen Freiraum hatten, das Turnier selbst durchzuführen und Programm sowie Begleitaktionen zu gestalten.

FOTO: PICTURE ALLIANCE / M.I.S. | MARCEL MÜCKE / M.I.S.

E-Sports-Turnier »Snapdragon Pro Series« in der ESL als Live-Event mit Publikum auf der gamescom 2022

»Spiel ist Kultur!« und damit gemeinnützig – das kann auch Sportvereinen und Jugendklubs für alle E-Sport-Aktivitäten in Kooperation angeboten werden, oder sie nutzen selbst diese Argumentation, wie z. B. der SC Edermünde e. V. 2021. E-Sport-Uni-Ligen und E-Sport-Betriebssport-Wettkämpfe gibt es bereits. Stiftungen und freie Organisationen bis hin zu Altenpflegeheimen zeigen Interesse an E-Sport, und in jeder Schule ist E-Sport ein Thema. Es wäre zu hoffen, dass es dem E-Sport ähnlich ergeht wie dem Fußball um 1900 in Deutschland, der durch die Aufnahme in den Schulunterricht wirklich populär wurde. Sehr schnell wurde dabei klar: Die Schulhöfe reichen nicht, und so wurden Fußballplätze gebaut. Das ist es, woran es dem E-Sport in Deutschland vor allem mangelt: Spielmöglichkeiten. Viele Sportvereine gehen mit gutem Engagement voran, aus berechtigtem Eigeninteresse Mitglieder zu werben, aber auch den Bedürfnissen der eingetragenen Mitglieder entgegenzukommen. Länder wie Schleswig-Holstein haben öffentliche E-Sport-Einrichtungen mit Betreuung eingerichtet. Die Bedeutung fürs Image haben Sponsoren und Investoren längst erkannt, und so kommt es auch zu neuartigen Konstruktionen wie z. B. der Zusammenarbeit von Telekom und SK-Gaming in Köln, die ein E-Sport-Zentrum errichten. Diese Beispiele stehen stellvertretend für viele neue Projekte. Das äußere Erscheinungsbild von E-Sport wird vor allem durch Großveranstaltungen wie etwa der gamescom und den Intel Extreme Masters geprägt. Insgesamt gehört dazu aber der gewaltige Unterbau an Organisation und Personal, ohne die eine Unterhaltungsindustrie und auch der Sport nicht auskommen.

So bestätigt sich die Initiative der EU und die daraus entstehenden Arbeitsaufgaben: Einen sehr großen Anteil am E-Sport-Erfolg haben die freiwillig Helfenden, die aus der Leidenschaft und Spielfreudigkeit für elektronische Spiele und Wettkämpfe überdurchschnittlich viel unbezahlte Arbeit leisten. Hier ist Unterstützung der Grassroots-E-Sport-Gemeinschaft in jeder Form gefordert!

J. Peter Lemcke ist Erster Vorsitzender von play-eS-HanseSPIEL e. V. Hamburg

Orte kultureller Bildung stärken

Drei Fragen zur Kampagne »Machmamit! – Finde, was deins ist«

Wie können die diversen Angebote und Orte kultureller Bildung in Deutschland sichtbarer gemacht werden? Im September startet die Kampagne »Machmamit! – Finde, was deins ist« der Bundesvereinigung Kulturelle Kinder- und Jugendbildung (BKJ) mit Ideen und Wegen. Im Kurzinterview gibt Maxi Süß Einblicke.

Welche Idee steht hinter der Kampagne »Machmamit! – Finde, was deins ist«?
Mit der Kampagne werden die vielfältigen Angebote und Orte kultureller Bildung bundesweit sichtbar – und zwar in erster Linie für Kinder und Jugendliche. Dabei möchten wir ganz besonders diejenigen erreichen, die bisher wenig oder keinen Zugang zu kultureller Bildung hatten. Gerade jene aus Familien, die als sozial und finanziell benachteiligt gelten, benötigen verlässliche und frei zugängliche Orte und Räume, in denen sie sich austauschen, ihren Interessen nachgehen und gemeinsam etwas erleben können. Kulturelle Bildung ermöglicht genau das: eine selbstbestimmte Teilhabe an unserer Gesellschaft. Sie orientiert sich an den Stärken und Interessen von Kindern und Jugendlichen, ermöglicht Perspektivwechsel und Beteiligung. Aber obwohl kulturelle Bildung Teil der Allgemeinbildung ist, sind Angebote oft nicht bekannt oder junge Menschen wissen nicht, wo sie danach suchen können. »Machmamit! – Finde, was deins ist« möchte das ändern.

Wie wird die Kampagne umgesetzt? Was planen Sie konkret?
Eine interaktive Karte auf machmamit.de ist das Herzstück der Kampagne: Erstmalig werden Orte der kulturellen Bildung bundesweit dargestellt. Kinder und Jugendliche können auf der Karte die Angebote in ihrer Nähe finden. Aktuell rufen wir dazu auf, sich als Einrichtung auf der Karte einzutragen unter machmamit.de/formular. Im September wird diese live gehen. Zudem will die Kampagne auf 15 Festivals über 8.000 Kinder und Jugendliche vor ihrer Haustür erreichen. Jugendliche werden über Instagram, YouTube und TikTok angesprochen. Kinder und Jugendliche, die selbst tanzen, schreiben oder mit anderen musizieren, erzählen, was sie daran begeistert. Außerdem: Einrichtungen können Flyer, Postkarten und Poster bestellen, um selbst zu informieren und zu zeigen, dass sie ein Ort kultureller Bildung sind. Plakate im öffentlichen Raum, Pressearbeit, Schulmarketing und Fachkommunikation ergänzen die Kampagnenstrategie.

Wo steht die kulturelle Bildung in Deutschland aktuell? Was fordern Sie zukünftig?
Kulturelle Bildung befähigt Kinder und Jugendliche, sich mit Spiel, Kunst und Kultur zu sich selbst und zur Welt zu verhalten, was eine Grundvoraussetzung ist, um Gesellschaft mitzugestalten. Das Interesse ist groß, die Akteurinnen und Akteure nehmen sich wichtiger Themen an, etwa Schutz und Prävention, Digitalität, Nachhaltigkeit und Demokratiebildung und leisten damit einen wichtigen gesellschaftlichen Beitrag. Kulturelle Bildung hat zuletzt zu Recht stärkere Aufmerksamkeit erlangt. Dass die vielfältigen Strukturen auch auskömmlich und langfristig finanziert sind, ist bisher selten. Das muss sich jetzt ändern, denn kulturelle Bildung ist eine Investition in eine gerechte Zukunft. Politik muss das Potenzial der kulturellen Bildung und ihrer vielfältigen Strukturen anerkennen und langfristig fördern – insbesondere in Anbetracht der gesellschaftlichen Herausforderungen. Den Bundeshaushalt 2024 diesbezüglich solide aufzustellen, statt mit Kürzungen in der Kinder- und Jugendhilfe, wäre ein erster Schritt.

Maxi Süß ist Referentin für die Kampagne »Machmamit! – Finde, was deins ist« der Bundesvereinigung Kulturelle Kinder- und Jugendbildung

FOTO: MORITZ HAASE

Der ukrainische Theatermacher Pavlo Arie erzählt im Rahmen des Programms »Stories from Exile« am Berliner Ensemble zusammen mit anderen Exil-Kunstmachenden wie der Sängerin Iyrna Lazer von Exil und Vertreibung

Kulturelle Vielfalt und Exil

Zur Situation der ukrainischen Kulturmachenden in Deutschland

ROMAN LUCKSCHEITER & ZSUZSANNA ASZODI

Kulturelle Vielfalt und künstlerische Freiheit sind für Frieden, Sicherheit und die Verwirklichung der Menschenrechte und Grundfreiheiten unabdingbar. Aus dieser Überzeugung heraus hat die UNESCO 2005 ein Übereinkommen verabschiedet, mit dem sich die Weltgemeinschaft zum Schutz und zur Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen verpflichtet. Da diese Konvention auf den Austausch von Ideen und auf die Interaktion zwischen den Kulturen abzielt, gerät leicht aus dem Blick, dass ein – bedauerlicherweise wachsender – Anteil der kulturellen Vielfalt in unseren Gesellschaften die Konsequenz von Zwang und Not ist, denen Künstlerinnen und Künstler in anderen Ländern ausgesetzt sind: Das Exil ist immer öfter die tragische Komponente kultureller Vielfalt.

Die UNESCO hat in diesem Jahr einen Bericht zur »Verteidigung der kreativen Stimmen« vorgelegt, der für ein stärkeres Bewusstsein für Kunstschaffende in Not wirbt. Mit Beginn des brutalen Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine hat sich die Relevanz dieses Appells mit besonderer Dringlichkeit gezeigt: Nicht nur wurde und wird das kulturelle Erbe im Krieg zerstört bzw. in Gefahr gebracht, sondern auch das Leben der Kunstschaffenden und die Infrastrukturen der lebendigen Künste. Viele der Kreativen aus der Ukraine haben ihre Ateliers, Bühnen und Netzwerke verloren.

Die Dramatik wurde in ganz Europa verstanden. Beeindruckend ist die Vielzahl der Förderprogramme und Unterstützungsangebote, die gerade in Deutschland innerhalb kurzer Zeit, sowohl von staatlicher Seite als auch durch zivilgesellschaftliches Engagement, geschaffen oder aufgestockt wurden. Die 2022 entstandene Dynamik der Hilfsbereitschaft ist ein guter Indikator für die Flexibilität, die Offenheit und die Solidarität des Kultursektors. Zugleich stellt sich die Frage, inwiefern die geschaffenen Angebote den Bedarfen der Geflüchteten gerecht werden und wie sie zukünftig verbessert werden können – auch für geflüchtete Kulturproduzentinnen und -produzenten aus anderen Ländern. Als deutsche Kontaktstelle für das UNESCO-Übereinkommen zur Vielfalt kultureller Ausdrucksformen hat sich die Deutsche UNESCO-Kommission dieser Frage angenommen und zahlreiche Interviews sowohl mit gastgebenden Institutionen als auch mit ukrainischen Kunstschaffenden geführt. Befragt wurden 19 Institutionen und 20 Individuen. Das Ergebnis ist keine repräsentative Statistik; die in den Gesprächen mitgeteilten Erfahrungen weisen aber, auch im Abgleich mit dem UNESCO-Bericht, zuverlässige Symptomatik und Orientierung auf.

Spartenübergreifend wurde die Unterstützung insgesamt als sehr gut bewertet; gerade kleine Einrichtungen erwiesen sich als agil. Zugleich zeigte sich, wie wenig ausgeprägt die deutsch-ukrainischen Beziehungen im Kultursektor vor Ausbruch des Krieges waren. Die Notwendigkeit, sich verstärkt mit der Kulturszene in Osteuropa zu befassen, ist besonders deutlich geworden. Andersherum waren auch die Fördermöglichkeiten und rechtlichen Rahmenbedingungen in Deutschland kaum bei den Schutzsuchenden bekannt. Für den Erfolg der Angebote war nicht zuletzt deswegen ein Aufwand an Ressourcen für den Kontakt- und Vertrauensaufbau notwendig.

Als besonders relevant erwiesen sich in den Interviews diejenigen Angebote, die zur Sicherung der Grundbedürfnisse beitragen, also für physische und finanzielle Sicherheit, Unterkunft, Schul- oder Kitaplätze für Kinder und die Zugänge zu einem sozialen Umfeld schaffen. Aber auch die Möglichkeit, rasch wieder Zugang zu Ausstellungs- und Auftrittsgelegenheiten oder zur Projektarbeit zu haben, war essenziell. Als erfolgreich wurden diejenigen Angebote empfunden, die inhaltliche, räumliche und zeitliche Freiräume schufen, statt Vorgaben zu machen. Die Bürokratie nannten sowohl die Kulturträger wie auch die Kulturmachenden als größte Herausforderung für die erfolgreiche Durchführung von Unterstützungsprogrammen. Die erforderlichen Prozesse in Behörden und Administration standen diametral den spezifischen Bedarfen der Menschen in Not und dem Charakter der Angebote entgegen: Residenzprogramme etwa sind oft zeitlich eng befristet, Sprachkenntnisse reichen nicht aus für deutschsprachige Antragsformulare, künstlerische Arbeit erfordert Mobilität über den Meldeort hinaus. Unsere Empfehlungen zielen bei diesem Punkt auf ortsunabhängige Fördermöglichkeiten, auf fremdsprachliche und digitale Angebote der Behörden und auf konkrete Ansprechpersonen, die mit den spezifischen Belangen von Kulturmachenden aus dem Ausland vertraut sind.

Ein zweiter Schwerpunkt der Herausforderungen, der sich in den Interviews ergab, ist der Mangel an Deutschkenntnissen und die Belastung durch Traumata, die eine besondere Begleitung der Geflüchteten durch die gastgebenden Institutionen erfordert. Während es in den größeren Schutzprogrammen entsprechende Komponenten der psychologischen Hilfe und des vereinfachten Zugangs zu Sprach- und Integrationskursen gibt, sind insbesondere die kleineren Einrichtungen darauf angewiesen, dass künftig standardisierte und zentrale Angebote geschaffen bzw. ausgebaut werden.

Gleiches gilt auch für den dritten Schwerpunkt der Herausforderungen: Ob Beratung, Information oder Vermittlung – vieles ist in den Monaten der pragmatischen und raschen Unterstützung von den gastgebenden Institutionen jeweils aus eigener Kraft geleistet worden. Hier läge ein hoher Effizienzgewinn in der Einrichtung einer zentralen Koordinierungs- und Anlaufstelle, die Kompetenzen, Wissen und Beispiele guter Praxis bündelt und vermittelt. Entsprechende Webseiten der einschlägigen Institutionen und Mittlerorganisationen, vom Goethe-Institut über ifa bis zu den Ländern, sind hierfür hilfreiche und gut zugängliche Bausteine.

Die UNESCO hat in diesem Jahr einen Bericht zur »Verteidigung der kreativen Stimmen« vorgelegt, der für ein stärkeres Bewusstsein für Kunstschaffende in Not wirbt

Wie aber steht es um die dauerhafte Tragfähigkeit der Schutzprogramme? Anderthalb Jahre nach Kriegsausbruch stößt man bereits auf »Page not found«-Ergebnisse. Wir dürfen die Aufmerksamkeit für die Lage der Künstlerinnen und Künstler aus der Ukraine nicht verlieren und vielmehr verstetigen, was sich mit dem großen Solidarisierungsschwung 2022 aufgebaut hat. Die Erfahrungen, die der Kultursektor in diesem Kontext unter erhöhtem Druck gemacht hat, kommen der Unterstützung von Kulturmachenden im Exil generell zugute – und gewährleisten einen nachjustierten Blick auf den Schutz kultureller Vielfalt.

In den Interviews mit den Künstlerinnen und Künstlern wurde deutlich, dass sie ihre Exilerfahrung auch als eine große Chance für den Wissenstransfer, für ihre berufliche und künstlerische Weiterentwicklung und für neue Kooperationen betrachten. Die Formen der Zusammenarbeit, die sich jetzt ergeben haben und weiter ergeben, sollten als Keimzelle für eine umfänglichere Zusammenarbeit mit Osteuropa auch auf Ebene der kulturellen Institutionen genutzt werden. Den Schutz und die Förderung der kulturellen Vielfalt auch über einen adäquaten Umgang mit Kunstschaffenden im Exil zu gewährleisten ist eine Daueraufgabe.

Roman Luckscheiter ist Generalsekretär der Deutschen UNESCO-Kommission. Zsuzsanna Aszodi ist Referentin im Fachbereich Kultur

MEHR DAZU

Unterstützung für geflüchtete ukrainische Kulturmachende: Lesen Sie die Ergebnisse und Empfehlungen eines Interviewprojektes der Deutschen UNESCO-Kommission hier: tinyurl.com/bdfm647j Weiteres aus Politik & Kultur zum Thema finden Sie hier: tinyurl.com/mrxe2rfv

Community-Radio in Indien

Anushi Agrawal und Ram Bhat vom Kunst- und Medienkollektiv Maraa im Gespräch

Wie schafft es das Radio, dass wir uns wie zu Hause fühlen? Wie kann das Radio in Krisensituationen helfen? Wie wird das Radio in Indien finanziert, und wer hat es dort auf den Weg gebracht? Diese Fragen und mehr beantworten Anushi Agrawal und Ram Bhat vom Kunst- und Medienkollektiv Maraa aus Bangalore im Gespräch mit Verena Hütter.

FOTO: ADITYA GHODKE UNSPLASH

Dem Community-Radio kommt in Indien eine besondere Rolle zu

Verena Hütter: Zunächst einmal möchte ich etwas über Maraa erfahren. Was ist Maraa?
Ram Bhat: Maraa ist ein Medien-Kunst-Kollektiv und eine gemeinnützige Organisation. Im indischen Bundesstaat Karnataka wird Kannada gesprochen. Und das kannadasprachige Wort »Maraa« bedeutet »Baum«. Wir alle in der Organisation interessieren uns für Medien und kommen vom Community-Radio. Ab 2008 haben wir einige der ersten Community-Radios des Landes ins Leben gerufen. Die Leute, die die Sender betreiben, haben wir auf dem Gebiet der Recherche, Programmgestaltung, Produktion, Dokumentation und Finanzplanung ausgebildet. Wir haben sie auf verschiedene Weise unterstützt, und viele dieser Radios sind heute noch auf Sendung.

Sie haben mir erzählt, dass in Indien über 8.000 Sprachen gesprochen werden. Welche Rolle spielt das Radio angesichts dieser reichhaltigen Sprachkultur in Indien?
Bhat: Ich glaube, in vielerlei Hinsicht gilt nur das gedruckte Wort. Eine Sprache muss eine sehr hohe Hürde überwinden, um in gedruckter Form zu erscheinen. Es muss sich um eine anerkannte Sprache handeln, bei der ein damit verbundenes Druckwesen, eine Leserschaft sowie eine Schrift existieren. Das Radio hingegen ist ein gesprochenes Medium. Wir sind der Ansicht, dass das Community-Radio sehr hilfreich bei der Förderung von Sprachen ist, die nicht unter die offiziellen Sprachen fallen. In Indien werden 26 Sprachen von der Regierung anerkannt. Die unzähligen anderen Sprachen und Dialekte sind nicht anerkannt. Es bleibt größtenteils der jeweiligen Kultur überlassen, diese Sprachen zu erhalten. Und ich denke, dass das Radio einen wichtigen Beitrag zu dieser kulturellen Arbeit leistet, indem es dafür sorgt, dass die Sprache weiterlebt, ohne ihr unbedingt einen offiziellen Status verleihen zu wollen. Wenn sich eine Sprache weiterentwickelt, kommen neue Wörter auf, neue Wege, um neue Realitäten zu gestalten. Das Radio kann dabei helfen, eine Sprache in ihrer Entwicklung aufzuzeichnen.
Anushi Agrawal: Viele Sprachen und Dialekte haben keine Schriftform, sondern werden nur gesprochen. Daher ist das Radio eine wirklich gute Plattform für diese Sprachen, weil eine Fülle an Kultur damit verbunden ist, eine Fülle an Liedern. Sie werden von Generation zu Generation weitergegeben. Arbeitsmigrantinnen und -migranten lassen ihr Zuhause zurück und gehen in die Stadt. Wenn es dort ein Radioprogramm in ihrer Sprache gibt, verbindet sie das gleich mit ihrer Heimat. Auf der Suche nach Arbeit ziehen viele beispielsweise aus dem Bundesstaat Bihar in die Stadt Gurugram. Dort sendet ein Community-Radio Musik in der Regionalsprache von Bihar. Die Leute, die fernab der Heimat hier arbeiten, haben sofort eine Beziehung zu dieser Musik. Das Community-Radio bekommt viele Anrufe mit der Bitte, Lieder in der Sprache dieser Arbeitsmigrantinnen und -migranten zu spielen.

Das kann ich sehr gut verstehen. Wenn ich höre, wie jemand mit süddeutschem Akzent spricht, der Region, aus der ich komme, ruft das jedes Mal in mir ein besonderes Gefühl hervor; Sprache schafft ein Gefühl von Heimat. Wie sieht es mit den Community-Radios aus, mit denen Sie bei Maraa zusammenarbeiten – senden die Radiostationen in verschiedenen Sprachen, oder hat jeder Sender eine Sprache?
Agrawal: Wir arbeiten mit einem Netzwerk von Community-Radios zusammen, die über das ganze Land verteilt sind. Sie senden alle in verschiedenen Sprachen. Nach indischem Recht darf ein Community-Radio nur in einem Umkreis von 20 Kilometern senden. Daher sind bei einem lokalen Radiosender die Sprachen vertreten, die in dieser Region gesprochen werden. Das Programm ist stark auf die Bevölkerung innerhalb des Sendegebietes zugeschnitten.
Bhat: Wenn es sich um eine Radiostation in einem ländlichen Gebiet handelt, ist die Hörerschaft im Sendegebiet nicht sehr heterogen. Höchstwahrscheinlich ist das Programm dann in einem Dialekt gehalten. Doch eine städtische Radiostation sendet normalerweise in vielen Sprachen, weil die Hörerschaft breiter gefächert ist.

Wie sieht es mit der Finanzierung der Community-Radios aus?
Bhat: Das ist eine Mischkalkulation. Laut Gesetz sind den Community-Radios fünf bis acht Minuten Werbung pro einer Stunde Sendezeit gestattet. Meistens handelt es sich dabei um lokale Anzeigenkundinnen und -kunden, wie ein Geschäft vor Ort oder Privatpersonen, die ein Fest ankündigen wollen. Ein weiterer Teil der Finanzierung läuft über Sponsoring. Während der Coronapandemie hat das Gesundheitsministerium eine Sendung über Impfungen finanziert. Die Lizenz für ein Community-Radio wird oft von einer gemeinnützigen Organisation erworben, und die Kosten für den Sender sind Teil von deren Gesamtbudget. Diese Organisationen konzentrieren sich auf bestimmte Themen, wie Gewalt gegen Frauen oder Umweltfragen, und bekommen dafür finanzielle Unterstützung.
Agrawal: Auch Organisationen der Vereinten Nationen wie UNICEF und UNESCO fördern die Programmgestaltung von Community-Radios in Indien. So hat die UNESCO ein Netzwerk von 13 Community-Radios in Indien unterstützt, die in Kooperation mit Maraa Sendungen mit Bezug zur Coronapandemie ausgestrahlt haben.

Wie verhält es sich mit dem öffentlichen Rundfunk in Indien? In Deutschland müssen die Bürgerinnen und Bürger durch einen Beitrag für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk aufkommen. Wie funktioniert das in Indien?
Bhat: Der öffentliche Rundfunk in Indien wird aus Steuergeldern finanziert, aber es gibt keinen Rundfunkbeitrag wie in Europa. Im Grunde genommen sind es staatliche Mittel, von denen ein Teil an die öffentlichen Sender geht. Der öffentliche Rundfunk ist eine unabhängige, autonome Organisation. Doch die Regierung kontrolliert ihn über die Finanzierung, das Budget und die Ernennung eines Beamten, der die Direktion übernimmt. In der Praxis ist der öffentliche Rundfunk also nicht besonders unabhängig.

In einem früheren Gespräch haben Sie die entscheidende Rolle erwähnt, die dem Radio in Krisensituationen wie einem Erdbeben zukommt.
Bhat: Ob es sich nun um einen menschengemachten Konflikt oder eine Naturkatastrophe handelt – es gibt dabei einen erhöhten Kommunikationsbedarf. Die Menschen sind beunruhigt über die Geschehnisse. Sie wollen zu anderen Verbindung aufnehmen, und daher gerät die Kommunikationsinfrastruktur erheblich unter Druck. Die Telekommunikationsinfrastruktur bricht aufgrund des erhöhten Datenverkehrs oder aufgrund von Stromausfällen sehr schnell zusammen. Das Radio kann hier ein äußerst zuverlässiges Backup sein. Selbst wenn die bestehende Sendeinfrastruktur kollabiert, kann über Nacht eine neue aufgebaut werden. Es ist ganz einfach, einen temporären Sender einzurichten. Ich gehöre zu einem regionalen Netzwerk von Community-Radios, das sich AMARC nennt. Die Leute dort haben eine Technik entwickelt, mithilfe derer sich im Handumdrehen ein Radiosender mit minimaler Ausrüstung installieren lässt. Sie bezeichnen das als »Radio aus dem Koffer« oder »Radio aus dem Rucksack«. Die Technik ist bei dem Erdbeben in Nepal und in Westindonesien bei Vulkanausbrüchen zum Einsatz gekommen.

Wissen Sie etwas über die Anfänge des Radios in Indien? Bei Wikipedia habe ich gelesen, dass die britische Kolonialmacht das Radio in Indien etabliert hat, stimmt das?
Bhat: Die britische Kolonialmacht hat das Radio in Indien institutionalisiert. Davor gab es eine Piratenradioszene, bei der viele Unternehmer Radiosender für reiche Europäerinnen und Europäer und für betuchte, monarchietreue Inderinnen und Inder ins Leben riefen, denn Radiogeräte waren teuer. Die Radioclubs waren sehr elitär. Und die Kolonialmacht fürchtete sich vor dem, worüber da gesprochen wurde. Daher musste alles unter die Kontrolle eines Unternehmens und letztlich der britischen Regierung gebracht werden. Dann versuchte man, eine Rundfunkgebühr zu erheben, wie es sie immer noch in Europa gibt. Aber das erwies sich als wenig praktikabel, denn die meisten Menschen des Landes waren sehr arm. Das waren die Anfänge des Radios. Seit der Unabhängigkeit hat sich am Großteil der grundlegenden Architektur nichts verändert. Tatsächlich unterliegt das Radio noch immer hauptsächlich dem Indian Telegraph Act, ein Gesetz, das die britische Kolonialmacht 1885 erließ. Die Rundfunkgesetze basieren bis zum heutigen Tag auf dieser Rechtsvorschrift.
Agrawal: Der private UKW-Rundfunk kam Mitte der 1990er Jahre in Indien auf. Und dann traten um 2006 Richtlinien für Community-Radios in Kraft. Damit ist das Community-Radio der jüngste Radiosektor in Indien.

Ich weiß, dass Sie beide das Radio ganz offensichtlich lieben. Gibt es eine bestimmte persönliche Erinnerung in Bezug auf das Radio, an der Sie uns gern teilhaben lassen würden?
Agrawal: Meine persönliche Erinnerung an das Radio sind alte Hindi-Lieder. Die habe ich an Winterabenden in Delhi mit meinem Papa gehört. Er hörte oft Radio, weil er zu einer Zeit aufwuchs, als es noch kein Fernsehen gab. Und das Radio war die einzige Informationsquelle.
Bhat: Ich bin auch in Delhi groß geworden. Ich erinnere mich daran, wie ich Anfang oder Mitte der 1980er Jahre mit russischen Zeitschriften in Berührung kam, z. B. mit Science-Fiction-Zeitschriften für Jugendliche und auch mit russischen Comics. Ich glaube, das war eine Hinterlassenschaft der indisch-russischen Freundschaft aus der Nehru-Zeit. Die beiden Staaten standen in regem Austausch miteinander. Und ich weiß noch, wie ich versuchte, mit einem kleinen Kurzwellengerät Radio Moskau zu empfangen, damit ich ein Gespür für den Klang dessen bekam, was ich da las. Ich wollte eine andere Welt erreichen.

Das Interview wurde aus dem Englischen von Christiane Wagler übersetzt. Gemeinsam mit vielen weiteren persönlichen Radio-Erinnerungen, Essays und Anekdoten aus aller Welt findet man es ab 13. September 2023 unter: goethe.de/radio

Ram Bhat arbeitet für Maraa. In seiner Forschung beschäftigt er sich vor allem mit Community-Radio, Telekommunikationsinfrastrukturen und dem Umgang mit Desinformation. Er ist Präsident des Community-Radio-Netzwerks AMARC Asia Pacific.
Anushi Agrawal arbeitet ebenfalls für Maraa. Ihr Forschungsinteresse gilt insbesondere Community-Radios und partizipativen Kommunikationswegen. Seit bald zehn Jahren unterstützt sie Community-Radios in Südasien in ihrer kreativen Programmgestaltung.
Verena Hütter arbeitet in der Online-Redaktion der Zentrale des Goethe-Instituts in München. Zuvor leitete sie die Informationsarbeit des Goethe-Instituts in Nordamerika

GOETHES WELT

In Zusammenarbeit mit dem Goethe-Institut veröffentlicht Politik & Kultur in jeder Ausgabe einen gemeinsamen Beitrag. Dieser Text ist entstanden innerhalb des thematischen Schwerpunkts des Goethe-Instituts zu 100 Jahre Radio.

Aus dem Windschatten heraus

Kolumbiens gesellschaftlicher Wandel als kulturelle Leistung

KLAUS-DIETER LEHMANN

Kolumbien ist aus dem Windschatten globaler Politik herausgetreten und erlebt zugleich wichtige Schritte zur Friedenskonsolidierung. Noch im Sommer 2016 wurde Kolumbien laut UNHCR als das Land mit den meisten Fluchtbewegungen weltweit eingestuft. 6,9 Millionen Menschen befanden sich auf der Flucht, vor allem durch Binnenwanderung, ausgelöst durch den bewaffneten Konflikt von Guerilla, paramilitärischen Gruppen, kriminellen Banden, teils forciert durch den Drogenhandel.

Im Juni 2022 wurde in Kolumbien mit Gustavo Petro ein linksgerichteter Präsident, der vormals selbst Mitglied einer Guerillagruppe war, gewählt. Petros erklärtes Ziel ist es, das durch bewaffnete Gruppierungen, soziale Ungleichheit und alltägliche Korruption gebeutelte Land zu reformieren und über Einigung mit den verbliebenen kleineren Guerillas und bewaffneten Banden einen »vollständigen Frieden«, auf Spanisch »Paz Total«, zu erreichen.

Dieser Friedensprozess wird nicht nur politisch und sozial gestaltet, sondern auch – und das nicht nur nebenbei – durch kulturelle und künstlerische Initiativen. So gilt ein Schwerpunkt der Erinnerungsarbeit und der künstlerischen Aufarbeitung von gesellschaftlichen Prozessen. Erinnerungsorte wie anonyme Massengräber werden ins Bewusstsein gebracht, Zeitzeugen äußern sich in Gesprächsreihen in Dialogform zu den gewalttätigen Auseinandersetzungen und deren Bewältigung. Die Interviews sind durch ihren Performance-Charakter sehr wirkungsvoll und über eine interaktive Plattform öffentlich zugänglich. Außerdem ist das Zeitzeugenmaterial in den Bericht der Wahrheitskommission eingeflossen.

Die kolumbianische Kunstorganisation Más Arte Más Acción wurde vom indonesischen Kollektiv ruangrupa ausgewählt, um als Teil des »lumbung-Netzwerkes« an der documenta 2022 in Kassel teilzunehmen. Schwerpunkt des Programms waren zivilgesellschaftlich-künstlerische Prozesse sowie die Vorstellung des Abschlussberichts der Wahrheitskommission. Einen wichtigen Beitrag zum Aussöhnungsprozess des Landes leistet auch das Theater Mapa Teatro. Seit der Gründung spiegeln seine Stücke immer auch die gesellschaftspolitische Situation Kolumbiens und des Subkontinents wider. 2018 hatten die Leiter Heidi und Rolf Abderhalden die Goethe-Medaille unter dem Motto »Leben nach der Katastrophe« erhalten. Nach dem Abzug bewaffneter Gruppen aus ländlichen Gebieten und den schwer zugänglichen Amazonasregionen wurden die Schäden von Fauna und Flora der letzten Jahre sichtbar. Durch ein eigenes Mentorenprogramm werden die Aufarbeitungsprozesse indigener und afrokolumbianischer Gemeinschaften begleitet. Eine der Mentorinnen ist die kolumbianische Kulturlandschaftsökologin Brigitte Baptiste. Fotos des brasilianischen Fotografen Sebastião Salgado zeigen die geschundene Umwelt, aber auch die Schönheit der Natur und in Porträts die entwurzelten Menschen.

Die Bibliotheken in Kolumbien tragen als Räume zur Verbreitung von Kunst und kritischem Wissen in besonderer Weise zum Ziel des dauerhaften Friedens bei. Bogotá hat ein beispielhaftes Netz von öffentlichen Bibliotheken, darunter architektonische Juwelen, vor allem im armen Süden der Stadt, die ein Kriterium waren für die Auszeichnung Bogotás mit

dem Goldenen Löwen auf der Architekturbiennale in Venedig 2006. Das Bibliotheksnetz in Bogotá umfasst derzeit 128 Leseorte, darunter auch Fahrbibliotheken. Die Nationalbibliothek von Kolumbien hat beispielsweise die Verbreitung des Friedensabkommens, der Erinnerung an den Konflikt und des Berichts der Wahrheitskommission im gesamten Land durch didaktische, literarische und kritische Aktivitäten gefördert.

Die Buchmesse in Bogotá verzeichnete 2023 eine Rekordzahl von 600.000 Besucherinnen und Besuchern. Regionale und lokale Messen in Medellín, Cali und Barranquilla oder literarische Veranstaltungen wie das »Hay Festival Cartagena« zeigen das Interesse und die Bedeutung der Schriftkultur für das Land. Die kolumbianische Literatur hatte mit Gabriel García Márquez oder Marvel Moreno große Namen der Weltliteratur. Sie erlebt aber erneut einen Boom mit international beachteten Autoren, die die heutige Situation der Drogenkriege, der Auftragsmorde und der literarischen Aufarbeitung der aktuellen gesellschaftlichen Prozesse zum Inhalt haben. Jorge Franco, Pedro Badrán, Mario Mendoza und Juan Gabriel Vásquez sind besonders auch bei den jungen Lesern sehr populär. Eine starke Verlagsindustrie mit unabhängigen Verlegerinnen und Verlegern wie Giuseppe Caputo, Pilar Quintana und Tomás González finden in der hispanoamerikanischen Welt wachsende Anerkennung und erreichen auch das Interesse von Übersetzungen in andere Sprachen.

Zu Deutschland bestehen langfristige Beziehungen im kulturellen Bereich. Das Goethe-Institut in Bogotá wurde vor 67 Jahren eröffnet. Seitdem haben unzählbar viele Programme den deutsch-kolumbianischen Dialog beflügelt. Der Sprachkursbereich hatte durch seine innovativen Formate beeindruckende Zahlen von Kursteilnehmerinnen und -teilnehmern. Aber auch die Bereitschaft, sich aktiv an den gesellschaftspolitischen Prozessen zu beteiligen, hat dem Institut große Anerkennung und Sympathie verschafft. Das betraf Themen wie Opferentschädigung, Versöhnung, Frieden oder Erinnerungskultur. Es ist auch jetzt wieder engagiert bei den Mentorenprogrammen, der Presse- und Meinungsfreiheit und den Fachkräfteprogrammen. Das Thema Fachkräftegewinnung spielt aktuell aufgrund des neuen Einwanderungsgesetzes in Deutschland eine besondere Rolle. Hier kann auf der bisherigen Spracharbeit und Vorintegration aufgebaut werden. Aber auch das Interesse an grünem, in Kolumbien produziertem Wasserstoff ist deutlich ins Blickfeld deutscher Politik gerückt. Im Juni 2023 hat Außenministerin Annalena Baerbock Kolumbien besucht, um die neuen Kooperationsfelder zu besprechen. Im Rahmen dieses Besuches hat sie der Vizepräsidentin Francia Márquez den UNIDAS-Preis in Cali überreicht – ein Preis des deutsch-lateinamerikanischen Frauennetzwerkes, dessen Schirmherrin sie ist.

Ein weiterer aktueller Bezug war die Rückgabe zweier Masken an die Gemeinschaft der Kogi durch das Ethnologische Museum Berlin an den kolumbianischen Präsidenten Gustavo Petro anlässlich seines Deutschlandbesuches am 16. Juni 2023 im Beisein des Bundespräsidenten. Frank-Walter Steinmeier hatte die Kogi 2015 und 2017 in der Sierra Nevada selbst besucht. Die Masken waren 1915 im Rahmen einer Forschungsreise des damaligen Direktors des Völkerkundemuseums erworben worden. Da es sich um Objekte mit rituellem Bezug und auch heute noch großer sakraler Bedeutung für die Kogi handelt, hat sich die Stiftung Preußischer Kulturbesitz zur Rückgabe entschlossen. Der Komplex Provenienz der afrokolumbianischen und indigenen Bevölkerung in Kolumbien wird ein wichtiges Arbeitsfeld bleiben.

Der 250. Geburtstag von Alexander von Humboldt und dessen Lateinamerikareise vor 220 Jahren waren 2019 Anlass, die langen und engen Beziehungen zwischen Deutschland und Kolumbien zu würdigen und ihnen einen neuen Impuls zu geben, sowohl bei den kulturellen Beziehungen als auch bei den Zukunftsthemen wie Klimawandel, Ökologie und Zivilgesellschaft.

Klaus-Dieter Lehmann ist Kulturmittler. Er war Präsident des Goethe-Instituts und der Stiftung Preußischer Kulturbesitz sowie Generaldirektor der Deutschen Bibliothek

Bürgerräte, eine gute Idee?!

Reaktion auf das Editorial von Olaf Zimmermann in Ausgabe 6/23

HANS-PETER MEISTER

Bürgerräte sind zufallsbasiert durch Auslosen zusammengesetzt, zwischen 40 und 200 Bürgerinnen und Bürger, die sich einem Thema widmen. Die Idee ist nicht neu. Erinnert sei an Peter C. Dienel mit seiner »Planungszelle«, an Bürgergutachten, Agenda-21-Prozesse oder andere Methoden wie »Community Organizing« als Optionen, wie man mit diskursiven Prozessen die Ideen und das Wissen der Bürgerschaft in demokratische Entscheidungsprozesse einbringen kann. Heute, in Zeiten niedrigen Vertrauens in »die da oben«, nachlassender Ambiguitätstoleranz zwischen den gesellschaftlichen Gruppen und gewachsener Komplexität der zu lösenden Aufgaben, geht es nicht um gnädiges Zulassen von Bürgerbeteiligung durch Politik und Verwaltung auf allen Ebenen, sondern um die schiere Notwendigkeit, die repräsentative Demokratie zu ergänzen. Natürlich müssen dann die Gewichte zwischen repräsentativer und direkter Demokratie neu tariert werden. Das geht nicht ohne Konflikte.

Olaf Zimmermann hat grundsätzliche Bedenken. Er spricht von einem »Frontalangriff auf die organisierte Zivilgesellschaft durch Bürgerräte«. Er sagt, Politik versuche, die eingefahrene und auch grundgesetzlich festgelegte Form der Meinungsbildung zu unterlaufen. Ein professionelles Auftreten auf Augenhöhe mit den Regierungs- und Parlamentsvertretern sei notwendig. Mit Bürgerräten gaukele man mehr Demokratie nur vor. Auf Erfahrungen kann sich Zimmermann bei diesem strammen Statement nicht berufen, denn die sprechen eine andere Sprache. Und wieso sollten ausschließlich Lobbyisten aller Art angehört werden, nicht aber die Bürgerschaft? Die volle Entscheidungsgewalt verbleibt beim Parlament, ein Bürgerrat gibt,

Bürgerräte sind ein Schritt in die richtige Richtung. Es gibt aber kritische Punkte

wie der Name sagt, lediglich Rat. Sollte sich die organisierte Zivilgesellschaft nicht auch für die unorganisierte einsetzen, anstatt sie zu bekämpfen?

In einem Punkt ist Zimmermann zuzustimmen: Wenn Politik Bürgerräte einsetzt, um Experten auszuschalten, wäre dies eine fatale Entwicklung. Politik und Verwaltung brauchen externe Experten, Bürgerräte übrigens auch. Aber Expertokratie erschwert oft den Konsens. Lobbygruppen blockieren sich bei vielen Themen wechselseitig und damit den gesamten Entscheidungsprozess. Ein Bürgerrat dagegen konzentriert sich auf den Konsens und könnte der Politik helfen, diesen umzusetzen, statt ewig auf die hundertprozentige Lösung zu warten.

Auch die Unterstellung, bei Bürgerbeteiligung setzte sich der extremistische oder populistische Teil der Teilnehmerschaft durch, ist unzutreffend. Die jahrzehntelange Praxis in zahllosen Beteiligungsverfahren zeigt das Gegenteil: In aller Regel kommt es zu sachgerechten, breit akzeptierten Lösungen.

Klimaschutz ist ein Beispiel dafür, dass es sachlich nicht anders geht als mit einer Bürgerbeteiligung. Klimaneutralität bis 2035 kann man nicht von oben verordnen. Der Staat braucht auf allen seinen Ebenen die Akzeptanz und die Mitwirkung von Bürger- und Zivilgesellschaft. Wir brauchen also eine flächendeckende Ausweitung von Bürgerräten oder Bürgerbeteiligung.

Bürgerräte sind ein Schritt in die richtige Richtung. Es gibt aber kritische Punkte. Bürgerräte fallen nach Abschluss ihrer Beratungen auseinander, die Beteiligten können sich nicht mehr gemeinsam für die Umsetzung ihrer Ergebnisse einsetzen. Zum zweiten ist die Vorgabe des Themas oft zu eng, und die Moderation muss dann vieles ausklammern, sehr zum Ärger der Diskutanten. Ein Beispiel aus der Lokalpolitik: Ein Bürgermeister setzt einen Bürgerrat zum Thema Gestaltung des Marktplatzes ein. Aber eigentlich sollte, da sind sich Bürgerschaft und Experten

Wir brauchen andere Formen des Zuhörens, was in der Gesellschaft gedacht wird

einig, die gesamte Innenstadtentwicklung thematisiert werden. Und drittens, besonders wichtig: Zwar geht es nicht um eine Eins-zu-eins-Umsetzung der erarbeiteten Vorschläge, aber Bürgerbeteiligung als Farce würde zu gesteigerter Enttäuschung innerhalb der Bürgerschaft führen. Das müssen Politik und Verwaltung beachten, wenn sie dieses Instrument einsetzen.

Es gibt weitere Optimierungsoptionen, aber eines bleibt: Wir brauchen andere Formen des Zuhörens und der Vergewisserung, was eigentlich in der Gesellschaft gedacht wird. Die Politik sollte dankbar sein, weil sie mit Bürgerräten einen guten Spiegel über die Sichtweisen und Ideen in der Wählerschaft erhält. Die Zahl der politischen Aktivbürger wächst, was wünschenswert wäre. Zum Abschluss: Die Kritiker aus dem Lobbyistenbereich könnten auch einmal den Spieß umdrehen und fragen: Warum sollen denn nur staatliche Institutionen die einzigen sein, die Bürgerräte anstoßen und begleiten? Würde es nicht guter deutscher Ordnungspolitik entsprechen, wenn der Staat diese Aufgabe an andere Institutionen delegiert? Das könnten von der Zivilgesellschaft initiierte Bürgerräte sein. So entstünde ein Wettbewerb, wer das Instrument Bürgerrat besser, effizienter und vor allem wirksamer einsetzt. Natürlich sollten in jedem Fall Politik und Verwaltung einbezogen werden, denn am Ende geht es doch um die Kooperation aller Gesellschaftsbereiche.

Der Beitrag ist unter Mitarbeit von Henning von Vieregge entstanden.

Hans-Peter Meister ist Pionier von Bürgerbeteiligung, Dialogen und gesellschaftlicher Kooperation, Gründer des deutschen Marktführers ifok und Initiator des gemeinnützigen Bürgernetzwerks für systematische Bürgerbeteiligung

MEHR DAZU

Das Editorial »Vorgaukeln« von Olaf Zimmermann zum Thema Bürgerräte, auf das dieser Beitrag reagiert, lesen Sie hier: politikkultur.de/aktuelle-meldungen/vorgaukeln

Ein Mysterium: Rundfunkbeitrag ab 2025

Die Hoffnungen der Länder, eine Beitragserhöhung zu verhindern, ruhen auf der Zukunftskommission und den Anstalten

HELMUT HARTUNG

Es ist nicht mehr viel Zeit. Im November wird die Gebührenkommission KEF den Entwurf ihres Berichts für den Rundfunkbeitrag ab 2025 den Anstalten und den Ländern zur Kenntnis geben. Die KEF ist gesetzlich verpflichtet, vor der Bekanntgabe ihrer Empfehlung beide Seiten anzuhören. Eine Entscheidung über mögliche Änderungen verbleibt aber bei der KEF. Bis zu diesem Zeitpunkt könnten noch substanzielle Reformvorschläge, die konkreten Einfluss auf die Höhe des Rundfunkbeitrages haben, berücksichtigt werden. Möglicherweise entwickeln diese noch der Zukunftsrat, die Intendanten oder auch die Rundfunkkommission der Länder. Ob es solche Konzepte überhaupt geben wird, ab wann sie umgesetzt werden und welche Bedeutung sie für die Festsetzung des Beitrages haben könnten, ist drei Monate vor Berechnungsschluss noch immer nicht klar.

Damit bleibt für die öffentlich-rechtlichen Sender, für die Filmwirtschaft, für viele freiberufliche Mitarbeiter, aber auch für Kultureinrichtungen, die mit ARD, ZDF oder dem Deutschlandradio kooperieren, mindestens bis Jahresende unklar, wie viel Geld den Anstalten ab 2025 zur Verfügung steht und welche Konsequenzen das für sie haben könnte.

Nach den aktuell vorliegenden Informationen könnte der Rundfunkbeitrag ab 2025 steigen: von jetzt 18,36 Euro auf knapp 19,00 Euro. Würde die KEF nur von den Anmeldungen der Anstalten ausgehen, erhöhte er sich sogar monatlich auf etwa 20,00 Euro. In dieser Summe sind die Rücklagen in Höhe von einer Milliarde Euro, die aus höheren Einnahmen als geplant resultieren, bereits enthalten. Oliver Schenk, Chef der Staatskanzlei in Sachsen und Koordinator der CDU/CSU-regierten Bundesländer in der Rundfunkkommission, geht aber davon aus, dass die KEF »mit spitzem Bleistift« rechne und alle Einsparmöglichkeiten berücksichtige. Bei der vergangenen Gebührenperiode konnte so die Aufstockung um einen Euro pro Monat geringer ausfallen.

Wie der KEF-Vorsitzende Martin Detzel gegenüber der FAZ sagte, hat die Kommission, unabhängig von den Angaben der Sender, auch einen eigenen Blick auf beispielsweise die Entwicklung des Werbemarktes, der Tariflöhne oder auch der Kosten. »Bei den Preissteigerungen berücksichtigen wir aber nicht die Zahlen des Statistischen Bundesamtes auf der Basis des sogenannten Warenkorbes eines Vierpersonenhaushaltes, das gegenwärtig von einer Inflationsrate von 7,2 Prozent ausgeht. Der stärkste Preistreiber sind dabei nämlich Lebensmittel und alkoholfreie Getränke mit mehr als 20 Prozent Inflationsrate. Das spielt für die Auftragserfüllung der Rundfunkanstalten erkennbar keine Rolle. Deshalb verwendet die KEF den BIP-Deflator, der alle im Inland hergestellten Waren und Dienstleistungen berücksichtigt. Diese Zahl liegt bei zwei bis vier Prozent. Zusätzlich berechnen wir noch eine rundfunkspezifische Teuerungsrate, die auch deutlich unter der Inflationsrate liegt, und blicken beim Personal auf die Lohnausgaben der Länder«, sagt Detzel.

Ein Moratorium könnte eine Beitragserhöhung verhindern

Der sächsische Staatsminister Schenk hofft, neben dem »eigenen Blick« der KEF auf weitere Einflussfaktoren, eine Beitragsstabilität auch über 2025 hinaus zu sichern. Zum einen könnte die Beitragskommission aufgrund konkreter Einsparvorschläge des Zukunftsrates und der Anstalten Anfang 2024 nur einen Zwischenbericht ohne Empfehlung vorlegen. Bei diesem befristeten Moratorium wären weiterhin für zwei Jahre monatlich 18,36 Euro fällig. Allerdings müsste dann eine neue Anmeldung für die Zeit ab 2027 erfolgen. Zum anderen könnten mögliche Reformvorschläge bereits für den nächsten Beitragszeitraum eingerechnet werden.

Seit die öffentlich-rechtlichen Sender am 28. April bei der Gebührenkommission KEF ihre Bedarfsanmeldung für einen höheren Rundfunkbeitrag ab 2025 abgegeben haben, kursiert in den für Medienpolitik zuständigen Ressorts der Staatskanzleien dieser Begriff »Moratorium«, der vor allem aus der Wirtschafts- und Finanzpolitik bekannt ist. Das Wort »Moratorium« stammt vom lateinischen »morari« ab, das heißt »verzögern«, »aufschieben«. In einem medienpolitischen Zusammenhang tauchte eine solche Variante vor genau 20 Jahren auf, als der nordrhein-westfälische SPD-Ministerpräsident Peer Steinbrück vorschlug: »Wir sollten uns auf ein Moratorium der Gebührenerhöhung verständigen.« Damit wollte er eine Erhöhung der Rundfunkgebühr, die zu diesem Zeitpunkt 16,15 Euro betrug, ab 2005 verhindern. Die Bundesländer konnten sich damals auf diesen Schritt nicht verständigen. Die Gebühr stieg um 88 Cent.

Reiner Haseloff, Ministerpräsident in Sachsen-Anhalt und Vorsitzender der CDU-Kommission zur Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, hat diese Idee jüngst wieder publik gemacht. Am 18. März sprach er sich bei einer Tagung der Evangelischen Akademie Tutzing für ein Moratorium aus, das über die jetzige Beitragsperiode hinaus gelten solle. In einem Interview mit der Wochenzeitung Die Zeit am 10. Mai sagte der CDU-Politiker, es gebe eine lange To-do-Liste der KEF, die viel Sparpotenzial aufzeige. Mehr als 70 Radiosender, 20 TV-Sender, mehrere Hundert Podcasts und Instagram-Formate seien Wildwuchs. Das müsse man zurückstutzen. Deshalb sei er dafür, dass ARD und ZDF zwei Jahre lang auf Erhöhungen verzichteten und diese Zeit zur Inventur nutzten.

Eine Position, die auch aus anderen Staatskanzleien Unterstützung erfährt. So sagt Dirk Schrödter, Chef der Staatskanzlei in Schleswig-Holstein, gegenüber der FAZ, dass er für ein solches Vorgehen durchaus Sympathie hätte. Auch vom Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrag wäre es gedeckt, denn er verlange lediglich, dass die KEF den Landesregierungen mindestens alle zwei Jahre Bericht erstatte. In der aktuellen Beitragsperiode würden deutlich höhere Einnahmen erzielt, als seinerzeit von der KEF prognostiziert. Darüber hinaus hätten die Rundfunkanstalten noch diverse »Aufträge« der KEF abzuarbeiten, wie z. B. die seit 2017 laufenden Strukturprojekte, die sich in den kommenden Beitragsperioden bemerkbar machen könnten. Zudem würden die absehbaren Reformen, so der CDU-Minister, durch die aktuellen Medienänderungsstaatsverträge und die weiteren laufenden Vorarbeiten nur dann zeitnah Wirkung auch für die Beitragszahlenden entfalten, wenn sie nicht erst für die übernächste Beitragsperiode Berücksichtigung fänden. Dies wären alles gute und vor allem rechtmäßige Gründe, den Zeitpunkt für eine Beitragsanpassung zu verschieben.

KEF-Vorsitzender Martin Detzel dämpft diesen Optimismus allerdings und verweist auf die Entscheidungskompetenz der Länder für ein Moratorium. Sollten diese die KEF bitten, das laufende Verfahren zu stoppen, würde der für die aktuelle Periode festgesetzte Beitrag von 18,36 Euro wohl für zwei Jahre über 2024 hinaus eingefroren. Die Argumente der Länder für ein solches Moratorium müssten allerdings so stark sein, dass sie einer verfassungsrechtlichen Überprüfung standhielten. Solche Gründe kenne die KEF bisher nicht. Er gehe deshalb davon aus, dass man im Frühjahr eine Beitragsempfehlung für den Zeitraum von 2025 bis 2028 abgeben werde. Die KEF sei aber auch in der Lage, so Detzel, eine Beitragsempfehlung nur für zwei Jahre zu berechnen. Wenn es beispielsweise durch die Reformvorschläge des Zukunftsrats zu einer substanziellen Veränderung der Rahmenbedingungen komme, stellt der KEF-Vorsitzende klar, müsse das Verfahren durch eine neue Bedarfsanmeldung erneut gestartet werden. Die Länder könnten die KEF auch beauftragen, für geplante Reformen Ergänzungsrechnungen und Simulationen für mögliche Einsparungen und damit Auswirkungen auf die Beitragsentwicklung vorzunehmen. Der Verfassungsrechtler Bernd Holznagel von der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster weist gegenüber der FAZ darauf hin, dass der Beitragsbericht der KEF, der für 2024 geplant ist, »nicht so einfach verschoben werden kann, zumal wenn die Anmeldungen der Anstalten bereits eingereicht wurden«.

Mehrere Ministerpräsidenten lehnen Beitragserhöhung bereits jetzt ab

Unabhängig von den realen Chancen, den Beitrag ab 2025 stabil bei 18,36 Euro zu halten, haben sich inzwischen sieben Länderchefs gegen eine Erhöhung des Rundfunkbeitrages ausgesprochen. Doch entschieden wird darüber, wenn den 16 Ministerpräsidentinnen und -präsidenten der Bericht der Gebührenkommission KEF im Februar 2024 vorliegt. Sollte die KEF eine Gebührenempfehlung befürworten, wird es für die Länderrepräsentanten, die sich bereits jetzt dagegen aussprechen, eng.

Der Erste Senat des Bundesverfassungsgerichts hatte am 4. August 2021 erneut verkündet, dass die Länder zwar von der KEF-Empfehlung abweichen dürfen, verfassungsrechtlich geboten seien aber nur sozialpolitische Argumente, etwa eine mögliche Überforderung der Beitragszahler. Kritik an der Struktur der Sender oder am Inhalt der Programme seien für die Beitragsfestsetzung irrelevant. Diese Entscheidung war keine Überraschung, deckt sie sich doch mit vorangegangenen Urteilen. Doch selbst wenn ein Land oder auch sieben mit »sozialen Belastungen« argumentieren würden, wäre eine Beitragserhöhung, wenn sie die KEF empfiehlt, kaum zu verhindern. Denn die Richter stellten auch fest, dass nur alle Länder gemeinsam von der KEF-Empfehlung abweichen könnten. Sie begründen das mit der »föderalen Verantwortungsgemeinschaft« für die Finanzierung des Rundfunks.

In dem Karlsruher Urteil wurden die Länder jedoch darauf hingewiesen, dass es verfassungsrechtlich möglich ist, vom bisherigen Einstimmigkeitsverfahren abzuweichen und eine mögliche Erhöhung auch ohne die Zustimmung aller 16 Länder erfolgen könnte. Das setzt aber wieder eine Einmütigkeit bei der Änderung des bisherigen Prozederes voraus, und damit ist nicht zu rechnen. Deshalb sind nicht die gegenwärtigen Ablehnungen entscheidend, auch wenn sie ein guter Indikator für die Stimmung in der Bevölkerung sind, sondern ob es in den nächsten Monaten gelingt, Fakten zu schaffen, die belegen, dass der Rundfunkbeitrag trotz zusätzlicher Anmeldungen durch quantitativ bezifferte Einsparungen ab 2025 sinken könnte.

Seit Monaten drängen Öffentlichkeit und Politiker die öffentlich-rechtlichen Anstalten, Pläne vorzulegen, die die Kosten für Verwaltung, Produktion und Personal so reduzieren, dass der Rundfunkbeitrag ab 2025 nicht erhöht werden muss. Die öffentlich-rechtlichen Medien müssen ebenso wie die privaten Medienunternehmen umfassende digitale Veränderungen bewältigen. Das erfordert Kosten und personellen Aufwand

Zustimmung in der Bevölkerung für Beitragserhöhung nimmt ab

Die Zustimmung in der Bevölkerung für eine mögliche Erhöhung des Rundfunkbeitrages nimmt weiter ab. Waren laut Business Insider vor einem Jahr bei einer repräsentativen Befragung 68 Prozent der Wahlberechtigten gegen eine erneute Steigerung, erhöhte sich die Zahl der Neinsager im Juni dieses Jahres bei einer Umfrage der Bild auf 78 Prozent. Nach einer aktuellen Untersuchung des Marktforschungsinstitutes Infas im Auftrag der CDU-Fraktion des Landtages von Sachsen-Anhalt sind 92 Prozent der erwachsenen Bevölkerung dieses Bundeslandes nicht bereit, die steigenden Kosten der öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten über höhere Rundfunkbeiträge zu finanzieren. Trotz einer hohen regelmäßigen Nutzung von ca. 70 Prozent der Bevölkerung belegt die Studie die Unzufriedenheit mit den Angeboten von ARD & Co. Nur gut jeder Dritte Wahlberechtigte in Sachsen-Anhalt hält den öffentlich-rechtlichen Rundfunk für eine wichtige Säule unserer Demokratie (38%). Ein Drittel (33%) sieht dies nicht so. Der Rest ist unentschlossen. Ein Urteil, das sehr bedenklich stimmt. Bei AfD-Sympathisanten befürworten nur 12 Prozent diese Aussage, bei denen der CDU 39 Prozent. Unter SPD- und Grünen-Anhängern gibt es dagegen viel Zustimmung.

Die Hoffnungen der Länder, einem medienpolitischen Dilemma zu entgehen, ruhen also auf dem Zukunftsrat und dem Sparwillen von elf Intendanten. Doch ob das reicht, ist fraglich. Am 22. Juni einigten sich die ARD-Senderchefs, bei den drei Themenfeldern Klima, Verbraucher und Gesundheit die Ressourcen in jeweils einem Kompetenzcenter zu fokussieren. Diese Kompetenzcenter sind, wenn sie Kosten sparen und auch den Personalbedarf reduzieren, ein richtiger Weg, um mit dem Beitrag besser zu wirtschaften. Auch bei der digitalen Transformation sind Reformen geplant, z. B. beim Aufbau von Empfehlungs- und Personalisierungsdiensten oder dem Management der unterschiedlichen Inhalte. Das Projekt bestehe aus 18 Modulen und sei auf mehrere Jahre angelegt, heißt es. Interessanterweise fehlt bei der Auflistung vom 22. Juni das mehrfach genannte Mantelprogramm für alle Dritten. Weitere Einzelheiten sollen im September folgen.

Die ARD drückt sich, auch nach dieser Intendantensitzung, vor konkreten Zahlen und gefällt sich in Allgemeinplätzen. Man muss kein Prophet sein, um zu sehen, dass dieses Reformpaket keine Auswirkungen auf die Festlegung des Rundfunkbeitrages ab 2025 haben wird: zu unkonkret, zu nebulös, zu wenig ambitioniert. Seit Monaten drängen Öffentlichkeit und Politiker die öffentlich-rechtlichen Anstalten, Pläne vorzulegen, die die Kosten für Verwaltung, Produktion und Personal so reduzieren, dass der Rundfunkbeitrag ab 2025 nicht erhöht werden muss. Die öffentlich-rechtlichen Medien müssen ebenso wie die privaten Medienunternehmen umfassende digitale Veränderungen bewältigen. Das erfordert Kosten und personellen Aufwand. Dafür stehen ARD, ZDF und Deutschlandradio jährlich zehn Milliarden Euro zur Verfügung, die sie per Gesetz erhalten und nicht am Markt verdienen müssen. »Wir sind der Auffassung«, bekräftigen die CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Ende Juni in Rostock, »dass sich der gesetzliche Auftrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks damit umfassend erfüllen lässt. Aus heutiger Sicht erscheint eine Anhebung des Rundfunkbeitrages ab 2025 politisch nicht vermittelbar.« Die Union regiert in neun Bundesländern mit.

Helmut Hartung ist Chefredakteur von medienpolitik.net

Gestern ist heute und heute ist morgen

Die Medienkünstlerin und Kunstprofessorin Ulrike Rosenbach wird 80

URSULA GAISA

Sie eine Pionierin der Medienkunst zu nennen ist keine Übertreibung: Ulrike Rosenbach ist Künstlerin, Kunstprofessorin und eine engagierte Verfechterin des Feminismus. 1943 nahe Hildesheim geboren, feiert sie dieses Jahr ihren 80. Geburtstag. Aus diesem Anlass widmet ihr das Zentrum für Kunst und Medien Karlsruhe (ZKM) eine Retrospektive. Die Ausstellung ist noch bis 7. Januar 2024 begehbar. Sie findet im Rahmen von »Female Perspectives« statt und ist Teil einer Reihe von Ausstellungen, mit denen das ZKM das bedeutende Werk einer Pioniergeneration von Medienkünstlerinnen würdigt.

Das Kriegskind Ulrike Rosenbach wuchs relativ behütet bei den Großeltern auf. Im Alter von fünf Jahren – wieder mit den Eltern vereint – begann Ulrike Rosenbachs Schullaufbahn in Goslar. Weitere Stationen waren Hannover und Wuppertal, wohin es den Vater, einen Piloten, beruflich trieb. Ihr künstlerisches Talent wurde bald an ihrer experimentellen Schule erkannt, und ihre Lehrerinnen und Lehrer ermutigten sie, sich an der Kunstakademie in Düsseldorf zu bewerben.

Warum Bildhauerei und beispielsweise nicht Malerei? Ulrike Rosenbach dazu: »Ich habe immer am liebsten gebastelt oder gewerkelt – mit irgendwelchen Dingen. Und mein Professor hat das sofort erkannt und mich für Bildhauerei empfohlen.« Norbert Kricke und Joseph Beuys waren ihre Lehrer an der Akademie, an Beuys erinnert sie sich kurz und knapp: »Sehr verbindlich, sehr freundlich« sei er gewesen.

© ZKM | ZENTRUM FÜR KUNST UND MEDIEN KARLSRUHE. FOTO: FELIX GRÜNSCHLOSS

Ulrike Rosenbach im ZKM | Karlsruhe vor »Zenkocher« (1991)

Freischaffende Künstlerin

Während ihres Studiums machte sie Bekanntschaft mit neuen Kunstformen wie Pop-Art, Fluxus und Performances. Die alleinerziehende Mutter experimentierte mit Objekten an und für ihren Körper und wollte diese aufnehmen, so entdeckte sie das Medium Video. Sie wollte sich nicht klassisch filmen oder fotografieren lassen, sondern kaufte sich in einem Versandhaus für 99 Mark ihre erste Ausrüstung.

Teilweise befestigte sie die Kameras auch an ihrem Körper und erhielt für diese neue Art der Kunst international große Anerkennung – auch durch ihre Teilnahme 1977 an der documenta 6 und 1987 an der documenta 8. Zwischen 1973 und 1976 hielt sich Rosenbach mehrfach in den USA auf, wo experimentelle Kunstformen schon weiter verbreitet waren als in Deutschland: »New York war der Dreh- und Angelpunkt für moderne Kunst.«

Ulrike Rosenbach kam auch in Los Angeles in Kontakt mit der künstlerischen Avantgarde und unterrichtete 1975 und 1976 auf Vermittlung von John Baldessari Feministische Kunst, Performance und Video am California Institute of the Arts (CalArts), einer der bedeutendsten Kunsthochschulen dieser Zeit.

1976 gründete sie die »Schule für kreativen Feminismus« in Köln, die bis 1982 bestand: »Das war einfach eine Gruppe von Interessierten – Künstlerinnen, Kunststudentinnen, aber auch Frauen, die überhaupt nichts mit Kunst zu tun hatten. Die kamen einmal die Woche in mein Studio, und wir haben zusammen Kunst und weibliche Kunstgeschichte studiert oder über Kunst gesprochen und auch natürlich selbst Kunst produziert.«

Feministische Kunst

Das Engagement für den Feminismus begleitete sie wie die Video- und Medienkunst ihr ganzes Leben: »Ich war immer politisch interessiert, war Vorstandsmitglied des AStA in der Düsseldorfer Kunstakademie. Deswegen habe ich auch darauf geachtet, wie Frauen innerhalb der aufkommenden Studentenbewegung behandelt wurden. So wurde diskutiert, dass das eigentlich an den Frauen vorbeiging und sie doch nicht so integriert wurden, wie sie sich das wünschten. Sie gründeten dann ihre eigene Bewegung, und das fand ich sehr spannend, weil ich ja diese Kontroverse auch gut genug aus der Kunstszene kannte. Deshalb beschloss ich, meine Kunst feministische Kunst zu nennen und diese Gruppe zu gründen.«

Das MeToo-Thema war natürlich auch schon in ihren jungen Jahren präsent – sowohl in der Kunst- als auch in der Musikszene: »Wenn ich mit jungen Frauen spreche, dann sagen die, es hat sich nicht so viel geändert. Aber vielleicht ist die jüngere Generation von Männern nicht mehr so stark betroffen. Das ist ja auch in verschiedenen Kulturen völlig unterschiedlich. Es gab in den 1970er Jahren in Deutschland so gut wie keine weiblichen Professoren oder gar Rektorinnen von Hochschulen. Mit der Zeit hatten verschiedene Initiatoren der internationalen Frauenszene den Mut, dagegen anzugehen, wie Frauen behandelt wurden, z. B. eine Alice Schwarzer in Deutschland.«

Hochschulprofessorin und GEDOK

An der neu gegründeten Akademie der Bildenden Künste bzw. Hochschule für Bildende Kunst in Saarbrücken arbeitete Ulrike Rosenbach von 1989 bis 2007 als Professorin für Neue künstlerische Medien und war von 1991 bis 1993 auch deren Rektorin: »In Saarbrücken gab es eine Vergangenheit, auch in der Technik, das war vorher eine Fachhochschule. Und man hatte die analoge Videotechnik. Diese konnte ich in mein Technikstudio an der HBK Saar integrieren, eine spannende Zeit.«

Nach der Emeritierung wurde sie angefragt, Präsidentin der GEDOK zu werden, erinnert sich Ulrike Rosenbach. Sie engagierte sich jahrelang in der 1926 in Hamburg gegründeten »Gemeinschaft deutscher und österreichischer Künstlerinnen und Kunstfreundinnen«, die sich für die Rechte und Gleichbehandlung von Frauen in der Kunstszene einsetzt.

Wie empfindet sie die enormen technischen Veränderungen, die auch die Medienkunst in hohem Maß betreffen? »Sagen wir mal, es ist eine völlig andere Kunst entstanden. Computer haben natürlich ausgeweitete Programme, die im Vergleich zu Videoverfahren ganz andere Möglichkeiten bieten. Deswegen sagt man auch heute Medienkunst und nicht mehr Videokunst. Im Großen und Ganzen ist der Unterschied zwischen analoger und digitaler Kunst relevant: Der wichtigste Unterschied ist, dass junge Leute heute durch die Vielfalt der Programme aus sehr, sehr vielen Möglichkeiten auswählen können. Wir hatten früher genau das Gegenteil. Wir mussten Dinge, Techniken oder die Art und Weise, wie wir mit Video Kunst produzieren wollten, erfinden, um überhaupt etwas machen zu können, was unseren Vorstellungen entsprach.«

Auch mit dem Thema Künstliche Intelligenz (KI) setzt sich Ulrike Rosenbach auseinander: »Also, KI gibt's ja schon etwas länger. Wir wussten in Saarbrücken schon seit den 1980er Jahren davon. Die Universität in Saarbrücken war darauf spezialisiert, Künstliche Intelligenz zu fördern und zu diskutieren. KI oder Roboter werden ja etwa in der Autoindustrie längst benutzt. Aber wie sich das Ausweiten wird, das wird die Zukunft zeigen.«

Was erwartet die Besucherinnen und Besucher nun in der retrospektiven Ausstellung im ZKM in Karlsruhe? »Das ZKM ist ein Museum für neue Technologien, in dem man viel erleben und sehen kann, mit digitalen Bildern, Filmen und so weiter. Es finden ständig Ausstellungen statt, Unmengen von Workshops und Präsentationen – auch für elektronische Musik. Meine Ausstellung ist eine Art Anti-Ausstellung, würde ich sagen. Es werden über 100 meiner installativen Werke gezeigt, die zum größten Teil analog hergestellt wurden. Das macht das Ganze natürlich schon interessant.«

Ein Wunsch für die Zukunft ist für Ulrike Rosenbach, dass es den Begriff »feministische Kunst« überhaupt nicht mehr braucht. Dass es »selbstverständlich ist, dass Frauen und Männer gleich behandelt werden, die Tendenz gibt es ja bereits. Die Medienkunst wird sich sicher weiter und immer wieder völlig neu entwickeln. Also alles wird anders, und gestern ist heute und heute ist morgen. Das ist einfach der Gang der Welt.«

Ursula Gaisa ist Redakteurin der neuen musikzeitung

Gut versus böse

Von Renaissance-Geschichten und Sündenfällen

JOHANN HINRICH CLAUSSEN

Es ist bekannt, dass wir zu viel tagesaktuelle Nachrichten konsumieren. Aber man kommt schwer davon los. Da bietet der Sommer die Gelegenheit, Abstand zu nehmen, zur Abwechslung mal ein dickes, altes Buch zur Hand zu nehmen und in einer fernen Sinn-Welt zu versinken. Meist erfährt man dabei mehr über das eigene Leben als durch aufdringliche Push-News. Große Bögen und weite Zusammenhänge können sich dann zeigen, manchmal ist es aber auch nur ein einziger Satz, der lange in einem nachklingt.

So war es bei mir, als ich kürzlich in Jacob Burckhardts »Die Kultur der Renaissance in Italien« von 1860 las. In einer kurzen Bemerkung versucht Burckhardt – irgendwo in der Mitte dieses herrlichen Klassikers –, die religiöse Grundeinstellung der Hauptprotagonisten der Renaissance auf den Punkt zu bringen. Und da meint er, bei ihnen »eine häufige Eigenschaft jugendlicher Naturen« ausmachen zu können: »Sie unterscheiden recht scharf zwischen gut und böse, aber sie kennen keine Sünde … und keine Reue.«

Als ich dies las, stutzte ich erst und lachte dann. Denn es ist einerseits gut beobachtet, andererseits widersinnig. Man würde denken, dass die moralische Unterscheidungskraft mit einer Vorstellung von Sündhaftigkeit zusammenhinge. Aber so war es für Burckhardt in der Renaissance nicht. Hergebracht-kirchliche Vorstellungen von der Sündenverfallenheit der Menschheit waren einer heiteren Weltzugewandtheit gewichen. Der schöne Körper wurde nicht theologisch verleumdet, sondern künstlerisch gefeiert. – Ob das historisch stimmt, darf man allerdings bezweifeln. – Darin zeigte sich für Burckhardt nicht nur die Überwindung des christlichen Mittelalters, sondern auch die »Jugendlichkeit« dieser Epoche. Zu dieser aber gehörte für ihn zugleich eine moralische Unbedingtheit, die sich in eindeutigen Urteilen über die moralische Qualität anderer auslebte.

Ich sah vom Buch auf und fragte mich, ob das auf mein früheres Ich – als ich noch eine »jugendliche Natur« war – zugetroffen hat? Leider kann ich mich nicht erinnern. Aber es leuchtet mir ein, dass es ein Privileg der Jugend ist, ihr blühendes Leben ohne Sündengrübeleien zu entfalten. Allerdings kenne ich auch Momente, in denen ich junge Leute davor warnen wollte, zu fix moralische Urteile zu fällen und die Menschheit in Gute und Böse einzuteilen. Für mich gehört zu einer erwachsenen Reife die Einsicht, dass alle Menschen eine Anlage zum Guten und eine Tendenz zum Bösen haben, weshalb es unerlässlich ist, immer auch über das eigene Beteiligtsein am Unheilvollen nachzudenken.

Aber dann dachte ich, dass Burckhardts Satz nicht nur für »jugendliche Naturen« zutrifft. Unsere Gegenwart ist sicherlich keine jugendfrische Epoche. Wir leben in späten Zeiten, inmitten einer alternden Gesellschaft. Gleichwohl ist bei uns die Neigung, »recht scharf zwischen gut und böse« zu unterscheiden, übermäßig ausgeprägt, während »Sünde« und »Reue« zu Fremdwörtern geworden sind. Man muss nur die letzten Empörungsdebatten vor dem inneren Auge vorüberziehen lassen (auch wenn das die sommerliche Erholung beeinträchtigt): Die Wucht der moralischen Verurteilungsfreude steht in einem umgekehrt proportionalen Verhältnis zur Bereitschaft, über sich selbst kritisch zu reflektieren.

Das brachte mich auf einen Vergleich zwischen Renaissance und Reformation. Für Letztere war der Sündenbegriff fundamental. Doch ging es Martin Luther und seinen Weggenossen nicht darum, Lebensfreude unmöglich zu machen oder Sexualität zu verteufeln. Vielmehr wollten sie der eigenen Fraglichkeit auf den Grund kommen. Dieser bestand für sie in einer unhintergehbaren Einsamkeit, einem »In-sich-selbst-Verkrümmt-Sein«, das verhindert, dass wir froh und frei unseren Nächsten umgehen können. Wer das für sich eingesehen hat, wird weniger forsch über andere urteilen und zur Reue fähig. Hier zeigt sich der humane Gehalt des heute ach so schwer vermittelbaren Sündengedankens. Das dachte ich mir so, um dann wieder in Burckhardts herrlicher Renaissance-Geschichte zu versinken.

Johann Hinrich Claussen ist Kulturbeauftragter der Evangelischen Kirche in Deutschland

ZUR PERSON …

Deutscher Musikwettbewerb 2023
Eva Zalenga, Sopranistin aus Regensburg, und Philipp Schupelius, Cellist aus Kronberg, haben den Deutschen Musikwettbewerb 2023 gewonnen. Außerdem erhält Patrick Schäfer für sein Werk »Umarmungen« den Kompositionspreis des Deutschlandfunks, während Arwen Campbell für das Stück »Weitsicht« mit dem Kompositionspreis des Deutschen Musikrates gewürdigt wird. Die Preisträgerinnen und Preisträger erhalten nicht nur ein Preisgeld, sondern werden darüber hinaus auch in die Konzertförderung des Deutschen Musikwettbewerbs aufgenommen und bekommen die Möglichkeit, eine eigene CD beim Label »Genuin« aufzunehmen.

Schauspiel Köln: Kay Voges wird neuer Intendant
Kay Voges wird der Nachfolger von Stefan Bachmann und übernimmt ab der Spielzeit 2025/26 die künstlerische Verantwortung für das Schauspiel Köln. Voges arbeitet seit 1998 als Regisseur an renommierten Häusern wie der Staatsoper Hannover, dem Schauspielhaus Hamburg oder dem Staatsschauspiel Dresden. Darüber hinaus ist er Gründungsdirektor der Akademie für Theater und Digitalität und wirkt seit der Spielzeit 2020/2021 als Künstlerischer Direktor am Volkstheater Wien. Für seine Regiearbeiten wurde Voges mehrfach geehrt und ausgezeichnet.

Georg-Büchner-Preis für Lutz Seiler
Der Georg-Büchner-Preis wird am 4. November 2023 in Darmstadt an den freien Schriftsteller Lutz Seiler verliehen. In der Begründung der Deutschen Akademie für Sprache und Dichtung heißt es, Seiler habe als Romancier und als Dichter zu seiner eigenen, unverwechselbaren Stimme gefunden, melancholisch, dringlich, aufrichtig, voll von wunderbaren Echos aus einer langen literarischen Tradition. Im Jahr 2007 wurde Seiler bereits für die Erzählung »Turksib« mit dem Ingeborg-Bachmann-Preis ausgezeichnet. Außerdem erhielt er den Deutschen Buchpreis 2014 für sein Romandebüt »Kruso«.

Mai Thi Nguyen-Kim erhält Jacob-Grimm-Preis
Der Kulturpreis Deutsche Sprache wird in diesem Jahr an die Wissenschaftsjournalistin Mai Thi Nguyen-Kim, das Deutsche Gymnasium in Tallinn und das Digitale Wörterbuch Deutsche Gebärdensprache verliehen. Mai Thi Nguyen-Kim erhält als erste Naturwissenschaftlerin den hoch dotierten Jacob-Grimm-Preis. Mit dem Preis wird sie für ihre verständliche und moderne Sprache, mit der sie komplexe wissenschaftliche Inhalte einem breiten Publikum vermittelt, gewürdigt. Der Kulturpreis Deutsche Sprache wird seit 2001 von der Eberhard-Schöck-Stiftung verliehen, 2023 erstmals gemeinsam mit der Deutschen Akademie für Sprache und Dichtung. Er ist mit 30.000 Euro dotiert.

Andrea Schafarczyk ist neue stellvertretende WDR-Intendantin
Seit 1. Juli 2023 ist Andrea Schafarczyk stellvertretende Intendantin beim WDR. Schafarczyk wirkte beim WDR unter anderem als Wortchefin von 1LIVE und als Leiterin der Musik- und Eventredaktion der Welle. Von 2015 bis 2020 war sie Chefredakteurin bei Radio Bremen. Anschließend übernahm sie als multimediale Chefredakteurin Verantwortung beim Hessischen Rundfunk. Ihre Tätigkeit als stellvertretende Intendantin soll sie neben ihrer bisherigen Funktion als crossmediale Programmdirektorin NRW, Wissen und Kultur, die sie seit 2022 innehat, bis mindestens Ende des Jahres ausüben.

Zu Wort melden

Von der Kunst des Streitens

Streit mögen wohl die wenigsten, zumindest im privaten Bereich. Und wenn es dazu kommen sollte, dann erwartet man eine gewisse Streitkultur. Für eine funktionierende Demokratie ist das Streiten systemimmanent. Der Herausgeber Stephan Russ-Mohl, Kommunikationswissenschaftler und ehemaliger Hochschullehrer, widmet sich mit den Autoren dem öffentlichen gesellschaftspolitischen Diskurs, der für unsere Demokratie fundamental ist. Ist dieser freie Meinungsaustausch mit Pro und Kontra gefährdet? Gibt es gar eine Krise in der gegenwärtigen Streitkultur? Brauchen wir eine neue Diskurskultur? Und wie können wir unsere Meinungsfreiheit verteidigen? Die 23 Autoren des Readers, zumeist Journalisten und Medienwissenschaftler, thematisieren mit wissenschaftlichem Anspruch sehr differenziert den Diskurs bei Migrations-, Islam- und Integrationsthemen sowie der Klimadebatte und die Herausforderungen an eine objektive Berichterstattung, darunter die Auslandsberichterstattung deutschsprachiger Medien mit Beispielen aus der Praxis in einer allzu »überkomplexen Welt«. Weitere Themenfelder bilden die häufig diskutierte Journalismuskrise, die Bedeutung des Internets und der Digitalisierung, Meinungsmacher und Fakenews, Aufmerksamkeitsökonomie, Extremismus und Populismus sowie die Beeinflussung unserer Medien und die Bedeutung der Intellektuellen. Der Herausgeber verharrt nicht bei einer differenzierten Analyse, sondern er liefert praktische »Tipps für Jedermann und Jedefrau, für Journalisten und für Wissenschaftler«. Ausgezeichnet!

Eine wichtige und zugleich empfehlenswerte Lektüre in demokratiegefährdender Zeit! Zugleich ein flammendes Plädoyer für eine Streitlust in rauer werdenden Zeiten und eine Stärkung des demokratischen, öffentlichen Diskurses.
Thomas Schulte im Walde

Stephan Russ-Mohl (Hg.). Streitlust und Streitkunst. Diskurs als Essenz der Demokratie. Schriften zur Rettung des öffentlichen Diskurses, Band 3. Köln 2020

Kunst & Bildungspolitik

Künstlerische Fächer an öffentlichen Schulen

Im 2023 erschienenen Buch »Die Künste, die Politik und die allgemeine Bildung« berichtet Susanne Fontaine über eine gleichnamige interdisziplinäre Tagung, die 2018 an der Universität der Künste Berlin stattfand. Während der Tagung wurde der Status der künstlerischen Fächer als ordentliche und notwendige Unterrichtsfächer an öffentlichen Schulen im Zusammenhang mit dem im Grundgesetz artikulierten Selbstverständnis der Gesellschaft untersucht.

Dieser Sammelband führt Tagungsbeiträge, die den Stellenwert der Kunst an öffentlichen Schulen behandeln, zusammen. Der Ausgangspunkt bestand darin, dass Kunst, Musik und verwandte Fächer im schulischen Rahmen oft als Rekreationsfächer betrachtet werden. Demzufolge wird in den Beiträgen hervorgehoben, dass obligatorische künstlerische Schulfächer unerlässlich sind, da Kunst als Speicher von Wissens- und Erfahrungsbeständen zu verstehen ist.

Sowohl die politischen Bildungsziele als auch die Stellung künstlerischer Schulfächer sollten neu gedacht werden, damit diese ernster genommen werden können und die Künste als ordentliche Fächer an allgemeinbildenden Schulen gelten.

Zu den Autorinnen und Autoren gehören Persönlichkeiten aus dem Kultur- und Musikbereich wie beispielsweise Christian Höppner und Hella Dunger-Löper. Dieses immens wichtige Thema wird aus unterschiedlichsten Standpunkten behandelt, darunter einer gesellschaftlichen, politischen sowie historischen Perspektive, sodass Susanne Fontaine mit diesem Tagungsbericht einen ausführlichen Einblick in die bildungspolitischen Herausforderungen in Bezug auf die Rolle der künstlerischen Fächer an öffentlichen Schulen bietet.
Audrey Fricot

Susanne Fontaine (Hg.). Die Künste, die Politik und die allgemeine Bildung. Künstlerische Fächer an öffentlichen Schulen. Bonn 2023

Ziele verfehlt?!

Ohne Kultur keine Nachhaltigkeit

Der Sammelband »Ohne Kultur keine Nachhaltigkeit« von Olaf Zimmermann und Hubert Weiger beschreibt, dass es um die Agenda 2030 der UN nicht gut steht. Eigentlich ist das Nachhaltigkeitsprinzip eine Erfolgsgeschichte. Die Industrialisierung führte zum Kampf gegen die Natur, mit unübersehbaren Folgen für Klima und Überleben der Menschheit. Schon vorher hatte es einen Raubbau an den Wäldern gegeben. Der sächsische Oberberghauptmann Hans Carl von Carlowitz führte deshalb 1713 das Gebot der Nachhaltigkeit ein: Es sollte nicht mehr Holz genutzt werden als nachwächst. Im umfassenden Sinne hat es sich zumindest theoretisch durchgesetzt. 2015 beschlossen die Vereinten Nationen 17 Ziele für eine nachhaltige globale Entwicklung, von der Halbierung der Armut, Zugang zu sauberem Wasser, Bildung für alle, Geschlechtergerechtigkeit, menschengerechtem Arbeiten bis zu Klimaschutz und nachhaltigem Konsum und Produzieren. Bis 2030 sollen die Ziele erreicht sein. Zur Halbzeit haben Olaf Zimmermann, Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates, und Hubert Weiger, Ehrenvorsitzender des BUND, eine Reihe prominenter Fachleute zusammengebracht, die darlegen, wie es um den Stand der einzelnen Ziele steht. Der Titel des Bands »Ohne Kultur keine Nachhaltigkeit« soll deutlich machen, dass der notwendige Übergang zu einem nachhaltigen Wirtschaften und Leben einen kulturellen Umbruch bedeutet, schreibt Olaf Zimmermann in der Einleitung. Die Zwischenbilanz fällt bedrückend aus. Nicht nur beim Klimaschutz, wo das Erreichen des 1,5-Prozent-Ziels unmöglich erscheint. Auch die Zahl der Armen und Hungernden auf der Welt hat infolge der Coronapandemie und des russischen Kriegs gegen die Ukraine wieder deutlich zugenommen. Die soziale Ungleichheit wächst national wie global, Krankheiten nehmen auch wegen des Klimawandels zu, nur in wenigen Bereichen gibt es Fortschritte. Die Autoren beschreiben, was jeweils dringend notwendig wäre: kein Wachstum mehr ohne Rücksicht auf Mensch und Natur. Manko des Bands: Die Beiträge stehen überwiegend unverbunden nebeneinander wie die 17 Entwicklungsziele; eine bessere Bezahlung von Künstlern neben nachhaltigem Städtebau, Slow Fashion und Kreislaufwirtschaft. Nur wenigen Autoren gelingt es, eine Brücke zu schlagen zu einer neuen ökologischen Kultur. Dennoch überaus lesenswert für alle, die sich um den Globus und seine acht Milliarden Bewohner zu Recht große Sorgen machen.
Ludwig Greven

Olaf Zimmermann und Hubert Weiger (Hg.). Ohne Kultur keine Nachhaltigkeit: Wie der Kultur- und Naturbereich gemeinsam die UN-Nachhaltigkeitsziele voranbringen können. Berlin 2023

Paradigmenwechsel

Perspektiven für eine gerechtere Kulturpolitik

Multiple Krisenphänomene, gesellschaftliche Megatrends und rasanter sozialer Wandel stellen den Kultursektor vor neue Aufgaben und erfordern ein fundamentales Umdenken in der Kulturpolitik und Kulturpraxis. Gleichwohl muss festgestellt werden, dass gerade der öffentlich geförderte Kulturbereich nur unzureichend auf diese neuen Herausforderungen reagiert und sich nur langsam verändert: Vor diesem Hintergrund geht der Sammelband »Kultur:Wandel – Impulse für eine zukunftsweisende Kulturpraxis« der Frage nach, wie Kultur im postdigitalen Zeitalter des 21. Jahrhunderts gestaltet werden muss, um gesellschaftlichen Transformationsprozessen wie Digitalisierung, Diversität und Klimaschutz bewältigen zu können. In Anknüpfung an die Ideen der »Kultur für alle«-Reformbewegung finden dabei die Aspekte Teilhabe, Demokratisierung und Öffnung des öffentlich geförderten Kultursektors besondere Berücksichtigung. In den vier Themenschwerpunkten Kulturpolitik, Nachtkultur, Kulturgerechtigkeit und Zukunftsbilder sowie Praxisbeispielen liefern 42 Beiträge Ideen für eine Kulturpraxis der Zukunft und vielfältige Anstöße in der Debatte um den Zugang zu und die Teilhabe an Kunst und Kultur. Besonders erfreulich ist, dass der Sammelband auch dem Thema Clubkultur Berücksichtigung schenkt. Denn Clubkultur hat nicht nur einen ökonomischen Wert, sondern auch einen besonderen gesellschaftlichen Wert: Clubs und Partys sind gerade für marginalisierte Gruppen wie z. B. queere Menschen Safe Spaces, sie sind politische und ästhetische Entfaltungsräume, Orte der Musikförderung und vieles mehr. Dieser Sammelband ist nicht nur etwas für Expertinnen und Akteure aus dem Kultursektor, sondern für alle, die auf der Suche nach Perspektiven und Impulsen für eine gerechtere Kulturpolitik und für mehr Teilhabe sind.
Lisa Weber

Anna Blaich, Felix Grädler, Henning Mohr & Hannes Seibold (Hg.). Kultur: Wandel – Impulse für eine zukunftsweisende Kulturpraxis. Bielefeld 2023

PERSONEN & REZENSIONEN

Politik & Kultur informiert über aktuelle Personal- und Stellenwechsel in Kultur, Kunst, Medien und Politik. Zudem stellen wir in den Rezensionen alte und neue Klassiker der kulturpolitischen Literatur vor. Bleiben Sie gespannt – und liefern Sie gern Vorschläge an redaktion@politikkultur.de.

Politik & Kultur

FOTO: PICTURE ALLIANCE / DPA | OLIVER BERG

Am 26. März 2011 versammelten sich Zehntausende in vier deutschen Großstädten, um gegen Atomkraft zu demonstrieren

THEMA

Ohne Streit kein Kompromiss

Vom Meinungsstreit in der Demokratie und seiner Funktion

OLAF ZIMMERMANN

Wer kennt sie nicht, diese Redensart »Müsst ihr denn immer streiten«? Streit hat sehr oft eine negative Konnotation: Ein Streithammel ist jemand, der keine Ruhe gibt, der immer wieder erneut Streit sucht. Streithähne verhaken sich immer wieder aufs Neue und lassen vom Konflikt nicht ab.

Für Zeitungen, Nachrichtenmagazine, Radioformate, aber auch Fernsehsendungen, speziell Talkshows, gibt es nichts Besseres als einen ordentlichen Streit. Frei nach dem Motto »Regierung ist zerstritten über das und jenes« oder auch »Keine Einigung in der Ampel zum Thema X«. Und dies alles wird garniert mit der Aufforderung, sich endlich mal vernünftig zu einigen und aufeinander zuzugehen.

Doch was gibt es vermeintlich Langweiligeres als einen Kompromiss. Ihm, dem Kompromiss, haftet der Geruch des Nachgebens, des Einknickens, oft gar von etwas Faulem an. »Fauler Kompromiss« ist so eine stehende Wendung.

Streit gehört neben Liebe und Tod zu den beherrschenden Themen oder auch Motiven der Literatur, und zwar nicht nur in Romanen oder Erzählungen, sondern ebenso in Bühnenstücken und Drehbüchern. Was treibt eine Geschichte voran? Die Liebe zwischen zwei oder vielleicht auch drei Protagonisten, der Liebesstreit, weil A mit B nicht zusammenkommen kann oder darf; denken wir etwa an Tristan und Isolde oder auch Romeo und Julia, an den Streit um den Frauenraub oder weil A B die Frau ausspannt, denken Sie an den Kampf um Troja, den Streit, weil B von A hintergangen wurde, wie z. B. im Nibelungenlied, Brunhild von Gunther getäuscht wurde, woraus ein furchtbarer Streit der Könige auf der Treppe des Wormser Doms entbrannte, der in seiner letzten Stufe zur furchtbaren Rache Kriemhilds führte.

Der Streit scheint uns Menschen innezuwohnen. Ein Roman, ein Film oder ein Theaterstück ohne Streit ist blutleer

Zu nennen sind die vielen Ehebruchgeschichten, die den Streit und die Auseinandersetzung angetrieben haben und nicht selten zum Tod führten: Geschichten von Madame Bovary, Effi Briest, Anna Karenina und viele andere mehr. Auch in aktuellen Büchern, Filmen oder Theaterstücken sind oft die Streitthemen, die Auseinandersetzungen, die im Mittelpunkt des Geschehens stehen. Erzählungen oder, wie heute formuliert wird, Narrative, die die Geschichte vorantreiben, die die Verwicklungen, die Abgründe bis hin zu Hass und Mord zeigen.

Der Streit scheint uns Menschen innezuwohnen. Ein Roman, ein Film oder ein Theaterstück ohne Streit oder sagen wir ohne Konflikt ist blutleer. Wenn Streit uns so sehr bestimmt und unserer Kultur innewohnt, wo sind denn die Grenzen des Streits oder anders gesagt: Gibt es überhaupt Grenzen? In der Kunst findet der Streit seine Grenzen sehr oft im Tod, oft gewaltsam, eines der Protagonisten. Doch diese Eskalation, die zwar im Theater als moralischer Anstalt funktionieren kann, ist wenig tauglich für das Alltagsleben oder auch für Politik.

Gerade in der Politik ist der Streit oder sagen wir als Stufe darunter die Auseinandersetzung unverzichtbar. Politische Parteien unterscheiden sich durch unterschiedliche Vorstellungen darüber, was der beste Weg für das Land oder auch die Kommune ist. Das Ringen um diesen besten Weg, die Auseinandersetzung – auch streitlustig – um diesen Weg ist in demokratischen Gesellschaften unverzichtbar. Sie unterscheiden sich gerade hierdurch von Diktaturen oder auch illiberalen Demokratien.

In Diktaturen und illiberalen Demokratien werden abweichende Meinungen unterdrückt, sie dürfen nicht publiziert oder gesendet werden, sie werden von den Bühnen und Leinwänden verbannt, sie werden nicht gedruckt oder zumindest nicht öffentlich zugänglich gemacht.

Liberale, freiheitliche Demokratien zeichnen sich dadurch aus, dass sie den Meinungsstreit aushalten, dass das Ringen um den besten Weg sie konstituiert, dass auch abweichende Meinungen, solange sie sich im Rahmen der Gesetze bewegen, ausgehalten werden müssen.

Letzteres kann schwer sein, bis zur Grenze des Erträglichen reichen, aber solange rechtsstaatliche Prinzipien, zu denen beispielsweise die Achtung der Menschenwürde gehört, eingehalten werden, müssen sie ertragen werden bzw. müssen sie sich dem Meinungsstreit stellen. Dazu gehört auch, sich gegen Meinungen zur Wehr zu setzen bzw. zu demonstrieren.

Wo sind nun die Grenzen des Meinungsstreits? Sie finden sich im Grundgesetz. Verletzungen der Menschenwürde sind nicht durch Meinungsstreit oder auch Meinungsfreiheit gedeckt, Jugendschutzbestimmungen grenzen ein, Antisemitismus und Holocaustleugnung sind, davon bin ich fest überzeugt, keine Meinung. Sie gehören nicht zum Meinungsstreit, ihnen muss entschieden entgegengetreten werden.

Auch im Deutschen Kulturrat gibt es immer wieder Streit. Seine 265 Mitgliedsverbände bilden eine große Bandbreite an Meinungen, Positionen und Interessen ab. Aus diesen teils sehr widerstreitenden Meinungen einen Kompromiss zu erarbeiten ist meine Kernaufgabe als Geschäftsführer des Verbandes.

Ohne Streit kein Ringen um die beste Lösung. Und ohne dieses Ringen keine beste Lösung und kein Kompromiss

Am Anfang steht sehr oft der Streit. Nicht der Streit um richtig oder falsch, sondern der Streit um Interessenlagen. In der zweiten Phase geht es darum, die jeweils andere Position zu verstehen, die Hintergründe zu erkennen, teils auch die dahinterstehenden Zwänge, seien sie ökonomischer oder anderer Art zu begreifen. Und schließlich kommt die Königsdisziplin: einen Kompromiss zu formulieren, einen Kompromiss, der die verschiedenen Interessen oder auch Schmerzgrenzen respektiert, einen Kompromiss, der aus der Vielzahl an Meinungen und Positionen etwas Drittes, Gemeinsames herausarbeitet.

Sehr oft bildet für einen solchen Kompromiss ein Streit, gerne auch pointiert, die Voraussetzung. Je klarer die Positionen formuliert werden, desto einfacher kann abgeschätzt werden, wo Kompromisslinien gefunden werden können. Eine weitere unverzichtbare Voraussetzung für einen Kompromiss ist die Bereitschaft, sich überhaupt auf einen Kompromiss einzulassen. Verhandlungsbereitschaft. Bereitschaft, die Interessen der anderen Partei anzuerkennen.

Ein ausgehandelter Kompromiss, der diese Voraussetzungen berücksichtigt, ist tragfähig und kann gegenüber Politik und Verwaltung vertreten werden. Er ist eben kein »fauler« Kompromiss, sondern das Ergebnis einer ernsthaften Auseinandersetzung um den besten Weg.

Streit und Kompromiss gehören zwingend zusammen. Ohne Streit kein Ringen um die beste Lösung. Und ohne dieses Ringen keine beste Lösung, die alle das Gesicht wahren lässt, der Kompromiss.

Der folgende Schwerpunkt zur Streitkultur ist mithilfe der Franckeschen Stiftungen zu Halle entstanden, die ihre Jahresausstellung dem Thema »Streit. Menschen, Medien, Mechanismen im 18. Jahrhundert und heute« widmen. Insbesondere danke ich hier Holger Zaunstöck für seine Unterstützung.

Olaf Zimmermann ist Herausgeber von Politik & Kultur und Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates

Ohne faire Regeln?

Streitkultur in Geschichte und Gegenwart

GERD SCHWERHOFF

Mann und Frau haben jeweils ein Hosenbein okkupiert, sie zerren an dem Kleidungsstück und schlagen aufeinander ein, während der Haushalt derweil immer mehr in Unordnung gerät: Der »Streit um die Hose« war bis weit ins 19. Jahrhundert ein Sinnbild des Machtkampfs zwischen den Geschlechtern in der Ehe. Insofern die Hose ganz klar ein männliches Kleidungsstück darstellte und den Herrschaftsanspruch des Hausherrn symbolisierte, gab es bei dieser Auseinandersetzung von vornherein ein deutliches Machtungleichgewicht. Dass die Frau ihrem Gatten den Anspruch streitig machte, die sprichwörtlichen Hosen anzuhaben, war – gemessen am Ideal patriarchaler Ordnung – eine Anmaßung. Das Bild kann aber durchaus als Hinweis auf die vielfältigen ehelichen Konflikte gelesen werden, die auch aus früheren Jahrhunderten überliefert sind. Beide Seiten schenkten sich nichts und

Streiten mag eine anthropologische Konstante sein und gleichsam zur Grundausstattung menschlicher Gesellschaften gehören

begegneten sich oftmals auf Augenhöhe. Dabei ging der Streit regelmäßig über bloße verbale Auseinandersetzungen hinaus und mündete in körperlicher Gewalt. Im Bild scheint es gerade die Frau zu sein, die zur Gewalt greift, wiederum ein Zeichen der Überschreitung ihrer Rolle; tatsächlich besaßen Männer damals ein – wenn auch der Idee nach begrenztes – Züchtigungsrecht gegenüber ihren Frauen und machten davon reichlich Gebrauch. Noch heute erkennen wir im Streit um die Hose ein fernes Echo einer überkommenen Hierarchie der Geschlechter, die zwar bis in die Gegenwart nachwirkt, aber inzwischen längst ihre Legitimität verloren hat.

Streiten mag eine anthropologische Konstante sein und gleichsam zur Grundausstattung menschlicher Gesellschaften gehören. Ebenso sicher aber wandeln sich, so macht der Hosenstreit klar, im Laufe der Geschichte seine Ursachen, Erscheinungsformen und Regeln. Über konkrete Streitanlässe hinaus geht es stets auch um grundsätzlichere Dinge, etwa um die soziale Positionierung der Streitparteien oder das Verhältnis von Wort und Tat. Insofern verrät die jeweilige Streitkultur einiges über den Charakter einer Epoche und kann so als eine Art Sonde dienen, um mehr über die Vergangenheit herauszufinden und die Gegenwart besser zu verstehen. Dabei müssen wir zunächst erkennen, dass unser Verständnis von »Streitkultur« selbst historisch gewachsen ist. Wenn heute eine »neue zivile Streitkultur« gemäß Tanjev Schultz beschworen wird, dann geht es dabei um ein gewaltfreies, an der Sache orientiertes Austragen von Konflikten über Interessen und Werte, es geht mit einem Wort um kultiviertes Streiten. Wer als Historiker den Formen des Streitens in früheren Jahrhunderten nachspürt, tut gut daran, ein breiteres, nicht normatives Verständnis von Streitkultur zugrunde zu legen, das alle gesellschaftlichen Manifestationen und Phänomene des Streitens erfasst. Zur Streitkultur in diesem Sinn gehört nicht nur die zivilisierte Debatte, sondern – im Extrem – eben auch die Ermordung des Streitgegners. Gewalt war mithin lange – und ist es vielfach bis heute – integraler Teil der herrschenden Streitkultur. Dabei war in Mittelalter und Früher Neuzeit die Grenze zwischen Worten und Taten nicht so strikt gezogen wie in der Gegenwart. Alle Mitglieder der vormodernen Ständegesellschaft reagierten äußerst empfindlich auf eine – wahrgenommene oder tatsächliche – Verletzung ihrer Ehre; dabei mochten sie ein Schmähwort oder eine herabsetzende Ohrfeige als gravierender empfinden als eine blutende Wunde. Sozialer Gesichtsverlust ging stets mit dem Risiko sozialer Exklusion einher. Als Idealtyp des Streits zwischen Männern in der damaligen Zeit stellen wir uns gerne das ehrenhafte Duell nach fairen Regeln vor, wie wir es aus Literatur und Filmen kennen. Die Vorstellung von der »Satisfaktionsfähigkeit« der Duellgegner zeigt sehr anschaulich, dass ein potenziell tödlicher Streit zweier Gegner zugleich soziale Anerkennung signalisieren kann, die Zugehörigkeit zu den duellberechtigten Ständen. Die Wirklichkeit sah, selbst für Männer von Stand wie Adlige, Offiziere oder Studenten, weniger romantisch aus. Meist eskalierte ein Konflikt im öffentlichen Raum, z. B. im Wirtshaus, mit dem eher wilden Austausch von Worten und Drohungen bis hin zur physischen Gewalt, wo alles zur Waffe werden konnte, was gerade zur Hand war. Heute sind gewaltsame Auseinandersetzungen im öffentlichen Raum seltener geworden und gelten als Ausnahmeerscheinungen. Duelle haben dagegen Konjunktur, verstanden aber als gewaltloses Kräftemessen in der Politik oder im Sport. Dabei ist in besonderen Streitarenen Gewalt nicht vollkommen gewichen, denken wir etwa an Battle Rap oder an bestimmte Gruppen von Sportfans, meist – aber nicht immer – beschränkt auf starke Worte.

Freilich liegt die Frage, ob der Streit fair oder herabsetzend ausgetragen wird, nicht zuletzt im Auge des Betrachters

Auch der Streit mit Worten muss nicht fairen Regeln folgen – ganz im Gegenteil! Verbale Verspottung und Beschämung gehören seit den antiken Lehrbüchern eines Cicero oder Quintilian in den Werkzeugkasten der Rhetoriker. Noch die Humanisten der Renaissance pflegten intensiv die Kunst gegenseitiger Herabsetzung in einer für uns heute befremdlichen Art und Weise. Neben dem verbalen Sieg über das jeweilige Gegenüber war die »agonale Invektivität« (nach Uwe Israel) der Humanisten aber auch Kennzeichen der Zugehörigkeit zu einer Gruppe, deren lateinische Gelehrsamkeit die Grundlage für die Invektiven darstellte. Es waren dann die Aufklärer des 18. Jahrhunderts, die schärfer zwischen sachlicher Kritik und persönlicher Herabsetzung differenzierten und damit jene Unterscheidung trafen, die für unser Verständnis von Streitkultur maßgeblich ist. In Schmähschriften, so 1758 der Leipziger Gelehrte Johann Christoph Gottsched, werde »der gute Name eines ehrlichen Mannes angetastet«, während man in Streitschriften »um Wahrheiten und gelehrte Meinungen« ringe. Trotz dieser idealen Leitvorstellung bleibt bis heute der gelehrte oder politische Meinungsstreit nicht frei von persönlicher Herabsetzung, wie subtil oder wie grob er auch immer ausfallen mag.

Freilich liegt die Frage, ob der Streit fair oder herabsetzend ausgetragen wird, nicht zuletzt im Auge des Betrachters. Denn anders als das Bild vom Duell es nahelegt, wird ein Streit in der Regel nicht allein zwischen zwei Personen oder Parteien ausgetragen, sondern auch vor einem Publikum, das dem Streiten einen öffentlichen Charakter verleiht. Dabei handelt es sich keineswegs nur um passive Zuschauer, sondern oft um aktiv in das Geschehen einbezogene Akteure, die durch ihre Zustimmung oder Ablehnung, ihre Unterstützung oder Verweigerung den Streit beeinflussen, das Streitgeschehen anheizen oder dämpfen können. Das Modell vermag plausibel zu machen, dass sich Streiten in der Regel öffentlich vollzieht und dass dieser öffentliche Charakter zugleich auf den Streit selbst zurückwirkt. Im frühneuzeitlichen Wirtshaus bestand das Publikum aus den anwesenden Besuchern, und auch heute noch vollzieht sich der Streit vielfach zwischen körperlich Anwesenden. Mit der Schrift und später dann mit dem Buchdruck begannen neue Möglichkeiten des Streitens über räumliche und zeitliche Distanzen hinweg. Die Reformation kann als erster Streit des Gutenberg-Zeitalters gesehen werden und Martin Luther als der erste Medienstar, der souverän auch die Klaviaturen der Schmähung und Herabsetzung bediente. Freilich blieb das Streiten im Medium der Schrift vorwiegend ein Privileg der wohlhabenderen und gebildeteren Stände, was nicht bedeuten musste, dass es zwischen ihnen immer wohlgesittet zuging. Die digitalen Medien der Gegenwart bilden dagegen ganz neuartige Streitarenen, wo die Rollen der Beteiligten schnell wechseln, die Grenzen zwischen Öffentlichkeit und Privatsphäre verschwimmen und momentan ganz neu ausgehandelt wird, welche Erscheinungsformen das Streiten hat und wo die Grenzen des Legitimen liegen.

Gerd Schwerhoff ist Professor für Geschichte der Frühen Neuzeit an der Technischen Universität Dresden

FOTO: PICTURE ALLIANCE / GEISLER-FOTOPRESS | FRIEDRICH BUNGERT/GEISLER-FOTOPR

Nach dem Tod von George Floyd protestieren Tausende auf dem Berliner Alexanderplatz gegen Rassismus und Polizeigewalt

ZU DEN BILDERN

Proteste wie Demonstrationen oder Kundgebungen sind nicht nur wichtiger Bestandteil der freiheitlichen Demokratie, sondern auch Ausdruck einer demokratischen Streitkultur. In Deutschland ist die Versammlungsfreiheit bzw. das Recht, sich zu versammeln und eine Meinung öffentlich zu äußern, unabhängig davon, ob sie vom Großteil der Bevölkerung geteilt wird oder nicht, als Grundrecht in der Verfassung verankert.

Nicht selten sind Proteste Ausdruck von Kritik an politischen Institutionen und ein Indikator für gesellschaftliche Missstände. Gleichzeitig zeigen sie aber auch den Willen einer aktiven Zivilgesellschaft zur Mitgestaltung. Die Menschen streiten für ihre Überzeugungen. Darüber hinaus können Proteste nicht nur in freiheitlichen Demokratien, sondern auch da, wo die Meinungs- und Versammlungsfreiheit eingeschränkt wird oder kritische Stimmen unterdrückt werden, Veränderungen anstoßen und Motor für sozialen Wandel sein. Ein Blick in die Vergangenheit zeigt, dass bedeutende gesellschaftliche Veränderungen auch mithilfe von Protesten vorangetrieben wurden. Denkt man nur an die Suffragetten-Parade von 1913 in Washington, die den Grundstein für die Einführung des Frauenwahlrechts in den USA legte, oder den Fall der Mauer fünf Tage nach der größten Demonstration der DDR-Geschichte, bei der 500.000 Menschen auf dem Ostberliner Alexanderplatz für eine politische Neuausrichtung der DDR protestierten.

Deutschland hat nicht nur eine lange Protestgeschichte, sondern es formieren sich hierorts auch immer wieder neue Bewegungen, die ihre Kritik und ihre politischen Forderungen auf die Straßen tragen. Ob Anti-Atomkraft-Bewegung oder Fridays for Future, in diesem Schwerpunkt zeigen wir beispielhafte historische und aktuelle Proteste sowie unterschiedliche Protestthemen und -formen – vielleicht haben unsere Leserinnen und Leser bei der einen oder anderen Aktion sogar selbst mitgewirkt.

Aus den Tiefen der Geschichte

Eine Ausstellung über Streit im 18. Jahrhundert und heute

HOLGER ZAUNSTÖCK

Über das Streiten wird ausgiebig gestritten. Streit kann als konstruktiv oder destruktiv verstanden werden. Streit kann als mediale Inszenierung hohen Unterhaltungswert entfalten. Über die Regeln, wie zu streiten ist, aber herrscht keine Einigkeit: Sie unterscheiden sich je nach politischen, gesellschaftlichen und zwischenmenschlichen Bereichen. Es gibt keine zeitlich und rechtlich übergeordneten, verbindlichen Streitregeln. Über die Art und Weise, wie gestritten wurde, was als akzeptabel empfunden wurde und was nicht, ist stets im jeweiligen Zeitkontext debattiert worden. Das führt zu der Frage, wie viel Geschichte in unserer digitalen und beschleunigten Streitkultur steckt? Diese Frage war der Ausgangspunkt für die Jahresausstellung der Franckeschen Stiftungen in Halle (Saale). Ziel ist es, zu zeigen, dass die erhitzte und als verroht empfundene Streitwelt in den sozialen Medien unserer Tage eine lange Vorgeschichte hat. Dabei besitzen vor allem Grenzüberschreitungen des Akzeptierten das Potenzial, das Streiten über das Streiten zu befeuern. Die Ausstellung hat zum Ziel, das Thema Streit an unsere Gegenwart heranzuführen, ihm eine historische Tiefenstruktur zu verleihen.

Menschen, Medien, Mechanismen

Dabei wird keine Einteilung in eine legitime »gute« Streitkultur und eine illegitime »schlechte« Streitunkultur vorgenommen. Vielmehr ist es das Anliegen der Ausstellung, soziale, mediale, sprachlich-rhetorische und körperliche Mechanismen sowie Folgewirkungen aufzuzeigen. Als Grundlage dafür dient das Konzept der Invektivität. Damit wird der Blick auf Phänomene der Auseinandersetzung, Herabsetzung, Schmähung, Bloßstellung etc. gerichtet und deren soziale und kommunikative Rolle bei der (Selbst-)Verständigung von Gemeinschaften und Gesellschaften analysiert. Zentral ist dabei der Blick auf die Anschlusskommunikation, darauf also, was eine konkrete Streitsituation an Folgewirkungen und Dynamiken auslöst. Es gilt darum, nicht nur auf den Moment der Eskalation zu schauen, sondern darauf, welche Wirkungen dieser auslöst. Viele Streitfelder, gestern und heute, sind durch Beleidigungen und Hasskommentare, durch Invektivität charakterisiert. Die Ausstellung soll zum Nachdenken und Diskutieren über das Streiten selbst sowie über Unterschiede und Verbindungslinien zwischen dem 18. Jahrhundert und heute anregen. Sie verfolgt das Ziel, durch den Blick zurück in die Geschichte jenen auf das Heute zu schärfen. Dafür folgt sie konzeptionell einem Dreischritt und nimmt die Medien des Streits, die Mechanismen des Streitens und die streitenden Menschen, ganz konkrete Geschichten also, in den Blick.

Streitarenen

Die Ausstellung ist entlang von Streitarenen kuratiert. Streitarenen sind geprägt durch historische oder gegenwärtige mediale, institutionelle, kulturelle und soziale Bedingungen und in ihnen wirksame Rollenbilder. Eine raumbezogene Perspektive ermöglicht das Aufzeigen von ritualisierten Formen von Streithandlungen, z. B. in Duell und Talkshow, und von Gesten und Posen wie Fingerzeichen, Körperhaltungen und Kleidungsstile. Auf diese Weise werden Streitstile von Menschen in Vergangenheit und Gegenwart deutlich. Streitarenen besitzen eine hohe assoziative Kraft: Marktplatz, Universität, Königshof für das 18. Jahrhundert – Screens, »Sound Stage« und Fußballstadion für das 20. Jahrhundert und die Gegenwart. Es hätten auch weitere mehr sein können wie die Straße, die Kneipe, das Gericht, das Wohnzimmer etc. Das Konzept der Streitarenen wurde für die Ausstellung wörtlich genommen und gestalterisch umgesetzt – die einzelnen Räume der Ausstellungsetage im Historischen Waisenhaus in Halle sind so inszeniert, dass die Besuchenden diese Arenen gleichsam betreten und das jeweilige Streitgeschehen inmitten der Arena verfolgen können.

Die erste Streitarena befasst sich mit dem »Marktplatz«, einem der zentralen städtischen Orte der Frühen Neuzeit für Kommunikation, Streitgeschehen und Strafpraxis – von Flugschriften bis zu Schandmänteln. Die Streitarena »Universität« widmet sich dem Konflikt um Christian Wolff und seinen Kontrahenten an der Theologischen Fakultät in Halle, der zu einem Medienereignis avancierte. Die Höfe stellten einen weiteren zentralen Raum der Lebenswelt des 18. Jahrhunderts dar und bilden die dritte frühneuzeitliche Streitarena: Waren sie Orte einer aufgeklärten Streitkultur oder vielmehr Arenen machtpolitischen Intrigierens? Hier begegnen sich Friedrich II. und Voltaire. Dem 18. Jahrhundert werden drei zeitgeschichtliche Streitarenen gegenübergestellt. Diese beginnen mit den »Screens«: Durch unterschiedliche Bildschirmformate – Widescreen, TV, Smartphone – werden Beispiele aus Kinofilmen, Talkshows und sozialen Medien in den Blick genommen, vom Slapstick der 1920er Jahre bis zu Videos auf TikTok. Die »Sound Stage« widmet sich akustischen Streitkulturen. In ihr wird ein Bogen von Neuer Musik, Rock und Musikkritik bis zu auditiven sozialen und politischen Konflikten – wie dem »Lautsprecherkrieg« zwischen BRD und DDR 1961–1965 – geschlagen. Beide Arenen werden durch die Aufführung des Videos »Gift« des hallischen Rappers Fakkt multimedial miteinander verbunden. Mit dem Fußballstadion als Ort kontroverser Fußball- und Fankultur kommt ein Raum des Streitens in den Blick, der hierfür berühmt und berüchtigt sowie in den Medien überaus präsent ist. Dabei werden nicht nur provokative Fanchoreografien und Banner gezeigt, sondern auch das Geschehen, das über das Stadion hinausgeht.

Der »Vogel Selbsterkenntnis«

In der Ausstellung verbindet die beiden Flügel mit den Streitarenen ein zentraler Raum. Als Streitsymbole inszenierte Duellpistolen aus dem 18. Jahrhundert und moderne Smartphones führen in eine Arena, die einem TV-Studio mit Zuschauenden und Sprechenden nachempfunden ist. Hier ist ein Streit-Karaoke inszeniert, bei dem die Besuchenden selbst ganz unmittelbar in Streitgespräche eintauchen können. Auf einer Projektionsfläche laufen fünf Streitszenarien im Originaltext, aber ohne bewegte Bilder ab: aus einem »Polizeiruf 110« von 1971 (»Affentheater«), aus einem Fernsehduell zwischen Alice Schwarzer und Esther Vilar von 1975 (»Der dressierte Mann«), aus der »Bonner Runde« von 1985 (Willy Brandt vs. Helmut Kohl), aus der Fußball-Talkshow »Doppelpass« von 2002 (Udo Lattek vs. Uli Hoeneß) und aus »Germany's Next Topmodel« von 2017 (»Angezickt«). Das interaktive Karaoke zielt darauf, sich auf (zeithistorische) Streitsituationen einzulassen, sie auf gedankliche wie sinnliche Weise zu erfahren und sie auch neu und eigensinnig zu interpretieren. Das Streit-Karaoke soll also sowohl unterhalten als auch anregend wirken, das eigene Streitverhalten zu befragen.

Über die Art und Weise, wie gestritten wurde, was als akzeptabel empfunden wurde und was nicht, ist stets im jeweiligen Zeitkontext debattiert worden

Dies wird beim Eintritt in die Ausstellung durch ein auf den ersten Blick irritierendes Exponat versinnbildlicht: eine Holzskulptur aus der Mitte des 18. Jahrhunderts, die die Besuchenden unmittelbar mit der Auseinandersetzung mit sich selbst konfrontiert. Die Figur, die ursprünglich als Verzierung an einem Schlitten angebracht war, geht auf ein Bildmotiv zurück, das im 17. und 18. Jahrhundert europaweite Verbreitung fand: den »Vogel Selbsterkenntnis«, eine Mensch-Vogel-Metamorphose. Aus einem menschlichen Haupt, das von gefiederten Flügeln umschlungen ist, wachsen der Hals und Kopf eines Vogels – und dessen Schnabel wiederum zwickt die Person in die Nase. Der »Vogel Selbsterkenntnis« führt einen der wichtigsten Aspekte beim Streit über das Streiten vor Augen: das Sich-an-die-eigene-Nase-Fassen, die kritische Selbstreflexion. Denn für uns alle stellt sich die Frage, wie wir zu streiten bereit sind. Hier wird die historische Tiefenstruktur durch ein konkretes Objekt direkt fassbar: Unsere heutige Zeit verbindet mit dem 18. Jahrhundert, dass die Grenzen des Sagbaren stets im Miteinander zu bestimmen sind und die Fähigkeit zur Selbstkritik dabei unerlässlich ist. Wir selbst sind dafür verantwortlich, wie wir miteinander streiten.

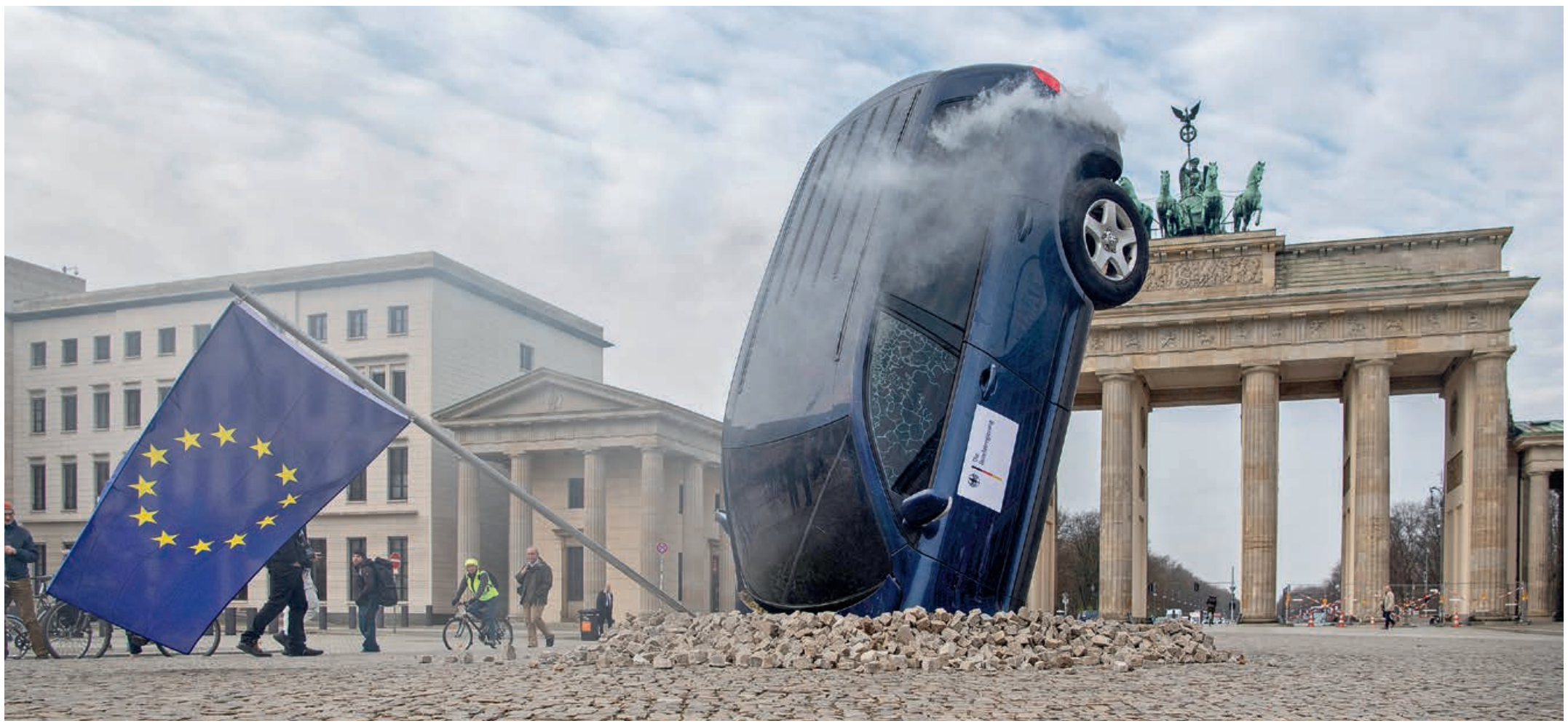

FOTO: PICTURE ALLIANCE/DPA | PAUL ZINKEN

Greenpeace-Aktion vor dem Brandenburger Tor gegen die Verkehrspolitik der Bundesregierung im März dieses Jahres

Holger Zaunstöck ist Leiter der Stabsstelle Forschung der Franckeschen Stiftungen in Halle (Saale) und außerplanmäßiger Professor an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

AUSSTELLUNG

»Streit. Menschen, Medien, Mechanismen im 18. Jahrhundert und heute« kann noch bis zum 4. Februar 2024 in den Franckeschen Stiftungen zu Halle besucht werden. Die Ausstellung begleitet ein reich bebilderter Katalog, herausgegeben von Claudia Weiß und Holger Zaunstöck: ISBN 978-3-447-11977-1.

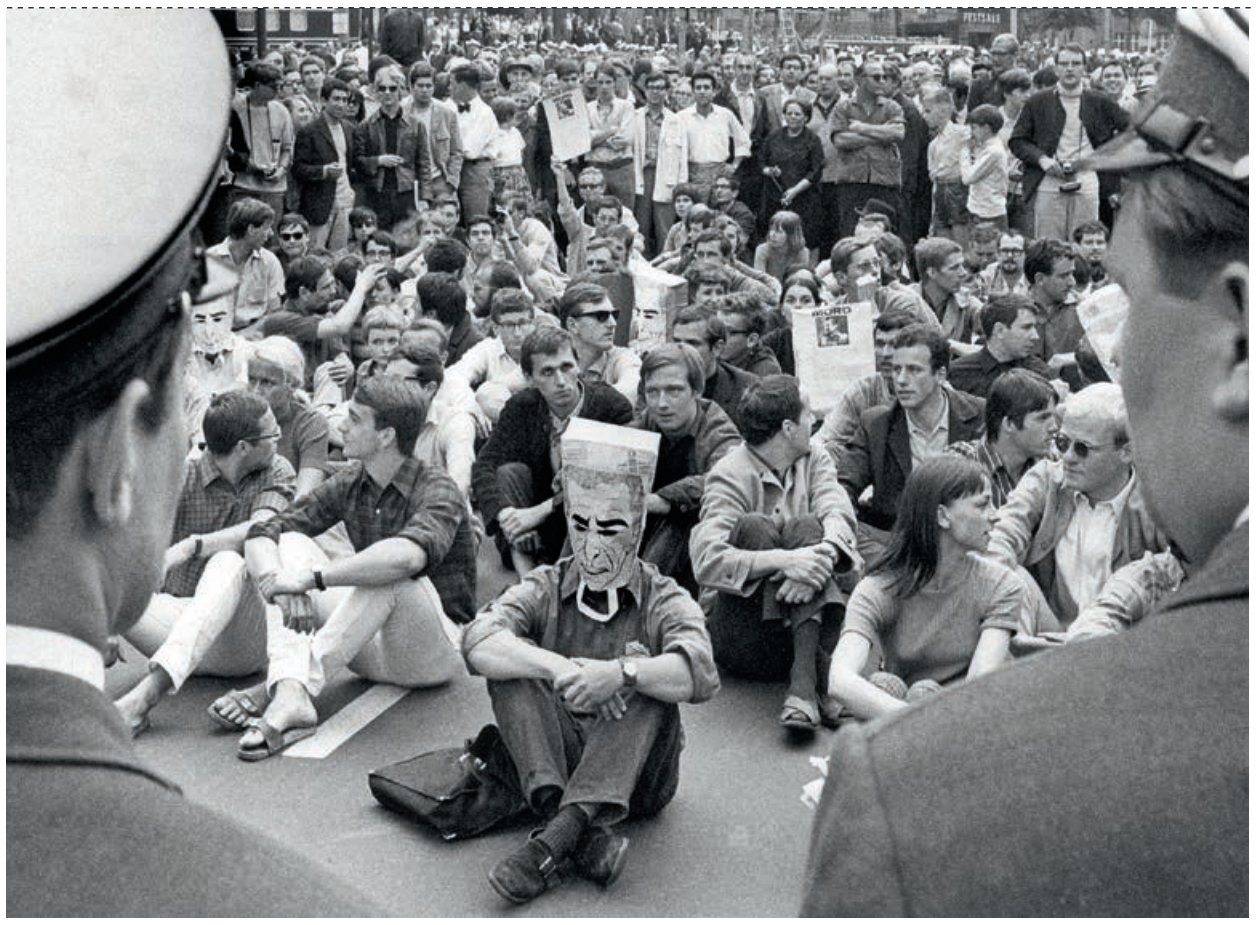

FOTO: PICTURE-ALLIANCE / JOACHIM BARFKNECHT | JOACHIM BARFKNECHT

2. Juni 1967: Protest gegen den Besuch des persischen Schahs Mohammad Reza Pahlavi in Berlin

Diffamierungen in Bildform

Karikaturen und Schmähbilder im 18. Jahrhundert

LEA HAGEDORN

Entgegen verbreiteten Auffassungen von der Aufklärung als einer Epoche des vernunftgeleiteten Meinungsaustauschs, erlebten vehement geführte und verletzende Auseinandersetzungen im 18. Jahrhundert eine Hochkonjunktur. Dies lag nicht zuletzt am Konfliktverhalten vieler Akteure innerhalb der Aufklärungsbewegungen: Während sie von sich selbst behaupteten, dem Ideal der rationalen Kritik zu entsprechen, warfen sie anderen schnell polemisches Verhalten und Regelverletzungen vor – und sanktionierten dies mit gebührender Schärfe. Eskalation zwischen widerstreitenden Parteien gehörte zum Alltag einer bereits hoch entwickelten und ausdifferenzierten Medienlandschaft.

Den Kontrast zwischen Ideal und Wirklichkeit visualisiert Daniel Nikolaus Chodowiecki, der wohl bekannteste und produktivste Künstler der Berliner Aufklärung, in einem karikaturesken Bild von 1781 mit dem Titel »Die Philosophen«. Diese beiden Herren gebaren sich so gar nicht, wie es ihr Berufsstand erwarten ließe, gehen sie doch lautstark aufeinander los. Mit weit aufgerissenen Augen und Mündern schlagen, treten und zerren sie. Die Gesichtszüge sind den beiden Streithähnen entglitten, Perücken und Hüte im Eifer des Gefechts zu Boden gefallen. Sie wirken nicht würdevoll, sondern lächerlich. Mit der Verspottung der unter Gelehrten verbreiteten Streitlust erfüllt das Bild eine wichtige zeitgenössische Gattungserwartung: Aufgabe der Karikatur war es, erzieherisch auf die Gesellschaft einzuwirken, indem sie Fehlverhalten und Normverstöße in einer allgemeingültigen Weise der Lächerlichkeit preisgab und als vermeintlich überparteiliches moralisches Korrektiv diente.

Viele der deutschen Gesellschaftskarikaturen aus dem 18. Jahrhundert erschienen ursprünglich in einem größeren publizistischen Zusammenhang. Dies ist auch bei Chodowieckis Philosophen der Fall. Die Radierung gehörte zur Bildausstattung einer im Berliner Decker-Verlag erschienen Neuausgabe von Erasmus von Rotterdams »Lob der Narrheit«. Bekannter sind heute die satirischen Grafikfolgen, die der Künstler ab 1777 für den von Georg Christoph Lichtenberg herausgegebenen »Göttinger Taschenkalender« zu Themen der richtigen, d. h. moralisch anständigen, bürgerlichen Lebensführung erstellt hatte. Sie sollten, so beschrieb es Lichtenberg in seiner Vorrede, keine konkreten Personen angreifen und auch nicht unmittelbar in Kontroversen oder Konflikte eingreifen.

Jenseits solcher Gesellschaftskarikaturen findet sich im 18. Jahrhundert aber auch eine dezidiert polemische Bildpraxis, die das Potenzial hat, Debatten zu verschärfen und Gegner zu diskreditieren. Das Spektrum reicht von mehr oder weniger offenen Anspielungen durch Beischriften oder visuelle Anspielungen bis hin zu einer tradierten Schmähmotivik, die ihre Wurzeln im mittelalterlichen Schandbild hat. Hierzu zählen etwa der Galgen und der Sau- oder Eselsritt. Von weniger derber Bildsprache, aber von ähnlicher Schlagkraft, waren konventionelle Porträtdarstellungen mit sogenannten »pasquillischen Pieces« – also Spottbeigaben. Verbreitet waren Pfeifen, Bierkrüge, Weinflaschen und Spielkarten. Sie unterstellten dem Dargestellten Tabak-, Trunk- und Spielsucht. Bisweilen symbolisierten auch Tiere wie der Affe oder Satyr zügellosen Genuss und Triebhaftigkeit. Häufig wurden derartige Accessoires von spöttischen Versbeigaben begleitet. Hier ging es nicht mehr um eine inhaltliche Kontroverse oder das Ringen um das bessere Argument, sondern darum, den Ruf und das Ansehen eines Kontrahenten oder eines politischen Feindes in den Augen eines möglichst großen Publikums zu zerstören.

Derart dezidierte Diffamierungen in Bild und Text waren in den deutschen Ländern verboten und erschienen deshalb in der Regel anonym oder unter einem Pseudonym mit fingiertem Druckort. Moralisch konnte ein solch öffentlicher Angriff gegen eine Person aber durchaus gerechtfertigt erscheinen – und zwar in solchen Fällen, in denen er sich gegen Menschen richtete, die der Gesellschaft schadeten, juristisch aber nicht zu belangen waren. Johann Georg Sulzer bemerkte hierzu in seiner »Allgemeinen Theorie der Schönen Künste« (1774), solche »Bösewichte« könnten nur »mit der Geißel des Spötters gezüchtiget werden«. Ziel müsse es sein, sie in »allgemeine Verachtung« zu bringen, denn so heißt ab Seite 50 fortfolgend: »Wer in allgemeiner Verachtung steht, ist selten fürchterlich.« Diese Worte mögen wie ein liberales Bekenntnis zu den Selbstverteidigungskräften einer bürgerlichen Gesellschaft klingen, doch wird die Frage, bei welchen Vergehen und Regelüberschreitungen die Waffe öffentlicher Rufschädigung angemessen erschien, zu neuen Konflikten geführt haben.

Für Nikolaus Chodowiecki war dies offenbar der Fall, als Jean Morino 1786 in seiner Verlagsbuchhandlung neben künstlerisch anspruchsvollen Stadtveduten auch sensationslustige Bildnachrichten herausbrachte. Dies nahm der Künstler zum Anlass für eine spöttische Darstellung mit dem Titel »Verbesserung der Sitten«. Sie kann als frühe Medienkritik avant la lettre gelten. Einem Marktschreier gleich zeigt sie den Verleger auf einer Tribüne. Mit weit aufgerissenem Mund preist er seine Drucke an – über Hochzeit und Ehescheidung ebenso wie über Diebstahl und Mordbrennerei. Eine begierige Menschentraube hat sich um ihn versammelt, während zu den Seiten die Welt im Chaos versinkt: Auf der Linken baumelt ein Mann an einem Strick, ein weiterer entleibt sich mit einer Pistole, während ein Dritter aus einem ballonähnlichen Gefährt zu Boden rauscht. Gegenüber treiben die Menschen groben Schabernack, schlagen Rad oder gehen auf Stelzen. Die Ordnung zerfällt. Chodowieckis überreiche Personalkarikatur ist formal in keiner Weise mit den rüden Schmähbildern zu vergleichen, doch greift auch sie in einen Konflikt ein; ergreift Partei und fordert zur Positionierung auf. Sie bedient sich dabei ganz ähnlicher Mittel wie die Bildsatire zu übergeordneten Themen. Überspitzt und despektierlich zieht sie ihren Gegenstand ins Lächerliche. Dies zeigte offenbar Wirkung, denn Morino soll seine Bilderserie kurz darauf eingestellt haben und versuchte, Chodowieckis Druckplatte käuflich zu erwerben, um weitere Abzüge zu verhindern.

Das Beispiel verdeutlichte die große Schlagkraft von Bildern in Konflikten und Kontroversen. Sie waren gefürchtet aufgrund ihrer Auflagenstärke und Reichweite, aber auch, weil sie die Aufmerksamkeit eines unüberschaubar großen Rezipientenkreises auf sich zu ziehen vermochten. Einmal in die Welt gesetzt, war es – und ist es heute noch – schwer, ihrer Herr zu werden.

Lea Hagedorn ist wissenschaftliche Museumsassistentin in Fortbildung an der Gemäldegalerie der Staatlichen Museen zu Berlin

THEMA

Streiten für die Wahrheit?

Aufklärer an Fürstenhöfen

ANDREAS PEČAR

Folgt man dem Selbstbild prominenter Aufklärer, so war Streiten dann legitim und sogar notwendig, wenn die Verhältnisse der Gegenwart nicht mit den Grundsätzen der Vernunft und der Moral übereinstimmen und daher geändert werden sollten. Für das Rollenbild der Aufklärer war die öffentlich vorgebrachte Kritik mit dem Ziel der Verbesserung der Gesellschaft zum Wohl der Menschheit – meist im Sinn eines Appells an die öffentliche Meinung und eine wohlmeinende Obrigkeit – konstitutiv. Diese Kritik hatte an der Sache orientiert zu sein und sich auf Argumente zu stützen. Gerne beschworen Aufklärer dabei die Grenze zwischen vernunftgeleiteter Sachkritik einerseits und als illegitim deklarierten persönlichen Verunglimpfungen und Schmähungen andererseits, von denen man sich gerne öffentlich distanzierte.

Die Aufklärungsforschung hat dieses öffentliche Selbstbild der Aufklärer allzu lange unkritisch übernommen und zur Grundlage eines identifikatorischen Aufklärungsbildes gemacht, das bis heute in der politischen Öffentlichkeit gerne gepflegt wird und Aufklärung mit Wahrheit und Vernunft gleichsetzt. Auf diese Weise erscheinen die Aufklärer des 18. Jahrhunderts als Vorkämpfer von Normen und Wertvorstellungen, denen wir uns heute, im 21. Jahrhundert, verpflichtet fühlen. Ihrer eigenen Zeit, der feudal geprägten Gesellschaft des 18. Jahrhunderts, scheinen Aufklärer in diesem Verständnis hingegen nur mit Kritik, Distanz und Ablehnung zu begegnen. Insbesondere die damaligen Schaufenster der vornehmen Gesellschaft des Adels und der politischen und sozialen Eliten, die Fürstenhöfe, werden selten mit der Lebenswelt prominenter Aufklärer in Verbindung gebracht. Es genügen hofkritische Äußerungen zahlreicher Aufklärer, um mit ihnen den Eindruck zu erwecken, Aufklärer hätten nichts zu tun mit den Streitigkeiten um Rang- und Einfluss, den Intrigen und Konkurrenzkämpfen der Hofgesellschaft. Von dieser Illusion gilt es sich zu verabschieden.

Gerade für die typischen Formen des Streitens am Hof konnten Aufklärer eine prominente Rolle spielen. An einer Episode zu Beginn von Voltaires literarischer Karriere lässt sich dies besonders anschaulich demonstrieren. Voltaire war im 18. Jahrhundert geradezu die Verkörperung des Aufklärers in der Öffentlichkeit: ein freier Autor, der sich als philosophe – man könnte im heutigen Sprachgebrauch sagen: als Intellektueller – einen Namen machte und als solcher in Debatten intervenierte, der im Namen der Wahrheit und der Gerechtigkeit seine Stimme erhob und dabei bis in die Kreise der regierenden Fürsten und Monarchen auf Resonanz stieß.

Voltaire verdankt seine Karriere als prominente Figur in der französischen Öffentlichkeit aber in nicht geringem Maße seiner spitzen Feder, also seiner Fähigkeit zu eleganten Angriffen auf unliebsame Personen. Voltaires literarische Existenz nahm ihren Anfang am Hof in Sceaux des Herzogs du Maine, einem illegitimen Sohn Ludwigs XIV. Für die dortige Hofgesellschaft verfasste er seine erste Tragödie, den Oedipe, dessen erste Fassungen er dort vorlesen ließ. Voltaire war dem Herzog du Maine aber auch politisch zu Diensten. Als illegitimer Sohn Ludwigs XIV. stand der Herzog nach dem Tod seines Vaters in Opposition zum neuen Machthaber in Frankreich, dem Regenten Philipp II. von Orleans. Aufgrund dieser politischen Konstellation war Voltaires polemisches Talent eine gefragte Ressource zur Meinungsbildung der höfischen Öffentlichkeit, und Voltaire nutzte dieses Talent dazu, den Regenten mit der Kunst der Schmährede zu überziehen. Dazu zählten auch satirische Gedichte über die angebliche inzestuöse Verbindung des Regenten mit dessen Tochter, Marie Louise Élisabeth, Duchesse de Berry, deren Schwangerschaft Voltaire als Folge dieses Verhältnisses darstellte.

Voltaires Schmähschriften gegen Philipp II. von Orleans dienten ihm als Mittel zum Gunsterwerb seines Patrons und hatten wenig zu tun mit sachbezogener Kritik oder einem Kampf für die Durchsetzung von Wahrheit und Vernunft. Sie

Gerade für die typischen Formen des Streitens am Hof konnten Aufklärer eine prominente Rolle spielen

waren jedoch auch für Aufklärer wie Voltaire ein gebräuchliches Kommunikationsmittel, wenn es ihren Interessen oder denen ihrer Patrone dienlich war. Zugleich waren Schmähschriften wie diese ein durchaus typisches Mittel höfischer Auseinandersetzungen und Konkurrenzkämpfe, weshalb die Bestrafung zum einen eher symbolisch ausfiel – so ist die kurze Haftzeit in der Bastille zu deuten – und zum anderen weniger dem Autor Voltaire zur Last gelegt wurde als seinem Patron, der sich Voltaires literarisches Talent zunutze machte. Daher hatten diese Angriffe auch kein dauerhaftes Zerwürfnis zwischen dem Dichter und dem Regenten zur Folge. Stattdessen erhielt Voltaire anlässlich der Uraufführung in der Comédie-Française am 18. November 1718 vom Regenten eine Goldmedaille sowie eine Pension von 1.200 Livres zugesprochen. Voltaire wiederum widmete seine Tragödie Oedipe dessen Mutter, Liselotte von der Pfalz.

Diese Episode aus den Anfangsjahren der literarischen Karriere Voltaires erlaubt Rückschlüsse über die Fürstenhöfe als Arenen einer Streitkultur mit eigenen Regeln. Hofgesellschaften waren überaus empfänglich für literarische Spielarten der Satire, bei denen eine Trennung von Sachkritik und Personenkritik weder gewollt noch üblich war. Dabei war die Anwesenheitsgesellschaft des Hofes zugleich der Resonanzraum für unterschiedliche Medien, in denen Kritik und Schmährede anonym verbreitet werden konnten, wie satirische Gedichte, Pasquillen, Pamphlete. Diese literarischen Ausdrucksformen der Streitkultur waren fester Bestandteil von Konkurrenzkämpfen am Hof um Gunst, Einfluss, Ressourcen, Autorität und Aufmerksamkeit. Für zahlreiche Aufklärer war der Hof gerade aufgrund dieser Positionskämpfe eine interessante Arena, um sich als öffentliche Person zu etablieren: Autoren und philosophes konnten hier aufgrund ihrer literarischen Fähigkeiten Aufmerksamkeit und Protektion erlangen. Zugleich hatten sie sich aber damit abzufinden, den Streit der Granden des Hofes befeuern zu dürfen, nicht aber selbst als eigenständige Akteure wahrgenommen zu werden.

Andreas Pečar ist Inhaber des Lehrstuhls für die Geschichte der Frühen Neuzeit an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Defekte Streitkultur?

Geschichte und Gegenwart wissenschaftlichen Streitens

MARIAN FÜSSEL

FOTO: PICTURE ALLIANCE / KLAUS ROSE | KLAUS ROSE

Gorleben-Treck 1979: Große Teile der Bevölkerung, darunter viele Bäuerinnen und Bauern, demonstrieren gegen Kernenergie und das geplante Endlager Gorleben

Der Streit ist als Moment des Bruchs, der Infragestellung und des Konflikts offenbar auch selbst anfällig für Krisendiagnosen. Das gilt insbesondere, wenn er sich bereits zu einer eigenen Kulturtechnik von Handlungen, Regeln und Bedeutungen verdichtet hat. Gerade in jüngster Zeit häufen sich Klagen über ein aus den Fugen geratenes akademisches Streiten. »Die faire Streitkultur an den Universitäten erscheint defekt« mahnte im Januar 2023 eine Diskussionsveranstaltung der Volkswagenstiftung. »Weltanschauungen und Emotionen« würden immer häufiger »nüchterne Argumente und kritische Einzelpositionen« dominieren. Streiten und Argumentieren ist für Wissenschaft jedoch konstitutiv. Das Problem ist nicht der Streit an sich, sondern die Art und Weise, wie er geführt wird. Streitkulturen verfügen offenbar über gewisse Spielregeln, über Werte und Normen, die einen Schlagabtausch als fair oder unfair ausweisen. Viele dieser Werte haben eine lange Geschichte und führen in die Formationsphase moderner Wissenschaft vom 17. bis 19. Jahrhundert zurück. Ein historischer Rückblick auf frühmoderne Streitkulturen erweitert daher unser Reflexionswissen für die Bewertungen gegenwärtiger Konflikte.

Gerade das aufgeklärte 18. Jahrhundert wimmelte nur so von gelehrten Streitigkeiten aller Art. Viele Zeitgenossen fühlten sich mit Hobbes an einen »Krieg aller gegen alle« erinnert. Mitte des 19. Jahrhunderts spottete eine »Naturgeschichte des deutschen Studenten«: »Empfindsame Reisende und andere Naturforscher behaupten, es gäbe nirgends mehr heimliche kleine Intriguen und Kabalen und heimlichen und öffentlichen Neid und Haß, als auf den deutschen Universitäten, weil jeder einzelne Docent nicht allein glaube, Alles, sondern Alles auch am besten zu wissen, und es daher für Pflicht halte, seine Collegen, die ohne ihn beständig irren würden, durch die sanftesten und gelindesten Mittel von seiner Superiorität zu überzeugen.« Warum aber so viel Streit? In einer ständischen Gesellschaft war auch der Gelehrte ein Mann von Ehre, der in seinem Statusverhalten lange auf den Adel schielte, bis sich eigene bürgerliche Wertigkeiten etablierten. Ehre war ein prekäres und begrenztes Gut, das ständiger Anfechtung ausgesetzt war. Sie konnte kontrolliert, wie in einem Turnier oder Duell, oder unkontrolliert, wie einem spontanen Raufhandel, herausgefordert werden. An den Universitäten pflegte man mit der Disputation eine eigene agonale Kommunikation, die jedoch einem strikten Regelwerk folgte und gern als gelehrtes Theater karikiert wurde.

Streitkulturen verfügen über gewisse Spielregeln, über Werte und Normen, die einen Schlagabtausch als fair oder unfair ausweisen

Übertragen in die Öffentlichkeit des gedruckten Wortes verloren sich jedoch rasch die schützenden Leitplanken, und manche Kontroverse eskalierte zum Flächenbrand. Der Streit wurde öffentlich. Was man mit Jürgen Habermas als wichtigen Schritt in die Moderne der bürgerlich-deliberativen Öffentlichkeit schätzen kann, hatte jedoch auch seine Kehrseiten. Viele Gelehrte beklagten nun nicht mehr allein den individuellen Ansehensverlust, sondern die Gefährdung der Reputation des ganzen Standes, ja der Wissenschaft an sich. Wie kann ein soziales System regelgeleiteter Wahrheitsfindung dienen, wenn sich seine Protagonisten regelmäßig »Streiten wie die Kesselflicker«? Akademiker wollten ungern mit Handwerkern verwechselt werden. Adolph Freiherr von Knigge ging 1788 im »Umgang mit Menschen« mit dem »Unwesen« ins Gericht, das man so oft unter Gelehrten wahrnehme, »die entweder wegen der Verschiedenheit ihrer Meinungen und Systeme sich vor dem ehrsamen Volke wie Bettelbuben herumzanken oder, wenn sie an demselben Orte leben und in demselben Fache auf Ruhm Anspruch machen, einander verfolgen, hassen, sich gegenseitig auch nicht die mindeste Gerechtigkeit widerfahren lassen, wie Einer dem Andern zu verkleinern und bey dem Publico herabzusetzen sucht. – Pfui! Der Niederträchtigkeit! Ist denn die Quelle der Wahrheit nicht reich genug, um zugleich den Durst vieler Tausende zu stillen (…)?« Auch gegenwärtig scheinen öffentlich ausgetragene Differenzen unter Forscherinnen und Forschern eher für Skepsis zu sorgen, wie etwa medizinische Debatten in Zeiten der Pandemie eindrücklich vor Augen führten. Anstatt widerstreitende Positionen als Ausdruck eines funktionierenden Wissenschaftssystems zu werten, wurden diese von manchen als Beleg für das Gegenteil gewertet. Publikum und Medien neigen zu einer Art Streitvoyeurismus, der manche Eskalation zu verantworten hat, aber selten pazifizierend wirkt. Ein Rückzug in den Elfenbeinturm kann nicht die Alternative sein, wohl aber etwas mehr Sensibilität der Berichterstattung.

Auch wurden Hörsäle jüngst wiederholt zu Arenen der Streitkultur, deren schützende Grenzen akademischer Freiheit in Zeiten digitaler Kommunikation jedoch schnell überschritten werden. Ein Blick auf die Medialität des Streitens fördert weitere Parallelen zutage. Das 18. Jahrhundert kannte eine breite Kultur der anonymen Veröffentlichung vom Lexikonartikel bis zur Rezension. Was als Schutz vor persönlichen Attacken gedacht sein mochte, konnte auch zu einer Option für gelehrte Heckenschützen werden, die unsichtbar ihre Gegner attackierten. Probleme, die uns aus der Welt der sozialen Medien nur allzu vertraut erscheinen. Dem Ruf nach Netiquette eilte im 18. Jahrhundert eine »moralische Ökonomie der Wissenschaft«, so Lorraine Daston, voraus, die versuchte, Fehlverhalten informell zu sanktionieren, indem man epistemische Tugenden wie Nüchternheit und Nützlichkeit bewarb, die für mehr Fairness im Streit sorgen sollten. Die Gelehrtenrepublik wurde als Gerichtshof imaginiert, der Streithähne mit Sanktionen bis zur Verbannung belegen sollte. Doch diese informellen Maßnahmen zeigten ebenso wenig Erfolg wie handfestere, in Form von universitären Ehrengerichten oder Büchern, die alle kontroversen Themen auflisten sollten, die man besser meide. Der Rechtsweg verlängerte die Konflikte nur, oft konnte nur ein fürstlicher Machtspruch die Sache beilegen. In den allermeisten Fällen kam der Streit überhaupt nicht zur Beilegung, sondern wurde schlicht durch den nächsten Streit überschrieben. Auch dies ein Phänomen, das uns aus unserer hoch medialisierten Gegenwart wohlbekannt ist. Verfahren der Schlichtung haben es schwer, wenn die Arenen kaum Grenzen kennen. Ehre ist schnell beschädigt, doch nur schwer zu reparieren. Es gehört daher zum Wertekanon der modernen Wissenschaft, Kritik nicht ad personam zu äußern, sondern sachlich vorzutragen. Wie es unsachlich geht, zeigt schnell ein Blick in Buchrezensionen bei Onlinehändlern oder in die digitalen Kommentarspalten von Nachrichtenmagazinen.

Streitkulturen zu historisieren, bedeutet jedoch weder ein relativierendes »Seht her, das gab es früher auch schon« zu bemühen, noch ein kulturpessimistisches Verlustnarrativ zu pflegen, im Sinne eines »Die alten Regeln funktionieren nicht mehr«. Die Diagnose von Defekten braucht vielmehr Kriterien und Vergleichsmaßstäbe. In den 1990er Jahren wurde angesichts einer wissenschaftlichen Hyperspezialisierung bereits ein »Verschwinden der Streitkultur« von Peter J. Brenner beklagt. Damit war nicht eine Kultur- bzw. Regellosigkeit des Streits gemeint, sondern die Tatsache, dass Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler thematisch so kleinteilig arbeiten, dass es kaum noch zu übergreifenden Kontroversen kommt, sondern vielmehr zu einer Kultur der organisierten Ignoranz. Bereits Johann Georg Zimmermann hatte 1758 in seiner Schrift »Vom Nationalstolz« die ausgeprägte »Eigenliebe« einer streitlustigen Spezies beschrieben: »Die wechselweise Verachtung der Menschen ist unter den Gelehrten immer so deutlich als unter den eingeschränktesten Köpfen. Wenige Gelehrte halten ihre Lieblingswissenschaft nicht für den Mittelpunkt allen Wissens; die meisten sind für alles gleichgültig, was das Steckenpferd nicht betrifft, auf dem sie reiten. Der Naturforscher bekümmert sich im geringsten nicht um die Meinungen und Muthmaßungen des Sprachgelehrten. Der Kräuterkenner betrachtet den Sternkundigen als ein Wesen seines Anblickes unwürdig. Der Rechtsgelehrte hört den Namen seines Arztes ohne Verachtung nicht nennen. Er, der gross und glücklich durch das Elektrisieren einer Flasche wird, verwundert sich, dass die Welt ihre Zeit mit einem Leeren Geschwätze über Krieg und Frieden vertändelt.«

Publikum und Medien neigen zu einer Art Streitvoyeurismus, der manche Eskalation zu verantworten hat, aber selten pazifizierend wirkt

Zu den veränderten Kontexten einer modernen, hyperspezialisierten Wissenschaftskultur, die auf Kongressen lieber gleich die Sektion der Freunde besucht, als sich potenziellen Konflikten mit Gegnern oder Konkurrenten zu stellen, gehören auch gewandelte ökonomische Abhängigkeiten. War der Gelehrte des 18. Jahrhunderts der Gunst seines Landesfürsten verpflichtet, so konkurriert er heute um Drittmittel mit einer unüberschaubaren Schar von Mitbewerberinnen und Mitbewerbern. Sich »unbeliebt« zu machen kann so rasch eine anonyme und monetär sehr wirksame Gegenreaktion nach sich ziehen, auch wenn das nicht im Einklang mit den Normen der Mittelvergabe steht.

Die Einsicht in die Historizität und den Wandel von Streitkultur ist kein Aufruf zum Relativismus, sondern dafür, aktiv für die Regeln des Streitens als historischen Errungenschaften zu streiten.

Marian Füssel ist Professor für Geschichte der Frühen Neuzeit unter besonderer Berücksichtigung der Wissenschaftsgeschichte an der Georg-August-Universität Göttingen

THEMA

FOTO: PICTURE ALLIANCE / PIC ONE | STEFAN MÜLLER

März 2023: Die »Letzte Generation« besprüht die SPD-Parteizentrale nach Kritik von Kanzler Olaf Scholz an ihren Aktionen

Arbeiter verlassen die Fabrik

Vom Streit um Arbeitsverhältnisse

PETER BIRKE

Vor genau 50 Jahren, im August 1973, begann ein Streik der »Gastarbeiter« bei Ford in Köln. Wie kam es dazu? Eine linke, IG-Metall-skeptische Betriebsgruppe hatte damals eine Antwort: »Auslösendes Moment des Streiks«, schrieb man, »waren türkische Kollegen in der Y-Halle. Ein Türke, der seit Jahren an diesem Bandabschnitt und von seinen Kollegen recht isoliert und als Kommunist verschrien war, sollte zu Beginn der Spätschicht eine zusätzliche Operation übernehmen. Er reagierte, wie schon viele Kollegen in dieser Woche reagiert hatten. Er motzte und schrie rum: ›Kollegen, wie lange wollen wir uns das noch gefallen lassen? Wann tun wir endlich was gegen diese Schweinerei?‹ Es dauerte nur ein paar Minuten, bis die ganze Y-Halle streikte. Die Kollegen zogen durch die Y-Halle und formierten einen Streikzug, der (dann) durch das ganze Werk (demonstrierte) und die Spätschicht zum Streik mobilisierte.«

Wir wissen, dass die Y-Halle die Endmontage bei Ford war, mit einer physisch sehr belastenden Überkopfarbeit und psychisch anspruchsvollen Bandgeschwindigkeit. Forderungen nach Entlastung, nach Bandpausen und technischen Veränderungen gab es schon lange. Dass es aber zur Arbeitsniederlegung kam, war der Tatsache zu verdanken, dass der Betrieb Hunderte von Migrantinnen und Migranten entließ und für den Rest die Schraube noch weiter anzog. Dennoch werden in dem Zitat viele Kontexte nicht thematisiert, die man auch kennen muss, um den Streik zu verstehen: Die soziale und rechtliche Benachteiligung, die »Gastarbeiter« in der damaligen bundesdeutschen Gesellschaft erfuhren, die einsetzende globale Rezession dieser Zeit, die später dann als »Ölkrise« bezeichnet wurde und die im Management in der Autoindustrie damals schon antizipiert wurde und eine restriktive Arbeitspolitik auslöste. Und anderes mehr.

Dennoch – ein wichtiges Moment der Streikkultur ist, wie das Beispiel gut zeigt, die explosive Verbindung zwischen Alltagsrealität und Arbeitsveränderungen. Dabei erscheinen Arbeitskämpfe oft als »spontan«, aber können dennoch als Massenphänomen gesehen werden. Es ist eine Art überall notwendig auftretende Spontaneität: In meinem Buch »Wilde Streiks im Wirtschaftswunder« (2007) habe ich die Spuren dieser Melange für einen längeren Zeitraum und auf transnationalem Niveau nachgezeichnet. Auch in der Y-Halle ergriff man im Nachahmen ganz ähnlicher zeitgenössischer Aktionen in anderen Betrieben plötzlich aufscheinende Möglichkeiten, es kam zum Sprung vom individuellen Ärger in das gemeinsame Handeln, und dabei offenbar auch zu einer überraschenden Umwertung von Eigenschaften, die zuvor als unziemlich oder wertlos galten. Trotz des Zufälligen, das hier geschildert wird, hat insofern die anfangs eingeführte Szene sowohl etwas Performatives als auch etwas von einem sich wiederholenden Ritual.

Sie kann deshalb in der Tat, abgesehen von allen Besonderheiten – »Gastarbeit« bei Ford in Köln-Niehl im Jahre 1973 usw. –, als eine Art Archetyp des Streiks gelten. Sie spiegelt sich in vielen ähnlichen Szenen über viele Jahrzehnte und sogar Jahrhunderte. Und sie wird in zahlreichen Dokumenten und vielen künstlerischen Arbeiten immer wieder gezeigt: So bei Robert Koehler, 1886, »Der Streik« – ein Gemälde, das die unterschiedlichen sozialen Rollen zeigt, die in einem Arbeitskampf eingeübt und ausgeführt werden. Oder, um nur ein weiteres Beispiel zu nennen, das Bild des Sitzstreiks, das Sheldon Dick Mitte der 1930er Jahre bei einer Aktion der »United Automobile Workers« in der Automobilfabrik von Ford in Flint im US-Bundesstaat Michigan aufgenommen hat: Auch dies war ein Aspekt des Streiks von 1973 – die Arbeiter verlassen die Fabrik nicht, sondern bleiben einfach zwischen den Bändern und den halb fertigen Produkten sitzen. Sie eignen sich das Werk vermittels des Stillstands an.

Der Streik, so könnte man aus jenen beiden Bildern sozialwissenschaftlich definierend schließen, verbindet das Innen der Produktionsstätte mit ihrem Äußeren, den diskreten Raum der Produktion mit dem öffentlichen Raum. Er enthält, wie etwa Harun Farockis Dokumentarfilm unter dem Titel »Arbeiter verlassen die Fabrik« (1995) klug nachzeichnete, auch ein Moment der Befreiung: Indem man alltägliche Zumutungen thematisiert, verweist man auch auf den Wunsch nach anderen, besseren Arbeits- und Lebensbedingungen. Indem man die Fabrik verlässt, bezieht man sich konkret auf jenen Anspruch. Der politische Charakter der Wünsche nach einer weniger belastenden und stärker anerkannten Arbeit, fällt dabei den Akteurinnen und Akteuren meist zu – Politik im Streik entsteht insofern eher »unversehens« als geplant. Der Agitator, in Koehlers Bild im roten Dress an der Spitze der Bewegung, oder, wie man heute vielleicht sagen würde, der Organizer, nimmt dieses »Unversehene« auf und verwandelt es in etwas Anderes, möglicherweise auch politisch Erweitertes. Aber ob jenes Andere in der Werkstatt der Wünsche mitgetragen wird, ist eine andere, zweite Frage.

All diese Momente der Streikkultur fallen jedoch aus dem Blick, wenn man diesen lediglich auf die legalen Arbeitskämpfe bezieht. Das gilt besonders für die Situation in Deutschland. Denn unser Grundgesetz legt lediglich das Recht auf Koalitionsfreiheit fest. Wie diese wahrgenommen wird, einschließlich des Arbeitskampfrechts, hat keinen Ort in der Verfassung. Das Streikrecht speziell, obgleich seit den 1950er Jahren als Richterrecht durchaus wandelbar und flexibel, kennt einige Grundpfeiler, die es im internationalen Vergleich sehr restriktiv macht: Es herrscht, solange ein Tarifvertag existiert, ein Streikverbot. Gewerkschaften haben ein Streikmonopol, d. h. sie dürfen letztlich über Ziele und Formen von Arbeitskämpfen bestimmen, aber dies nur im Rahmen einer »Sozialadäquanz«, d. h. die Ziele, die ein Ausstand hat, müssen »tarifierbar«, durch Tarifverträge regelbar sein. Ein individuelles Streikrecht im Sinne eines Verweigerungsrechts bei gesundheitsschädlichen oder sonst abzulehnenden Tätigkeiten existiert, anders als z. B. in Frankreich, in Deutschland nicht. Konsequenz: Ein spontaner Streik wie jener bei Ford in Köln im August 1973 konnte durch den Arbeitgeber durch Entlassungen und Schadensersatzforderungen beantwortet werden. Was bedeutet das für den Streit um Arbeitsbedingungen? Kaum, dass er dadurch nicht stattfindet. Viele Arbeiten soziologischer Forschung haben zuletzt gezeigt, dass die Konflikte am Arbeitsplatz eher zunehmen. Aber es werden zugleich zwei Welten konstituiert: In Deutschland steht schon seit vielen Jahrzehnten die Welt der lokalen, betrieblichen Arbeitskonflikte jener der legalen, »offiziellen« Arbeitskämpfe gegenüber, und es ist für Gewerkschaften (aber auch für Unternehmen) oft schwierig, eine Verbindung zwischen beiden Ebenen herzustellen.

Gleichzeitig befindet sich die Streikkultur heute in einem massiven Wandungsprozess: Vergliche man ein »typisches« Bild von – legal, tariflich – Streikenden aus dem Jahr 1973 und von heute, dann wäre der Anteil von Menschen, die in sozialen Dienstleistungen arbeiten, sehr viel höher: In der Tat war der Streik – anders als übrigens in Koehlers erwähntem Bild gezeichnet – niemals eine reine »Männersache«. Und in den letzten Jahren ist das sehr deutlich geworden – von den großen Arbeitskämpfen im Sozial- und Erziehungsdienst 2009 und 2015 bis hin zu den Bewegungen für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der Pflege, wie sie in den Streiks an der Charité und bei Vivantes in Berlin oder in den nordrhein-westfälischen Krankenhäusern in den vergangenen Jahren zum Ausdruck kamen.

Die neuen Arbeitskämpfe, die mit der Veränderung des Charakters sozialer Dienstleistungen und Infrastrukturen und insbesondere mit ihrer privaten ökonomischen Kontrolle und Ausrichtung zu tun haben, lassen vermuten, dass der Streit um Arbeit aktuell nach und nach das Korsett sprengt

Die neuen Arbeitskämpfe, die mit der Veränderung des Charakters sozialer Dienstleistungen und Infrastrukturen und insbesondere mit ihrer privaten ökonomischen Kontrolle und Ausrichtung zu tun haben, lassen vermuten, dass der Streit um Arbeit aktuell nach und nach das Korsett sprengt, das in der Phase der staatlichen Eindämmung und Regulierung der Arbeitskämpfe seit den 1950ern angelegt wurde. Obwohl die Statistik, die das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut des Deutschen Gewerkschaftsbundes regelmäßig erstellt, erst im Frühjahr 2024 erscheinen wird – es gehört keinerlei prophetische Gabe dazu, wenn man voraussagt, dass 2023 sicherlich als »Streikjahr« in die Geschichte eingeht – von der Metall- und Elektroindustrie im Frühjahr, über den Streik bei der Post und im öffentlichen Dienst des Bundes und der Länder im Sommer –, es wird kaum ein Jahr mit so vielen Teilnehmenden gegeben haben wie dieses. Es scheint sogar fast so, als ob der Unmut über erschwerte Arbeitsbedingungen, unter anderem in der Pandemie, die Lohnentwicklung in der Inflation, die mangelnde Wertschätzung, die viele Streikende empfinden, sich kaum anders Ausdruck verleihen können.

Auch insofern sollte der Streik als moderne Form der Artikulation von Unzufriedenheit und Veränderungswillen ernst genommen werden. Der Streik verleiht dem Streit am Arbeitsplatz Ausdruck. Er ist, gut verstanden, ein wertvoller Indikator für Veränderungs- und Demokratisierungswünsche. Und er kann vielleicht ein Kontrastmittel sein, das gegenüber den Vorstellungen von einer an Politik uninteressierten Arbeiterschaft, die für die Ziele der Rechtspopulisten anfällig sei, in Anschlag gebracht werden: Streiks zeigen, dass sich dahinter eine viel komplexere Situation verbirgt, die begriffen werden muss, auch und gerade, wenn man jene »Politikverdrossenheit« ernsthaft bekämpfen möchte.

Peter Birke ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Soziologischen Forschungsinstitut an der Georg-August-Universität Göttingen

Das Recht auf die Straße

Ein Pfeiler der demokratischen Streitkultur

THOMAS LINDENBERGER

Es wird das Recht auf die Straße verkündet. Die Straße dient lediglich dem Verkehr. Bei Widerstand gegen die Staatsgewalt erfolgt Waffengebrauch. Ich warne Neugierige.« Mit diesen forschen Sätzen verewigte sich der Berliner Polizeipräsident Traugott von Jagow im Februar 1910 in den Annalen der Geschichte der Straßendemonstrationen. Zwei Jahre zuvor hatte das neue Reichsvereinsgesetz in §7 festgelegt: »Öffentliche Versammlungen unter freiem Himmel und Aufzüge auf öffentlichen Straßen oder Plätzen bedürfen der Genehmigung der Polizeibehörde.« Sie waren also nicht per se verboten, mussten lediglich genehmigt werden. Und genau um dies, polizeilich genehmigte Versammlungen politischen Charakters mit hunderttausenden von Teilnehmerinnen und Teilnehmern durchzusetzen, ging es der Sozialdemokratie und ihren linksliberalen Bündnispartnern in den Jahren des »Wahlrechtssturms« von 1908 bis 1910. Die Kampagne richtete sich gegen das die Proletariermassen diskriminierende Klassenwahlrecht in Preußen, Sachsen und anderen deutschen Bundesstaaten sowie gegen den allgemeinen Ausschluss der Frauen vom Wahlrecht. Die überkommene Legitimität dieser Diskriminierung galt es durch Bilder tendenziell unbegrenzter Menschenmengen, die die Prinzipien der Gleichheit und der Solidarität im Wortsinn verkörperten, zu untergraben.

Von Jagows weltfremdes Pochen auf die ausschließliche Verkehrsfunktion des Straßenraums stieß 1910 nicht nur bei den kleinen Leuten, sondern auch bis weit in die bürgerlichen und adligen Eliten hinein auf Hohn und Spott. Das passte nicht in die moderne Zeit des 20. Jahrhunderts. Noch vor Beginn des Ersten Weltkriegs lernten vor allem die preußischen Polizeibehörden mit großen geordneten politischen Demonstrationen als Teil des städtischen Alltags umzugehen. Der Weg dahin war allerdings lang und beschwerlich gewesen. Die im 19. Jahrhundert einsetzende erste Welle der Demokratisierung in Europa hatte die deutschen Staaten kaum erreicht. In England fanden zur Vorbereitung von Parlamentswahlen bereits im 18. Jahrhundert Versammlungen unter freiem Himmel statt, die sogenannten »hustings«, auf denen Kandidaten im Wettstreit redeten. Oftmals kam es dort zu Tumulten. Während der Französischen Revolution entfalteten die Volksmenge und ihre Versammlungen eine ihnen eigene machtpolitische Sprengkraft, da sie dank Bewaffnung und organisierter Ausrichtung unmittelbar zum physischen Angriff auf die bestehende Ordnung übergehen konnten. Diese potenziell umstürzende Handlungsmacht von Menschenmengen und die daraus resultierende Herrschaft der Jakobiner im revolutionären Frankreich hat sich dann als traumatische Erfahrung tief in die Köpfe und Herzen auch der deutschen Eliten des 19. Jahrhunderts eingebrannt. Anders als in Frankreich und Großbritannien entwickelte sich trotz zunehmender Parlamentarisierung des politischen Lebens, trotz der in bürgerlichen Vereinen und Salons eingeübten Praxis der Streitkultur und trotz einer zunehmend pluralen Presselandschaft keine diese begleitende Demonstrationskultur. Die Ausdehnung des Wahlrechts für den Reichstag des 1871 gegründeten Kaiserreichs auf alle erwachsenen Männer machte Versammlungen von Wählern und den von ihnen gegründeten Wahlvereinen in den Städten erforderlich. Diese fanden aber nur in großen Sälen statt, in denen Kandidaten verschiedener Parteien nach den Regeln der parlamentarischen Geschäftsordnung stritten. Derweil achtete vor den Eingängen polizeiliche Ordnungskräfte darauf, dass es ja nicht zu unerlaubten Ansammlungen kam. Soweit ein Rückblick auf die Entstehung des Kulturmusters »Straßendemonstration« in Deutschland und seine Vorgeschichte. Ein Ausblick auf das 20. Jahrhundert zeigt, dass seine weitere Entwicklung aufs Engste damit verbunden ist, wie gut oder schlecht es um die Demokratie stand. Allgemein formuliert: Einer allgemeinen Verrohung in den parlamentarischen und gesellschaftlichen Debatten entsprechen Nutzungen des Demonstrationsrechts, die den politischen Gegner zum Feind in einem imaginierten Bürgerkrieg degradieren – so geschehen in der späten Weimarer Republik. Umgekehrt lassen sich bei allgemeiner Anerkennung der Prinzipien einer demokratischen Streitkultur auch von der Straße her politische Innovationen anstoßen und nachhaltig etablieren. Das stärkt die Legitimität der Demokratie als politische Ordnung.

Die totalitären Gegner der Weimarer Republik, die Nationalsozialisten wie die Kommunisten, lehnten das Prinzip der ergebnisoffenen, streitigen und dennoch gewaltfreien Aushandlung unter Gleichberechtigten grundsätzlich ab und wollten es abschaffen. Dazu nutzten sie die Handlungsräume der demokratischen Streitkultur in destruktiver Weise: Ihre Abgeordneten obstruierten die Arbeit der Parlamente, ihre Stoßtrupps sprengten die Versammlungen der politischen Gegner, ihre Demonstrationszüge dienten der gewaltsamen Einschüchterung von »Volks-« und »Klassenfeinden«. Nach Errichtung der totalitären Herrschaft unterlag die Nutzung der überkommenen Formen der Streitkultur der strikten Zensur und dem Monopol des Parteistaats. Dabei kam in der nationalsozialistischen Diktatur Massenversammlungen und -aufmärschen eine wesentlich größere Bedeutung für die Systemlegitimierung zu als den verkümmerten Resten von Parlamenten und politischen Versammlungen. Deren Aggressivität und Gewalt mobilisierte gegen Regimegegner und vorgestellte »Volksfeinde« im Innern wie im Äußeren, bis hin zur physischen Vernichtung.

Die kommunistische Diktatur verfuhr mit den überkommenen »bürgerlichen« Kulturmustern der Demokratie auf andere Weise – sie funktionierte sie um: Sie hielt an politischen Versammlungen nach parlamentarischem Brauch und Straßendemonstrationen im herkömmlichen Sinne fest, machte aus diesen ursprünglich den geordneten politischen Streit ermöglichenden Interaktionen aber sorgfältig orchestrierte Inszenierungen einer unverbrüchlichen Einheit zwischen Partei, Staat und Gesellschaft, in der für offenen Dissens und Opposition einer Minderheit kein Platz vorgesehen war.

Eingedenk der destruktiven Umfunktionierung der Straßendemonstrationen durch die Totengräber der Weimarer Republik tat sich die nach 1945 in den Westzonen wiederaufgerichtete demokratische Ordnung lange Zeit schwer damit, ein konstruktives Verhältnis von politischer Streitkultur im allgemeinen und Demonstrationskultur im Speziellen zu entwickeln. Wie schon im späten Kaiserreich erlangten Demonstrationen in der Bundesrepublik dann besondere Brisanz, wenn sie Themen und Anliegen in die Öffentlichkeit trugen, die in offiziellen Versammlungs- und Entscheidungsforen schwach oder gar nicht vertreten waren. Die Kampagne gegen die Wiederbewaffnung und gegen die atomare Aufrüstung in den 1950er Jahren sind hier ebenso anzuführen wie »außerparlamentarische Opposition« der 1960er Jahre. Zugleich schlug der gesellschaftliche Wertewandel auch auf die Formen des politischen Streitens durch: Die Jungen stellten Vorrechte von Alter und Status sowie die damit verknüpften Konventionen grundsätzlich infrage, negierten die Erforderlichkeit hierarchischer Ordnungen und stellten Spontaneität und Selbstverwirklichung in den Mittelpunkt. Demonstrationen mutierten nun von der Re-Präsentation einer geordneten Bewegung zu antiautoritären Happenings und inszenierten sich auch als anti-parlamentarisch. Daraus entwickelte sich eine Eigenlogik des begrenzten Konflikts mit den Polizeikräften, die ihrerseits, nach Verabschiedung der Notstandsgesetze 1968, ihr Gewaltarsenal entmilitarisierten. Damit waren Gewalteskalationen bei Demonstrationen keineswegs ausgeschlossen, ganz im Gegenteil, sie blieben aber im Großen und Ganzen unterhalb der Schwelle zu Bürgerkriegshandlungen auf Handgreiflichkeiten und Wurfgeschosse auf der zivilen, und die Anwendung polizeitaktischer Waffen auf der Seite der Staatsgewalt begrenzt. Zugleich stärkte die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts den Stellenwert von Demonstrationen, indem es der Polizei auferlegte, die Ausübung des Grundrechts der Meinungsfreiheit auch in Gestalt von Versammlungen unter freiem Himmel aktiv zu schützen.

Die Degeneration der politischen Streitkultur im Allgemeinen schlägt auch auf die Straße durch

Das dialektische Hin und Her zwischen parlamentarischer Repräsentation – und damit dem in demokratischen Systemen zu verbindlichen Entscheidungen befugten Forum von Streitkultur – und außerparlamentarischer Demonstration als Beitrag zur politischen Willensbildung hält bis heute an. Davon bleiben auf lange Sicht auch moderne autokratische Ordnungen nicht verschont: Im Herbst 1989 trat in der DDR ein weiteres Mal das ein, was Diktatoren in allen Ländern auch noch heute den Schlaf raubt: Einige wenige von unten initiierte Straßendemonstrationen im entscheidenden Moment der eigenen – moralischen – Schwäche kosteten binnen weniger Monate erst die Kontrolle über die öffentliche Meinung, dann über die Menschen und schließlich über den Staatsapparat. So geschehen in der ersten Oktoberwoche des Jahres 1989 unter anderem in Dresden, Leipzig und Plauen. Die dann folgende Demokratisierung der DDR im letzten Jahr ihres Bestehens und die Entwicklung der demokratischen Ordnung in Ostdeutschland in den darauffolgenden Jahrzehnten steht im Guten wie im Schlechten für das dynamische Verhältnis von politischer Streitkultur und der in sie eingebetteten Demonstrationskultur. Ostdeutsche haben wie Westdeutsche ihre Anliegen und Forderungen auf die Straße getragen, um ihre Behandlung in den parlamentarischen Beratungen und Entscheidungen auf die Tagesordnung zu bringen. Zugleich gab es immer Gegentendenzen der Pervertierung von Straßendemonstrationen: Sie dienten als Ausgangspunkte zu Hetzjagden gegen Minderheiten, zur Einschüchterung von Amtsträgern und zu unverblümten Angriffen auf die Grundwerte der freiheitlichen demokratischen Ordnung. Die Degeneration der politischen Streitkultur im Allgemeinen schlägt auch auf die Straße durch. Nur mit »riot policing« und Staatsschutz ist dem nicht beizukommen. Die systematische Verächtlichmachung von Menschen, die sich in Parteien, Parlamenten und Zivilgesellschaft engagieren, und die Hassrede in »sozialen« Medien, die ungehindert den physischen Angriff auf politische »Feinde« propagiert, kommt auch auf der Straße an. Dort müssen wir dem genauso wie in den Foren der Kultur, der Zivilgesellschaft und der Institutionen, mit denen wir uns selbst regieren, entgegentreten.

FOTO: PICTURE ALLIANCE/DPA | KAY NIETFELD

Protestaktion mit 13.000 Stühlen für die Aufnahme von mehr Geflüchteten vor dem Reichstagsgebäude im September 2020

Thomas Lindenberger ist Direktor des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung (HAIT), Professor für Totalitarismusforschung an der TU Dresden und Autor von »Straßenpolitik. Zur Sozialgeschichte der öffentlichen Ordnung in Berlin, 1900-1914«

Vom Nutzen des Streits

Woran es der politischen Auseinandersetzung fehlt

HANS JESSEN

Am 28. Oktober 1969 gab Willy Brandt als frisch gewählter Bundeskanzler der Regierungskoalition von SPD und FDP eine Regierungserklärung ab, in der ziemlich zu Anfang jene fünf Worte fielen, die zur programmatischen Anspruchsformel einer ganzen politischen Epoche wurden: »Wir wollen mehr Demokratie wagen!«

Anderthalb Stunden lang deklinierte Brandt durch die Felder der Außen- und Innenpolitik, von Finanzen, Bildungs-, Verteidigungs- und Verkehrspolitik, was zu verstehen sei unter: »mehr Demokratie wagen«. Diese Regierungserklärung ist, in ihrer komplexen Wucht, ein unverändert – oder erst recht – lesenswerter Text, der auch als Streitschrift zu begreifen ist. Brandt streitet, Vorgängerregierungen lobend, gleichwohl für eine andere Republik. Was nicht nur politische Zielmarken im Einzelnen bedeuten soll, sondern Stil und Form des politischen Prozesses. Transparenz und Teilhabe sind die Metabegriffe dieses »mehr Demokratie wagen«.

Dass sich damit eine Zeitenwende im politischen Diskurs angekündigte, wusste man auch in der CDU/CSU, die bis dahin alle Bundesregierungen angeführt hatte. In der Erwiderung auf Brandts Regierungserklärung sagte der konservative Oppositionsführer Rainer Barzel: »Nun folgt auf die Zeit der ›Großen Koalition‹ eine Zeit der ›Großen Kontroverse‹«. Barzel hatte verstanden, dass »mehr Demokratie wagen« auch bedeutete: »mehr Streit wagen«.

Von Streit zwischen den Koalitionären ist viel zu berichten, von Streitkultur wenig

Die beiden knappen Sätze von Brandt und Barzel markieren für die folgenden Jahre eine politische Debatte, die tief in die bundesdeutsche Gesellschaft hineinwirkte.

Die »Große Kontroverse« in der »mehr Demokratie gewagt« wurde, war eine Zeit des politischen Streits, der hart, fundamental, teilweise unerbittlich geführt wurde. Er ließ politische Lager aufeinanderprallen, konstituierte eben dadurch aber auch eine politische Öffentlichkeit, die es in dieser Intensität und Qualität zuvor nicht gegeben hatte.

Der Streit trennte und fügte zusammen, er führte auch zu Klärungsprozessen: Die Gründung der »Grünen Partei« 1980 ist ohne die Streitformen der vorangegangenen Jahre kaum denkbar.

Im Jahr 2013 unternahm der politische Publizist Roger Willemsen einen bemerkenswerten Selbstversuch. Ein ganzes Jahr lang setzte er sich in jeder parlamentarischen Sitzungswoche auf die Pressetribüne des Deutschen Bundestags und beobachtete minutiös das Geschehen im Plenum: Reden, Reaktionen nonverbale Aktionen. Eigene Beobachtungen und 50.000 Seiten offizielles Wortprotokoll fasste Willemsen zusammen in einem über 400 Seiten starken Buch: »Das hohe Haus«.

Der Text ist so erhellend wie erschütternd. Willemsen wiederholt nicht die bekannte Klage, dass Plenarsitzungen oftmals vor fast leeren Sitzreihen stattfinden. In der Regel damit begründet, dass die Arbeit der Abgeordneten, soweit sie in Berlin zu verorten ist, vorrangig in Ausschüssen und Arbeitsgruppen stattfinde. Er zitiert die Auffassung, dass das Plenum die »Schauseite« des politischen Prozesses darstelle, wo fertige Ergebnisse präsentiert werden, nicht die »Arbeitsseite«, wo diese entstehen.

FOTO: PICTURE ALLIANCE / REUTERS | MICHELE TANTUSSI

Antirassismus kennt kein Alter: Die »Omas gegen Rechts« bei der großen #unteilbar-Demo im Jahr 2018 in Berlin

Gerade dadurch aber entsteht eine gefährliche Dynamik. Natürlich pralen auch in den Plenardebatten, die als Alltagsgeschäft geführt werden, Meinungen aufeinander. Regierungs- und Oppositionsvertreter streiten sich. Aber: Worum geht es bei diesen Streitereien? In den seltensten Fällen darum, tatsächlich eine Sache in argumentativer Schärfe auszuloten und im kontroversen Diskurs Positionen zu erarbeiten. Die sind lang vorher klar und werden nun als eine Art »Scripted Reality« ins politische Schaufenster gestellt. Wo die originäre Funktion argumentativen Streits fehlt, geht es um Sekundärqualitäten: die Chefinnen und Chefs des eigenen Lagers gut aussehen lassen, die Protagonisten der Gegenseite niedermachen. Die gelungene Beschädigung der Konkurrenz wird zum Erfolgsmaßstab für Debattenredner, Anerkennung der eigenen Fraktion ist der wesentliche Resonanzboden. Mit »Streitkultur« im Sinne einer Konstituierung politischer Öffentlichkeit durch Diskurs hat des so viel zu tun wie ein Catch-Turnier auf dem Rummelplatz mit olympischen Ringkämpfen.

Bei dieser Verschiebung von Parametern kommt nicht nur die produktive Substanz von Streit abhanden – vielmehr wendet sich das aufgeführte Schauspiel auch noch gegen diejenigen, für die man es aufzuführen scheint.

Willemsen benennt exemplarisch den Satz eines FDP-Abgeordneten: »Es gibt in Deutschland eine Zunahme an Armutsberichten, aber keine Zunahme an Armut.« Willemsen konstatiert: »Es sind diese Momente, diese Sätze, diese Applauswellen, in denen das Parlament aufhört, Volksvertretung zu sein. Denn wie immer man Armut erklärt, wen immer man verantwortlich macht – sie zu leugnen, zeugt von Verachtung.«

Welche Wirkung erzeugt ein solcher, ums eigene Gravitationszentrum kreisender Sprechbetrieb in der Öffentlichkeit außerhalb des politischen Institutionengefüges und seiner Protagonisten? Chantal Mouffe, die damals in London lehrende linksunabhängige belgische Politikwissenschaftlerin, schrieb 2007 in ihrem schmalen Buch »Über das Politische« auch über die Ursachen wachsender Popularität rechtspopulistischer Parteien.

Für Mouffe entsteht politische Identität nicht einfach aus einem kumulierten »Wir« – dieses könne sich überhaupt nur bilden als Auseinandersetzung mit einem »Anderen«, das sie als notwendigen »Feind« bezeichnet. Politische Systeme müssten, auch in ihren Institutionen und Diskursen, real existierende Antagonismen erkennen lassen.

Das Erstarken rechtspopulistischer Organisationen deutet für Mouffe auf Defizite der arrivierten Parteien hin, wenn »ein Konsens in der Mitte hergestellt worden (war), der den Wählern keine echte Wahl zwischen deutlich voneinander unterschiedenen Programmen ermöglichte«. In der Logik ihrer Argumentation wäre der »Kampf um die politische Mitte«, den die arrivierten Parteien führen, paradoxerweise hinter dem Rücken der Akteure ein Treiber genau jener Kräfte, die aus der Mitte heraus abgewehrt werden sollen. Diese These wäre zumindest einen soliden Streit wert, der gewagt werden könnte.

Auch die derzeitige Regierungskoalition aus SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP hat sich bei Willy Brandt bedient: »Wir wollen mehr Fortschritt wagen« wurde beim Regierungsantritt Ende 2021 selbstbewusst verkündet. Gut anderthalb Jahre später liest sich das fremd.

Von Streit zwischen den Koalitionären ist viel zu berichten, von Streitkultur wenig. In einem seltenen Moment öffentlicher Frustration brach es am 21. März, bei der grünen Fraktionsklausur in Weimar, aus Vizekanzler und Wirtschaftsminister Robert Habeck heraus: »Es kann nicht sein, dass in einer Fortschrittskoalition nur ein Koalitionspartner für den Fortschritt verantwortlich ist und die anderen für die Verhinderung von Fortschritt.« Anlass war das gezielte Durchstechen eines für die Energiewende wesentlichen Gesetzesentwurfs im Frühstadium. Der Entwurf war unausgegoren, der Kreis der Diskutanten klein und hochrangig, der Schaden maximal – jedenfalls für den Grünen Koalitionspartner.

Das Manöver – und auch Habecks Reaktion – warf ein kurzes Blitzlicht auf erbittertes Streitgeschehen, politischer Nahkampf im Koalitionsdschungel. Aber das hatte und hat nichts zu tun mit »Streitkultur«, in der offen – und öffentlich nachvollziehbar – die grundsätzliche Frage verhandelt würde, wie die Energiewende, dieses angeblich gemeinsame zentrale Projekt der »Fortschrittskoalition« umzusetzen sei. Das liegt zum einen ganz gewiss an der komplexen Materie – große Transformation mit möglichst kleinen Beeinträchtigungen des Status quo. Zum anderen aber hat es ebenso gewiss mit dem handelnden Personal in den ersten Reihen zu tun.

Habecks Ausbruch nach der im Kern vertragsbrüchigen Durchstecherei folgte ein 30-stündiger Sitzungsmarathon des Koalitionsausschusses. Dass diese Dauer in irgendeiner Weise etwas mit produktiver Streitkultur zu tun gehabt hätte, war nicht zu hören oder zu lesen.

Gewiss wäre den Bürgern eine reibungsarm und effizient arbeitende Regierung am liebsten

Was die politischen Spitzen nicht schaffen, schaffen ihre administrativen Fußtruppen logischerweise dann auch nicht. Dreimal wöchentlich lassen sich die Sprecherinnen und Sprecher der Bundesregierung in der Bundespressekonferenz (BPK) von Parlamentsjournalisten befragen. Auch lang gediente BPK-Mitglieder – der Autor dieses Textes gehört seit vielen Jahren dazu – können sich kaum daran erinnern, in der Vergangenheit eine derartige Häufung von Konflikt bestreitenden Floskeln gehört zu haben. Man sei »in der Ressortabstimmung«, »auf einem guten Weg«, schon bald werde es »ein geeintes Ergebnis« geben – der Zettelkasten ist ergiebig.

Man kann das am wenigsten den Sprecherinnen und Sprechern vorwerfen, sie folgen der doppelten Vorgabe: das eigene Ressort möglichst gut aussehen zu lassen und Streit innerhalb der Regierung abzustreiten, auch wenn der unübersehbar ist. Auch hier tritt ein Paradoxon zutage: Je absurder Konflikte nicht thematisiert, sondern geleugnet werden, desto deutlicher treten sie hervor.

Dass unter dem Eindruck solcher faktisch realitätsleugnenden Selbstdarstellung des Regierungsapparates das Ansehen der Bundesregierung sowie der sie tragenden Parteien in den Umfragekeller rauscht, kann nicht verwundern.

Gewiss wäre den Bürgern eine reibungsarm und effizient arbeitende Regierung am liebsten.

Aber wo die multiple Krisenrealität dieser Gesellschaft dies wenig wahrscheinlich macht, wäre vielleicht eine offene, streitige Auseinandersetzung um Analyse, Konflikte, Entscheidungen die zweitbeste Option. Es wäre ein Novum in der bundesdeutschen Koalitionsgeschichte. Aber das sind die Zeiten ja auch.

Vom Nutzen des Streits in komplizierten Fragen wusste übrigens auch Johann Wolfgang von Goethe. Zur Eröffnung der »Freitagsgesellschaft«, eines von ihm 1791 in Weimar initiierten Zirkels kluger Menschen – das Wort »Thinktank« war noch nicht erfunden – schrieb er: »Streitigkeiten zerstören die gesellige Wirksamkeit, und wechselseitige Entfernung ist gewöhnlich die Folge von gemeinsamen Studien. (…) Aber auch der Streit ist Gemeinschaft, nicht Einsamkeit (…)«.

Hans Jessen ist freier Publizist und ehemaliger ARD-Hauptstadtkorrespondent

FOTO: PICTURE-ALLIANCE / SVEN SIMON | SVEN SIMON

Die größte Demonstration der DDR-Geschichte: Am 4. November 1989 demonstrierten rund 500.000 Menschen für eine andere DDR auf dem Berliner Alexanderplatz

Mehr »Guten Streit« wagen

Die Abwesenheit von Streit ist Gift für politische Systeme

RALPH BRINKHAUS

Guter Streit ist eines der wichtigsten Elemente in einer funktionierenden Demokratie. Denn gerade die Reibung zwischen den einzelnen Meinungen und Blöcken verhindert jeglichen Absolutheitsanspruch. Und Absolutheitsansprüche blockieren nicht nur Konsens und Partizipation; schlimmer, sie blockieren Fortschritt und Entwicklung. Erst durch den Streit der unterschiedlichen Meinungen und Richtungen wird Politik im besten Sinne zu einem produktiven Such-, Entdeckungs- und Verwerfungsprozess. Streit lässt dadurch genauso Neues entstehen, wie er Vorhandenes zerstört. Beides ist letztlich Voraussetzung dafür, in einer sich schnell verändernden Welt zu bestehen. Genau deswegen ist die Abwesenheit von Streit Gift für jedes politische System.

Absolutheitsansprüche blockieren Konsens und Partizipation sowie Fortschritt und Entwicklung

Aber leben wir tatsächlich in einer Welt des »Guten Streites«? Eines Streits, der der Sache wegen respektvoll und ergebnisoffen geführt wird, im Sinne von Hans-Georg Gadamer unter der Annahme, dass der andere vielleicht auch recht haben könnte. Zu oft ist das nicht so: Deswegen nicht, weil politischer Streit zunehmend als Kernelement der politischen Aufmerksamkeitsökonomie instrumentalisiert wird. Um medial vom öffentlich-rechtlichen Rundfunk bis zum »Netz« wahrgenommen zu werden, braucht es »Beef«, also zugespitzten, gerne auch den Widerpart verletzenden Streit. Und reicht die mediale Außenwahrnehmung nicht, wird die Auseinandersetzung über die eigenen Kanäle der sozialen Medien zumindest in die jeweilige Blase transportiert. Streit als Selbstzweck, um die wichtigste Währung der Politik, die Wahrnehmung, zu generieren? Nicht nur das: Politischer Streit in der Demokratie funktioniert nur, wenn er immer zuerst in der Sache und nicht aus einer moralischen Argumentation heraus geführt wird. Denn Sachfragen sind verhandelbar, Moral ist es nicht! Und genau dieses moralisierende Aufladen nicht der ganz großen ethischen Fragen und Linien, sondern bis hinein in die politische Alltagsauseinandersetzung ist eine der schwierigsten Entwicklungen in der jüngeren Vergangenheit.

Ja, es ist verführerisch, weil es so einfach ist, wenn ich dem anderen aus einer moralischen Position abspreche, eine bestimmte Auffassung vertreten zu dürfen. Und es ist so einfach, wenn ich den anderen nicht am Inhalt seiner Argumente, sondern an seinen vielleicht auch im Eifer gefallenen Formulierungen moralisch qualifiziere. Denn dann brauche ich mich weder mit den Argumenten des anderen auseinandersetzen, noch – und das ist entscheidender – muss ich meine eigenen Positionen hinterfragen.

Ich denke, beide Punkte: Die Instrumentalisierung von Streit zur Erlangung von öffentlicher Aufmerksamkeit und noch mehr die zunehmende Moralisierung bis hinein in die täglichen politischen Sachfragen führen zu der mittlerweile auch viele sogenannte »nichtpolitische Menschen« abstoßenden Tonalität in der demokratischen Debatte in diesem Land.

Politischer Streit in der Demokratie funktioniert nur, wenn er immer zuerst in der Sache geführt wird

Ich werbe daher dafür, mehr »Guten Streit« zu wagen. Ein Streit, der nicht auf Aufmerksamkeit, auf moralische Selbstvergewisserung, auf das Niederringen des politischen Wettbewerbers, sondern auf das Suchen nach den besten Lösungen ausgerichtet ist.

Ralph Brinkhaus MdB ist Mitglied des Europaausschusses

Demokratie ist die kultivierte Form des Streits

Bericht aus dem Parlament

KATRIN GÖRING-ECKARDT

Demokratie war für mich immer ein Sehnsuchtsort, Heimat, etwas, für das es sich lohnt, etwas oder alles zu riskieren. In der DDR hatte ich gelernt zu schweigen, nur zu reden hinter vorgehaltener Hand, im kleinsten Kreis. Zu Hause Ja und Ja, draußen Nein und Nein. Von Staats wegen gab es nur die eine richtige Meinung. Auch und besonders deshalb bin ich 1989 mit auf die Straße gegangen, die Demokratie zu erobern, zu erstreiten, zu erkämpfen. Doch wer in der Demokratie leben will, die muss mit Streit leben.

Warum? Artikel 20 unseres Grundgesetzes sagt: »Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus.« Das Volk steht da zwar im Singular. In Wahrheit aber ist es ein Plural. Gemeint sind unterschiedlichste Individuen und ihre oft widerstreitenden Meinungen, Probleme, Ideen und Vorlieben. Demokratie ist, wenn der Streit ausgetragen wird, und zwar als echte Auseinandersetzung. Wenn man sich bewusst ist, dass der oder die andere auch recht haben könnte, hilft Streit sogar, die eigene Meinung weiterzubilden, sie zu schärfen, zu ändern oder anzupassen. Alles großartige Erfahrungen der Freiheit. Deshalb bin ich mit Herz und Seele Demokratin. Aber ganz klar: Wer Demokratin sein will, muss streiten wollen. Kürzlich bei meiner Demokratie-Tour habe ich das Gegenteil erlebt: Menschen, die nicht reden wollten, sondern nur schreien und pöbeln. Da ist dann kein Streit mehr, kein Aufeinander-Hören und damit auch keine Demokratie.

Weil aber der Streit so elementar ist für die Demokratie, ist die Demokratie zugleich eine Form, in der der Streit kultiviert wird. Mit Verfahren und Regeln. Einige davon stehen schon im Grundgesetz: Das Prinzip der repräsentativen Demokratie in Artikel 20. Oder die Mitwirkung der Parteien bei der politischen Willensbildung in Artikel 21. Beides Verfahren, die den Streit strukturieren, damit das Volk seine Staatsgewalt ausüben kann. Weitere finden sich z. B. in der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages: Dort folgt die Reihenfolge der Reden dem Prinzip von Rede und Gegenrede. Damit kommen verschiedene, auch antagonistische Meinungen zu Wort. Streit wird ermöglicht. Und auch hier gibt es Grenzen: Wer abschweift oder »die Ordnung und die Würde des Bundestages« verletzt, kann einen Ordnungsruf oder ein Ordnungsgeld kassieren und wenn nötig auch der Sitzung verwiesen werden.

Wenn es gut läuft, dann kann das Parlament eine Schule des demokratischen Streites sein. Politikerinnen und Politiker können in ihrem Streiten zu Vorbildern werden, wie konstruktiver Streit funktionieren kann. Dazu müssen die Unterschiede zwischen den Parteien erkennbar werden. Aber die sachliche Ebene darf nicht zugunsten von persönlichen Diffamierungen oder Fake News verlassen werden. Leider erleben wir das derzeit viel zu oft. Wer mit vermeintlich leichten Antworten vereinfacht, schafft Risse im Haus der Demokratie. Gemeinsam müssen wir dafür Sorge tragen, dass aus solchen Rissen keine Spalten werden.

Freiheit und Demokratie sind keine Selbstverständlichkeit. Sie müssen jeden Tag aufs Neue erstritten werden, im Parlament wie am Kaffeetisch.

Katrin Göring-Eckardt MdB ist Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages

Gewalt in der Sprache ist abzulehnen

Respektvolles Streiten

DIRK WIESE

An vielen Stellen erlebe ich, dass Respekt im täglichen Miteinander zu schwinden scheint. Die Zündschnur wird oftmals kürzer, die Konflikte mehren sich. Dabei gehört der respektvolle Streit in der Sache zum elementaren Bestandteil unserer Demokratie. Das ist auch gut so! Eine Demokratie lebt vom produktiven Streit. Debattieren, verschiedene Meinungen haben, der Austausch von Argumenten und das Zuhören sind im Stadtrat, im Kreistag, in den Landtagen und im Deutschen Bundestag Alltag. Übrigens: Unrecht haben und sich von den Argumenten des anderen überzeugen lassen gehört ebenfalls dazu. Helmut Schmidt hat es passend zusammengefasst, als er sagte: »Demokratie besteht aus Debatte und anschließender Entscheidung auf Grund der Debatte.«

Zu einer demokratischen Entscheidungsfindung gehört eine demokratische Streitkultur zwingend dazu. Eine Vielfalt an Sichtweisen ist gut und belebt die Debatte. Nur darf das respektvolle Miteinander dabei nicht verloren gehen.

Leider wächst die Polarisierung der politischen Meinungen in unserer Gesellschaft und mit ihr wachsen das Unverständnis und die Missachtung anderer Ansichten. Immer öfter gehen gute Streitkultur und Respekt in gesellschaftlichen Debatten verloren. Verrohte Sprache, Hass, Hetze und Shitstorms sind heute online schneller verbreitet. Gewaltvolle Sprache wird so zum Nährboden für gewaltvolle Handlungen.

Die Aushebelung unserer politischen Streitkultur passiert dabei auf leisen, aber stetig größer werdenden Schritten: mal eine Relativierung der Geschichte, dann eine Herabsetzung von Personen mit anderen Meinungen, gefolgt von verächtlichen Kommentaren über unser politisches System bis hin zur Beleidigung von allem, was nicht ins eigene Weltbild passt. Mich bestürzt diese Abkehr von einer respektvollen Debatten- und Streitkultur hin zu Spaltung und Hass. Wenn dies auch noch mit wachsender Häufigkeit im Plenum des Deutschen Bundestages passiert, hat das erschreckende Symbolkraft. Man merkt dies bei Redebeiträgen der AfD im Deutschen Bundestag: Sie beteiligt sich dort nicht an der Debatte, sondern redet für ihre sogenannte Community im Internet, denen sie ihre Reden in kurzen Ausschnitten präsentiert und damit weiter polarisiert.

Um unsere Streitkultur wieder auf den richtigen Kurs zu bringen, plädiere ich für mehr Pragmatismus in unseren Debatten. Jede und jeder von uns kann und sollte Gewalt in Sprache ablehnen. Die Sprache derjenigen, die versuchen unsere Gesellschaft zu spalten, kann nicht Fuß fassen, wenn wir sachlich und unaufgeregt über Themen sprechen, anstatt uns von populistischen Argumentationen einnehmen zu lassen.

Unsere Zivilgesellschaft ist stark und ihre demokratische Mehrheit darf nicht für eine Hass schürende Minderheit weichen. Die Sichtbarkeit gehört der Demokratie und nicht ihren Feinden. Das Gleiche gilt für unsere Streitkultur zwischen denjenigen, die sich klar zu unserer Verfassung bekennen. Wie hat es einst ein langjähriges Stadtratsmitglied bei mir im Sauerland treffend auf den Punkt gebracht, als er mir auf den Weg mit gab: Man kann und muss hart in der Sache streiten, aber am Ende des Tages muss man immer noch ein Bier miteinander an der Theke trinken können.

Dirk Wiese MdB ist stellvertretender Fraktionsvorsitzender der SPD

Kultur der Friedlichkeit?

Religion und Streit

JOHANN HINRICH CLAUSSEN

In der Kunst wie in der Religion kann es eigentlich keinen Streit geben. Was jemand für Musik spielt oder hört, was für Gebete dieser Mensch spricht oder stammelt, welche Bilder das Zuhause zieren, wie dort der Verstorbenen gedacht wird, welche frommen oder unfrommen Bücher hier gelesen werden und so weiter – die persönliche Religiosität also steht ebenso wie das eigene Kulturleben jenseits dessen, was als Konflikt den öffentlichen Raum von Zeit zu Zeit erhitzt. Es ist eine ureigene Angelegenheit der Menschen selbst, die von außen nicht zu beurteilen ist und nicht mit dem Bedürfnis verbunden ist, über andere zu urteilen. Man pflegt und genießt es für sich oder gemeinsam mit denen, die einem am nächsten sind. Das geschieht friedlich und alltäglich, weshalb man selten darüber etwas hört oder liest, obwohl es doch das religiös beziehungsweise kulturell Wesentliche ist. Der Streit ist demgegenüber die Ausnahme, ein Sonderfall der Entfremdung, der leider alle Aufmerksamkeit auf sich zieht.

Aber natürlich ist die Religionsgeschichte – ähnlich wie die Kunstgeschichte – von zum Teil heftigen Konflikten durchzogen. Der Hauptgrund dürfte jedoch nicht in einem Absolutheitsanspruch liegen. Denn es gibt auch so etwas wie naive Absolutheitsansprüche, die sich darin erfüllen, dass jemand eine bestimmte Religionsauffassung für sich selbst als gültig anerkennt, ohne dies mit irgendwelchen Dominanzfantasien gegenüber anderen zu verknüpfen. Ähnlich ist es mit Vorlieben in der Kunst, die von einem gewissen Intensitätsgrad an ebenfalls mit einem Gefühl von Absolutheit verbunden sind. Das eigentliche Problem liegt vielmehr in der Öffentlichkeit von Religion, und zwar dann, wenn diese von einem Willen zur Macht angetrieben ist. Dann geht es um mein und dein, richtig und falsch, oben und unten, Freund und Feind – mit den allseits bekannten fatalen Folgen.

Nun haben die Christentümer in Deutschland aufgrund vieler schrecklicher Konflikterfahrungen eine besondere Kultur der Friedlichkeit entwickelt. Das war nur möglich durch erhebliche Veränderungen im Grundsätzlichen und Institutionellen – und damit wiederum selbst Gegenstand einer langen und intensiven Streitgeschichte. Am Ende aber ist vieles ziemlich gut ausgegangen. Oder wie mir eine Antisemitismusforscherin einmal gesagt hat: Sie verstünde gar nicht, warum alle so auf der evangelischen Kirche herumhackten, sie habe sich doch sehr zum Positiven entwickelt. Ja, manchmal muss man sich, von ewigen Selbstzweifeln geplagt, so etwas Bestätigendes von einer Außenstehenden sagen lassen. Nach innen wie nach außen hat meine evangelische Kirche eine wertvolle Kultur des Dialogs begründet und eingeübt, die prinzipiell von Neugier auf und Achtung für andere bestimmt ist. Natürlich gibt es im Innenverhältnis auch Streitigkeiten – sie dürften bei sich zuspitzenden Verteilungsfragen noch zunehmen –, aber das ist normales institutionelles Geschäft und nicht zu vergleichen mit den theologischen Frontstellungen der Vergangenheit.

Auch in unserem Verhältnis nach außen, zu anderen Kirchen und Religionsgemeinschaften sowie zu Gesprächspartnern aus der Zivilgesellschaft ist alles auf Dialog gestimmt. Das ist, auch wenn es manchen so erscheinen mag, keine Selbstverständlichkeit, sondern eine epochale Errungenschaft. Natürlich finden Freunde der zugespitzten Auseinandersetzung das ein bisschen langweilig und mokieren sich über die allzu höflichen Protestanten. Es mag sein, dass wir in unseren Dialogen gelegentlich zu katzenpfötig um prekäre Themen herumschleichen. Dabei wäre es das Zeichen einer gefestigten Beziehung, wenn man sie präzise anspräche und sich dann streitig ausspräche, weil man sich nur so wirklich kennenlernen kann. Allerdings muss man dafür das Vertrauen zueinander entwickelt haben, dass die gemeinsame Beziehung dies aushält.

Bedenkenswerter aber erscheint mir ein anderer Einwand gegen die heutige Kultur des Religionsdialogs. Sie ist doch, bei Lichte betrachtet, eine ziemlich protestantische Angelegenheit und lebt von Voraussetzungen, die bei anderen entweder nicht gegeben oder für sie nicht so wichtig sind. Dass man über Religiöses vor allem nachdenken und diskutieren soll, ist ein protestantisches Credo, Teil einer Konfession der Dauerreflexion. Anderen genügt es vollauf, Religiöses zu machen und zu erleben. Deshalb ergeben sich manchmal in Religionsdialogen Asymmetrien zwischen den mehr oder weniger Gebildeten und Diskussionsgeübten. Dies verstärkt sich durch unterschiedliche finanzielle und institutionelle Ressourcen. So kann sich in den friedfertigsten Dialogen dann doch ein Machtgefälle bilden – zugunsten der evangelischen Kirche. Deshalb ist es notwendig, dass man sich von Zeit zu Zeit streitet, um das manchmal sehr unterschiedliche Erleben des Dialogischen sichtbar zu machen.

Doch beim Thema »Religion und Streitkultur« beunruhigt mich etwas ganz anderes, nämlich die Paradoxie, dass von den deutschen Christentümern selbst wenig Streitigkeiten ausgehen, in der Öffentlichkeit aber regelmäßig sehr heftig über »das« Christentum gestritten wird, ohne dass jedoch Christenmenschen daran beteiligt würden. Das ist für mich das eigentliche Problem: diese heftigen Debatten über das Christentum ohne das Christentum. An drei Beispielen möchte ich das verdeutlichen.

Vor ein paar Jahren veröffentlichte die Landtagsfraktion der AfD in Thüringen ein Anti-Kirchenpapier, in dem ich die Ehre hatte, als besonders grün-versifftes Subjekt angegriffen zu werden. Es zeigte beispielhaft, warum die scharfe Kritik an der (evangelischen) Kirche für Rechtspopulisten und -extremisten so wichtig ist: Indem sie christliche Humanität und kirchliches Engagement für Schwache angreifen, wollen sie den Kern von Menschlichkeit überhaupt treffen. Wie es meine Art ist, habe ich der thüringischen AfD-Fraktion geschrieben und einen Dialog angeboten, aber natürlich keine Antwort erhalten. So sind sie halt: Laut beklagen sie, dass niemand mit ihnen sprechen und zusammenarbeiten möchte, aber eigentlich wollen und können sie das gar nicht. Das wird bei den aktuellen »Brandmauer«-Debatten oft übersehen: Die eigentliche Brandmauer ist die AfD selbst. Radikale Totalopposition, enthemmte Streitlust ohne Kompromissfähigkeit – das ist ihr Geschäftsmodell. Deshalb hetzt sie gegen das Christliche, ohne mit Christen zu sprechen.

Anders, aber auch signifikant ist das, was ich als Christentumskritik von wokeaktivistischer Seite wahrnehme. Dort hat sich die Redeweise von den »wc-Deutschen« eingebürgert, eine abfällige Charakterisierung derer, die weiß, christlich und deutscher Herkunft sind. Dass man beim Lesen an Wasserklosett denkt, dürfte beabsichtigt sein. Dies verbindet sich gelegentlich mit einer Religionskritik des Patriarchalismus, die diesen auf die Bibel zurückführt. So hat die von mir ansonsten sehr geschätzte Sängerin Anohni kürzlich erklärt, dass die »abrahamitische Theologie« die Wurzel aller Übel sei und uns bis heute in Gender-Ungerechtigkeit und sexueller Entfremdung gefangen halte. Nicht selten kommen bei solchen Äußerungen – wahrscheinlich unbewusst – antijüdische Stereotype zum Einsatz, wie der vermeintlich grausame Männergott des Alten Testaments. Vor allem aber wird hier in großer Eindeutigkeit »das« Christentum verdammt, ohne dass man je mit einer z. B. feministischen Protestantin oder einem Mitglied einer afrikanischen Kirche gesprochen hätte. Das hätte bloß das Feindbild – weißer, deutscher Christenmann – ins Wanken gebracht. Dass die heutigen Christentümer mehrheitlich weiblich und im globalen Süden beheimatet sind, möchte man lieber nicht zu genau wissen. So geht manchen in der aktivistischen Szene nicht auf, dass die eigene Hermeneutik strukturell rassistisch ist, weil sie unter umgekehrten Vorzeichen die Behauptung christlicher Nationalisten aus den USA – christlich gleich weiß – wiederholt.

Das eigentliche Problem liegt vielmehr in der Öffentlichkeit von Religion, und zwar dann, wenn diese von einem Willen zur Macht angetrieben ist. Dann geht es um mein und dein, richtig und falsch, oben und unten, Freund und Feind – mit den allseits bekannten fatalen Folgen

Zum Schluss ein Wort zum Berliner Humboldt-Schloss. Denn hier wurde der lauteste und unsinnigste Streit über das Christentum ohne das Christentum der jüngeren Vergangenheit abgefeiert. Erst ließen die Verantwortlichen (wer ist das genau?) eine Kuppel bauen, ihr dann ein Kreuz aufsetzen und sie schließlich mit einer biblischen Inschrift versehen, ohne dass dies mehr als ein historisches Zitat gewesen wäre. Anschließend wurde sich groß erregt, von links wie rechts draufgehauen, dass es eine Art hatte. Als Theologe stand man ratlos daneben. Dann wurde von anderen Verantwortlichen angekündigt, diese angeblichen Dominanzgesten »des« Christentums rückgängig machen zu wollen, woraus nur das Aufstellen von zwei Erklärtafeln auf dem Dach des Humboldt-Schlosses wurde. Auch hieran war niemand aus Kirche oder Theologie beteiligt. Dass man hier ebenfalls so leidenschaftlich über das Christentum ohne das Christentum streitet, ist das nun ein Ausdruck von Arroganz oder Ignoranz? Oder liegt es eher – das ist meine Vermutung – an dem in Berlin verbreiteten Aberglauben, dass man schon bei der zartesten Berührung mit leibhaftigem Christentum Gefahr läuft, sofort tot umzufallen? Im Humboldt-Schloss habe ich wiederholt gehört, dass man nicht mehr bloß über andere Kulturen sprechen wolle, sondern immer auch mit ihnen. Im Fall der Christentümer scheint das nicht zu gelten. Mit keiner anderen Religionsgemeinschaft oder Betroffenengruppe wäre man so umgegangen. Übrig bleiben also die beiden Tafeln mit einem Text, dessen Widersinnigkeit der Theologe Richard Schröder – als Vorsitzender des Fördervereins Berliner Schloss nicht ohne eigene Interessen – in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung auseinandergenommen hat. Man hatte es ihm allerdings leicht gemacht. Für eine Kultureinrichtung ist dieser Fall von Streit-Unkultur peinlich und für die evangelische Kirche ärgerlich. Denn ständig wurden wir von links oder rechts erregt angegangen und auf ein Verständnis von Christentum festgelegt, mit dem wir nichts tun haben. Deshalb wäre mein Wunsch für eine zukünftige Streitkultur in Sachen Religion: Lassen Sie uns miteinander streiten!

FOTO: PICTURE ALLIANCE / NURPHOTO | MARKUS HEINE

Kohlestopp & Klimaschutz: Im Mai 2016 besetzen Aktivistinnen und Aktivisten den Tagebau Welzow-Süd in der Lausitz

Johann Hinrich Claussen ist Kulturbeauftragter der Evangelischen Kirche in Deutschland

Allparteilich und unbeteiligt

Der Mediator Jörn Valldorf im Gespräch

Mediation ist ein strukturiertes Verfahren, um Konflikte und Streitigkeiten gut miteinander zu klären, wenn Konfliktparteien dazu nicht mehr ohne Hilfe in der Lage sind. Der Mediator Jörn Valldorf gibt im Gespräch mit Theresa Brüheim Einblicke, wie dies funktionieren kann, welche Methoden angewandt werden und auch welche Herausforderungen bestehen.

FOTO: PICTURE ALLIANCE/DPA | ANNETTE RIEDL

Kleben für das Klima: Ziviler Ungehorsam gegen die Öffnung der Berliner Friedrichstraße für den Autoverkehr

Theresa Brüheim: Welche Rolle spielt Mediation im Streitfall bzw. kann sie spielen?
Jörn Valldorf: Das hängt sehr stark vom Streitfall ab. Eine Mediation kann dabei helfen, einen Konflikt zu klären, da der Mediator nicht an diesem beteiligt ist. Wir als Mediatorinnen und Mediatoren sind allparteilich. Wir haben keine aktive Rolle im Konflikt und begleiten die Parteien beim Finden einer Lösung, sind aber nicht Teil der Lösung.

Wie sieht dieser Begleitprozess aus?
Die Medianten kommen zu einem Mediator bzw. zu einer Mediatorin. Dann folgen fünf Phasen, die die Mediation durchläuft. Das passiert aber nicht alles in 90 Minuten. Es ist völlig abhängig von der Schwere des Konfliktes, von der Zerrüttung der beiden Parteien. Das können z. B. bei einer Scheidung schon mal zehn Sitzungen sein, je nachdem, was es zu klären gilt. Konflikte zwischen Arbeitskolleginnen und -kollegen sind dann vielleicht nach drei oder fünf Sitzungen geklärt. Das ist immer sehr individuell. Ein Mediator sollte sich irgendwann überflüssig machen. Einen so langen Prozess, wie wir es aus einer Therapie kennen, leistet Mediation nicht. Mediation befasst sich mit einem konkreten Konflikt. Wir sind keine Psychotherapeuten. Wir gehen nicht in die Tiefe. Ich vergleiche das gern mit einem Eisberg: Oben guckt die Spitze raus, dann nehme ich als Mediator bildlich gesprochen eine Tauchermaske und einen Schnorchel und gucke ein bisschen unter die Wasseroberfläche. Was brodelt da, was kommt hoch, was muss besprochen werden, damit eine gute Verständigung erreicht werden kann? Ein Therapeut oder ein Psychiater würden sich den Taucheranzug anziehen, die Sauerstoffflasche auf den Rücken schnallen und ganz tief runtertauchen und gucken, was da los ist.

Sie sprachen von den fünf Phasen der Mediation. Welche sind das?
Die erste Phase dient dem Ankommen. Es wird erklärt, was Mediation ist, wie der Prozess abläuft und was zu erwarten ist. Dann geht man in die zweite Phase: Hier geht es darum, die Themen herauszuarbeiten. Über was müssen wir miteinander sprechen, damit wir uns wieder besser verstehen? In der dritten Phase geht es in die Konfliktklärung. Da passiert der Perspektivwechsel, das Herzstück der Mediation. Das heißt, ich verstehe, warum mein Gegenüber so gehandelt hat, und er oder sie versteht, was mich bewogen hat, so zu handeln. Und wir kommen in der vierten Phase zur Lösungsfindung, um dann in der fünften Phase, im besten Fall, eine verbindliche Vereinbarung zu treffen, die regelt, wie wir in Zukunft miteinander umgehen, wie wir dieses Problem lösen wollen. Je nach Themen pendelt das zwischen der zweiten, dritten, vierten Phase immer hin und her. Ich persönlich frage die Mediantinnen und Medianten nach der zweiten Phase, wenn die Themen über die gesprochen werden sollen, klar sind: »Worüber wollen Sie zuerst sprechen? Dann kommen wir in die dritte Phase, in die vierte. Und dann fangen wir beim nächsten Thema natürlich wieder in der dritten Phase an. Bis wir eine Klärung aller strittigen Themen erreicht haben.

Wie kann man Mediatorin bzw. Mediator werden? Wie erfolgt die Ausbildung?
Zuerst sucht man ein Ausbildungsinstitut. Es gibt allerdings unterschiedliche Standards. Beim Bundesverband Mediation haben wir höhere Standards für Mediation, als das Gesetz vorschreibt. Unsere lizenzierten Ausbilderinnen und Ausbilder BM bieten modulare Ausbildungen an, die bei 230 Stunden inkl. Supervision enden. Zum Abschluss bearbeitet man selbstständig einen Praxisfall, lässt diesen supervidieren und hat dann auf jeden Fall die Bedingungen des Mediationsgesetzes erreicht, um sich zertifizierte Mediatorin bzw. Mediator nennen zu können. Die Ausbildung umfasst in der Regel sieben bis acht Wochenenden und eine Intensivwoche. Das machen die Institute aber ganz unterschiedlich. Wichtig ist am Ende die Summe der Stunden. Es ist keine formale Vorqualifikation für die Ausbildung nötig. Viele Mediationsinstitute bieten Infoabende an, bei denen man das Institut und die Ausbilder kennenlernen kann.

Das Alter der Auszubildenden reicht meist von Ende 20 bis Mitte 50. Die Menschen kommen aus unterschiedlichen beruflichen Hintergründen. Niemand, der diese Ausbildung macht, muss hinterher als Mediatorin bzw. Mediator arbeiten. Manche sehen das als persönlichen Entwicklungsprozess, um sich selbst besser kennenzulernen und über Konflikte, den Umgang und die Bewältigung zu lernen. Es gibt auch Menschen, die das beruflich nutzen, aber nicht direkt als Mediator arbeiten, sondern z. B. in einer Gewerkschaft, in einer Kanzlei oder in großen Personalabteilungen, wo sie immer wieder mit Konflikten zu tun haben.

Sie sprechen von zertifizierten Mediatorinnen und Mediatoren. Inwieweit ist Mediator ein geschützter Begriff, bzw. ist es besonders wichtig, die Zertifizierung zu betonen? Ich denke dabei auch an die Bezeichnung »Coach«, die ja eben nicht geschützt ist. Jede und jeder kann sich so nennen – auch ohne eine einschlägige Ausbildung absolviert zu haben.
Auch der Begriff Mediator ist nicht geschützt. Aber es gibt das Mediationsgesetz und die Zertifizierte-Mediatoren-Ausbildungsverordnung. Man kann sich zertifizierte Mediatorin bzw. zertifizierter Mediator nennen, wenn man die Ausbildung, die ab 2024 mindestens 130 Stunden umfassen muss, absolviert hat und die anderen Bedingungen der Ausbildungsverordnung erfüllt. Die drei großen deutschen Mediationsverbände haben höhere Standards mit mindestens 230 Stunden Ausbildung. Nach erfolgreicher Prüfung der Unterlagen können Sie sich dann Mediator BM (Bundesverband Mediation), Mediator BAFM (Bundesarbeitsgemeinschaft für Familienmediation) oder Mediator BMWA (Bundesarbeitsgemeinschaft für Wirtschaftsmediatoren) nennen. Zusätzlich muss man regelmäßig eine gewisse Zahl an Fortbildungsstunden nachweisen, um in der Qualität up to date zu bleiben.

Sie hatten zu Beginn Mediationen in Scheidungsfällen und im Arbeitsumfeld erwähnt. Welche sind die häufigsten Mediationsfälle, in denen Sie persönlich tätig werden?
Wir haben ganz unterschiedliche Arbeitsfelder für Mediatorinnen und Mediatoren. Das reicht auf höchster Ebene bis zu internationalen Friedensverhandlungen. Ich persönlich arbeite meistens mit zwei Gruppen. Zum einen sind es familiäre Konflikte wie Scheidungen oder Beziehungskonflikte familiärer Art. Das können Geschwister sein, die sich nicht einig werden, wie man mit den pflegebedürftigen Eltern umgeht, oder nach dem Todesfall der Eltern auch Erbstreitigkeiten. Zum anderen bearbeite ich Konflikte am Arbeitsplatz. Das hat aus meiner Sicht seit der Pandemie zugenommen. Ich habe viele Mandanten, die aufgrund von Verständigungsproblemen in Arbeitskontexten bei mir sind.

Können Sie Gründe dafür ausmachen, wieso die Konflikte am Arbeitsplatz zugenommen haben?
Wir leben in Zeiten, die für alle sehr belastend sind. Wir kommen aus einer Pandemie, die wir in diesem Ausmaß noch nicht erlebt haben. Dann haben wir den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine, was für viele Menschen mit Sorgen, Ängsten und Belastungen einhergeht. Wir haben die Inflation. Zudem hat jede und jeder von uns noch eigene Themen, die belasten. Das schleppe ich alles mit an meinen Arbeitsplatz.

Auch habe ich das Gefühl, dass Arbeitgeber unterschätzt haben, dass nicht alles so weiterläuft wie früher. Das tut es eben nicht. Da ist ganz viel bei den Menschen passiert. Teilweise haben sich Verhaltensmuster im Homeoffice manifestiert, die zu Hause wunderbar funktionieren, aber nicht, wenn ich mir ein Großraumbüro mit sechs Personen teile.

Steht am Ende einer Mediation eigentlich immer ein gelöster Streit?
Es gibt eine Klärung. Durch die Arbeit als Mediator habe ich ein anderes Verständnis bekommen für das, was wir landläufig ein Happy End nennen. Dieses märchenhafte »Und sie lebten glücklich und zufrieden« – nein. Ein Happy End kann auch eine Trennung sein – sei es bei einem Ehepaar oder eine Trennung im Beruflichen. Es ist okay zu sagen, wir passen nicht mehr zueinander, wir trennen uns und vereinbaren, wie wir diese Trennung gut miteinander vollziehen und einen Schlusspunkt setzen, sodass keiner mit einem allzu schlechten Gefühl rausgeht. Auch eine klare Trennung – gut begleitet – ist ein guter Ausgang einer Mediation. Wir als Mediatorinnen und Mediatoren stehen für Wahrheit und Klarheit. Und das tut meistens erst mal weh. Aber es hilft mehr als irgendwelche ungeklärten Schwebezustände.

Streit ist negativ konnotiert und hat vornehmlich ein schlechtes Image. Wie kann Streit auch konstruktiv sein?
Auf die Frage möchte ich zwei Antworten geben. Die eine ist, wir alle sind in einer Kultur aufgewachsen, in der Streit sehr, sehr negativ belegt ist. Haben Sie zu Hause oder in der Schule gut streiten gelernt?

Eher nein.
Damit ist schon eines gesagt: Streit, oh mein Gott. Ja? Hinzu kommt, dass Streit für ganz viele Menschen ein ganz, ganz dehnbarer Begriff ist. Es kann schon als Streit empfunden werden, wenn man nach einem Kinofilm zu heftig diskutiert. Dann gibt es das andere Extrem, es fliegen die Kaffeetassen durchs Büro. Streit hat ein schlechtes Image, weil – das ist meine These – wir, zumindest die meisten von uns, nicht gelernt haben, gut zu streiten.

Ich sage immer, ein Streit ist wie ein Gewitter, es reinigt die Luft und die Atmosphäre. Wenn ich jetzt in einem Streit mit Vorwürfen, Beleidigungen, Angriffen auf Sie losgehen würde, dann ist das natürlich »ein schlechter Streit«. Wenn ich es aber schaffe, Ihnen mit Ich-Botschaften – Stichwort: gewaltfreie Kommunikation – klar zu sagen: »Wenn du so reagierst, löst du das bei mir aus«, dann sende ich erst mal Ich-Botschaften. Das Problem ist, wenn Sie nicht gelernt haben, auf solche Ich-Botschaften zu hören, empfinden Sie das natürlich auch erst mal als Angriff. Aber das wäre eine bessere Form zu streiten. Indem ich sage, was ich in einer Situation brauche oder ich mir anders gewünscht hätte. Dann kann man gucken, wie man einander entgegenkommt oder zu einer Einigung findet. Aber so, wie wir Streit oft auch in Filmen, in Serien inszeniert sehen, ist es nicht wirklich hilfreich, um miteinander wieder gut in Kontakt und in Verbindung zu kommen.

Lassen Sie uns noch über den Bundesverband Mediation sprechen, für den Sie tätig sind. Welche Aufgaben übernimmt dieser, und welche Bedeutung kommt ihm zu?
Der Bundesverband Mediation ist der größte Mediationsverband im deutschsprachigen Raum. Wir haben über 3.000 Mitglieder und zwei große Ziele. Das eine ist, Mediation als Methode der Verständigung in Konflikten zu etablieren. Wir machen darauf aufmerksam, dass es dieses Verfahren gibt, dass man es nutzen kann und es sehr hilfreich ist. Und wir kümmern uns um die Aus- und Weiterbildung, setzen wichtige Standards und organisieren Kongresse und interne Fortbildungen, damit unsere Mitglieder auf der Höhe der Zeit sind, was die Methoden, Verfahren, Diskussionsstände angeht. Gerade hatten wir eine große Schulung zum Thema Marketing für Mediatoren, um startende Kolleginnen und Kollegen dabei zu unterstützen, sich auf dem Markt zu etablieren. Außerdem bieten wir eine Suchfunktion nach Mediatorinnen und Mediatoren auf unserer Homepage.

Wie ist die Wahrnehmung in unserer Gesellschaft gegenüber dem Verfahren Mediation?
Es gibt eine schöne Anekdote von früher: Ein Kollege wurde für eine Mediation angefragt, und beim Termin standen in einem Unternehmen alle mit Yogamatte und Sportanzügen da. Diese Zeiten sind lange vorbei. Mittlerweile ist Mediation ein anerkanntes und etabliertes Verfahren. Dafür wurde auf vielen Ebenen viel getan. Am 18. Juni ist Tag der Mediation. Da machen unsere Mitglieder, Regional- und Fachgruppen Aktionen, um auf das Verfahren aufmerksam zu machen. Gerichte empfehlen immer mehr Mediationen. Es gibt viele unterschiedliche Felder, wo Mediation eingesetzt wird. Das Problem ist aber, dass Mediation ein sehr geschütztes und vertrauensvolles Verfahren ist, das hinter verschlossenen Türen stattfindet. Das heißt, wir können in der Regel nicht darüber sprechen, wo Mediationen stattgefunden haben und wie erfolgreich sie verlaufen sind.

Vielen Dank.

Jörn Valldorf ist Chefredakteur des Spektrums der Mediation und Referent für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit des Bundesverbandes Mediation, Mediator und Coach. Theresa Brüheim ist Chefin vom Dienst von Politik & Kultur

Das »Denn« der »Kunstrichter«

Zur Lage der Kritik im deutschen Feuilleton

JÜRGEN KAUBE

FOTO: DEUTSCHER KULTURRAT

Für einen gerechten Welthandel! Der Deutsche Kulturrat auf der Berliner Großdemo gegen CETA & TTIP im Jahr 2015

Rezensionen sind meist eine einseitige Sache. Die Künstler schaffen Werke, die Kritik schreibt auf, was sie davon hält, und das wird öffentlich gemacht. Meistens ist damit die Kommunikation schon zu Ende. In seltenen Fällen beschwert sich der Künstler, redet abfällig über Kritik oder wird handgreiflich. Dass der Maler Neo Rauch mit einem Gemälde auf die Vermutung eines Kritikers reagierte, er tendiere nach rechts, ist einer dieser seltenen Fälle. Überhaupt reagieren die Künstler allenfalls nachdrücklich, wenn die Rezensenten den Daumen senken. Lob hängt vielleicht an Schwarzen Brettern im Theater oder steht in den Klappentexten, wird aber nur sehr selten kommentiert. Am ehesten sind es dabei noch Schriftsteller, die auf Kritik ausführlich reagieren und sich zu Wort melden, wenn sie sich getroffen oder verwundet fühlen.

Das alles ist nicht schlimm, die Künstler müssen sich gar nicht adressiert fühlen. Denn Rezensionen wenden sich nicht primär an sie, sondern an das Publikum. Sie entstanden in Zeiten eines unüberschaubar gewordenen Bücher-, Musik- und Kunstmarktes, um Hinweise darauf zu geben, womit das Publikum seine Zeit verbringen sollte. Pathetischer und mit dem romantischen Kritikbegriff gesagt: Die Kritik entbindet die Reflexion im Kunstwerk, holt aus ihm etwas heraus, das zu ihm gehört, ohne dass es vom Werk selbst explizit gesagt würde. Insbesondere dann, wenn die Kunst nicht länger einer Regelpoetik folgt und Originalität verspricht, wird das durch eine Kritik ergänzt, die am einzelnen Werk zu prüfen versucht, ob es schlüssig, interessant, witzig oder ergreifend ist. All das will Kunst sein, und ob sie es ist oder nicht, bedarf der Begründung. Lessing hat deshalb geschrieben, der Kritiker – er spricht sogar von »Kunstrichter« – füge dem Geschmacksurteil (und der Inhaltsangabe) sein »denn« hinzu.

Rezensionen argumentieren also. Idealerweise sind sie nachdenklich, was auf einen gewissen Zeitbedarf für sie hindeutet. Nachtkritik im Sinne des sofortigen Reagierens auf ein Stück begegnet hier einem Problem. Keinem unlösbaren, aber da Bühnenwerke, wie auch Romane und Gedichte, nicht zeitkritisch sind, man also zumeist nichts verpasst, wenn man die Rezension erst einen Tag später erhält, und niemand zitternd darauf wartet, dringend Nachricht aus den Kammerspielen zu erhalten, ist der Gewinn des sofortigen Besprechens nicht leicht zu sehen. Das heißt nicht umgekehrt, dass längeres Nachdenken stets zu einem Argument führt.

In den Zeitungen ist der Anteil der Rezensionen seit Längerem rückläufig. Die Gründe sind vielfältig: geringere Seitenumfänge, weniger Anzeigen für Buchbeilagen, die Zunahme anderer Themen im Feuilleton, die verblassende Bedeutung mancher Künste, das Desinteresse von Chefredakteuren. Soeben hat Herr Gniffke von der ARD vorgeschlagen, jede Neuerscheinung deutschlandweit im öffentlich-rechtlichen Rundfunk nur noch einmal zu besprechen. Warum es denn mehr als eine geben solle? Intendanten, die an einer solchen Denksportaufgabe scheitern, sind ein Unglück für die Kultur, die sie als Untersparte der Unterhaltung missverstehen. Wir müssen leider den Plural verwenden, denn die Attacken des Hessischen wie des Bayrischen Rundfunks auf ihre rezensorischen Abteilungen sind aktenkundig.

Der Eindruck, dass früher mehr kritisches Lametta war, mag auch daher rühren, dass die programmatische Dimension der Kritik derzeit wenig ausgebildet ist

Mitunter wird auch der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vorgehalten, früher sei dort deutlich mehr besprochen worden. Das ist richtig, führt aber zur Rückfrage, ob »früher« das Maß der Dinge ist. Sind denn in den vergangenen Jahren irgendwelche Werke von Belang nicht besprochen worden? Von Montag bis Samstag werden täglich mindestens drei bis vier Bücher rezensiert, was im Jahr um die eintausend Rezensionen macht. Ein Mengenproblem gibt es also nicht, über alles andere, die Schwerpunkte der Auswahl, die Streubreite – Lyrik, kleine Verlage, fremdsprachige Ersterscheinungen, wissenschaftliche Disziplinen – sowie die Argumente kann man reden. Aber das wäre keine neue Diskussion, denn auch in den fabulösen 1960er oder 1990er Jahren war das alles umstritten.

Der Eindruck, dass früher mehr kritisches Lametta war, mag auch daher rühren, dass die programmatische Dimension der Kritik derzeit wenig ausgebildet ist. Oft wird Rezensenten vorgeworfen, sie hätten sich als »Gatekeeper« des öffentlichen Diskurses aufgespielt oder seien es sogar gewesen. Mit dieser Rolle ging traditionell eine hohe Selektivität einher. Bestimmte Schreibweisen, Bühnenauffassungen, Malstile oder Musikrichtungen wurden präferiert, andere stark abgelehnt. Wenn es gut ging mit Lessings »denn« und aufgrund von argumentativ ausgewiesenen Prinzipien. Rezensenten wie Karl Heinz Bohrer, Edwin Denby, Jean Paulhan, Benjamin Henrichs und Dieter Bartetzko waren über ihre einzelnen Texte hinweg nicht nur stilistisch identifizierbar.

Es ging ihnen um die Sache der Kunst. Heute ist es schwieriger zu bestimmen, worum es sich bei dieser Sache handelt. Wir leben in einer Zeit herabgesetzter Maßstäbe dafür, welche Rolle die Werke in unserem Leben spielen sollen. Das macht die Aufgabe der Kritik schwieriger. Umso wichtiger ist es, ihr den Raum dafür zu erhalten, diese Aufgabe zu erfüllen. Alles andere wäre Pessimismus, eine der dümmsten Einstellungen zur Kunst.

Jürgen Kaube ist Herausgeber der F.A.Z.

Dokumentarische Interventionen

Streit der Perspektiven auf das Geschehene im Dokumentarfilm »The Look of Silence«

LEEF HANSEN

Bei aller Unterhaltung und ästhetisch-sinnlichem Vergnügen angesichts von Praktiken des Streitens in den Medien zeigen Formen des dokumentarischen Kinos auch die Produktivität des Streitens hinsichtlich ernsterer Themenbereiche. Hier können speziell »Dokumentarische Interventionen« zur Sichtbarkeit von Konflikten sowie damit verbundenen Widersprüchen samt ihrer Deutung führen, um die Strukturen von Streit und damit in Verbindung stehenden Konstellationen von Macht und Machtlosigkeit zu konturieren.

Welches Potenzial dem dokumentarischen Kino als Ort für Interventionen innewohnt, beweist exemplarisch der Dokumentarfilm »The Look of Silence« (2014) von Joshua Oppenheimer auf eindrückliche Weise, indem er Streitgespräche zwischen Tätern und Opfern des Genozids in Indonesien von 1965/66 inszeniert.

Durch die filmische Arbeit Oppenheimers mit den Verantwortlichen des Genozids erfährt eine Familie, unter welchen Umständen ihr Sohn Ramli getötet wurde und wer seine Mörder waren. Der jüngste Bruder des Ermordeten – der Optiker Adi Rukun – beschließt daraufhin, das kollektive Schweigen zu (durch)brechen. Hierbei überwindet er zusammen mit Regisseur Oppenheimer die Angst vor den Konsequenzen und konfrontiert die Männer, die seinen Bruder umgebracht haben, vor der Kamera.

»The Look of Silence« überschreitet hierbei die Grenzen des dokumentarischen Kinos. Innerhalb derer war es bisher nicht denkbar, dass die Opferseite eines Genozids die Täter mit der gemeinsamen Vergangenheit im Rahmen von Streitgesprächen konfrontiert, während letztere noch Machtpositionen in der Gesellschaft innehaben.

Die Konfrontation der Täter- und Opferperspektive in »The Look of Silence« in Form von inszenierten Streitgesprächen ist deshalb so eindrucksvoll, da sie filmisch – über die Inszenierung der Perspektiven – eine interessante (Wechsel-)Beziehung der Modi von aktiv und passiv in Bezug auf die Deutung der Täter- und Opferrollen vorschlägt. Innerhalb des Films wird das klassische Beziehungsgeflecht aus aktivem Täter und passivem Opfer aufgebrochen.

Über die Montage der Gesprächssituationen verwischen die Grenzen von Täter und Opfer. Es geht innerhalb des Filmes um die Gleichzeitigkeit von aktiven und passiven Momenten, in denen die Rezipienten der Streitgespräche phasenweise nicht genau sagen können, wer jetzt eigentlich »sieht« und wer »gesehen wird« bzw. wer jemandem »etwas tut« und wem »etwas angetan« wird.

Im dokumentarischen Kino à la Oppenheimer wird durch eine Methode der Dekonstruktion klassischer Täter- und Opferrollen die Beobachtbarkeit von Streit und damit verbundenen asynchronen Machtstrukturen in Form einer Perspektive nachvollziehbar, die sich mit der Idee des »Medio-Performativen« beschreiben lässt: Täter und Opfer treten innerhalb des Filmes auf eine Weise miteinander in Beziehung, die weder das aktive Zugreifen einer Täterhaltung beschreibt, noch die passive Haltung des Opfers wiedergibt. Der Film stellt die Wirklichkeit(en), auf die er im Rahmen der Streitgespräche verweist, erst her und macht sie dadurch beobachtbar. Der Streit zwischen Täter und Opfer wird erst im und durch die filmische Intervention hervorgebracht. Er stellt bezüglich seiner Produktion sowie seiner sinnlichen Wahrnehmung eine Instanz zwischen dem aktiven Aneignen von Vergangenheit und ihrem passiven Erdulden dar und (er)schafft durch diese Haltung eine komplementäre Wirklichkeit in Bezug auf die Lesart dessen, was in der Vergangenheit passiert ist und was in der Gegenwart – zumindest im Medium des interventionistischen Dokumentarfilms – möglich ist.

Durch die filmische Inszenierung eines derartigen Perspektivwechsels auf die Geschichte ermöglicht es das dokumentarische Kino als »Resonanzraum«, mit den drastischen Konsequenzen dieses speziellen Streitfalls auf eine differenzierte Art in Beziehung zu treten und die Konfliktkonstellationen in Form von Anschlusskommunikation zu thematisieren. Im Falle von »The Look of Silence« führte die intensive Zirkulation und Kritik des Filmes innerhalb und außerhalb von Indonesien sogar dazu, die Perspektive auf die Geschichte zu verändern.

Leef Hansen ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Medien- und Kommunikationswissenschaft an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg sowie Filmregisseur und Fotograf

Wenn zwei sich streiten, freut sich der Dritte?!

Streit als Medienspektakel und die Positionierung des Publikums

LEEF HANSEN & FRANZISKA HELLER

Wenn zwei sich streiten, freut sich der Dritte.« Das Sprichwort beschreibt sehr passend das Verhältnis zwischen Medien und Praktiken des Streitens: Anderen beim Streiten zuzuschauen, darüber zu lachen, es zu kommentieren und zu teilen – das ist es, was audiovisuelle und digitale Medien ermöglichen. Wahrnehmbar wird dies über Screens – auf Deutsch verstanden als Bildschirme, wobei der englische Begriff auch die Kinoleinwand und das Handydisplay umfasst. Die unterschiedlichen Screens besitzen Wiedererkennungswert: ob das breite Widescreenformat, das seine Faszination im Kino entfaltet, oder das frühere 4:3-Bildschirmformat des Fernsehens (später mit den Maßen 16:9) oder das Hochkantformat des Smartphones.

FOTO: PICTURE ALLIANCE / DPA | MARIJAN MURAT

Streit um Stuttgart 21: Menschen protestieren im Schlossgarten gegen die Abholzung des Parks zugunsten des Bahnprojekts

Technisch-apparative (Massen-)Medien lassen uns an Streitsituationen teilnehmen, die nicht direkt vor uns stattfinden. Von jeher weisen audiovisuelle und damit auch digitale Medien eine große Affinität zum Voyeurismus auf. Dieser ist strukturiert durch die spezielle Rezeptionssituation des jeweiligen Screens: Als Zuschauerin und Zuschauer wird man nicht nur moralisch angesichts einer medialen Streitinszenierung positioniert, vielmehr wird man auch buchstäblich räumlich situiert: Im Kino erlebt man die Bilder auf einer übergroßen Leinwand in einem dunklen Raum, man ist fokussiert und taucht in die Bilderwelten ein. Der Fernseher hingegen steht meistens in nicht verdunkelten Alltagsräumen – wie etwa dem Wohnzimmer. Soziale Medien sind ähnliche Alltagsmedien, nur kann man die Screens von Smartphones überall nutzen, wobei man häufig selbst in Bewegung ist. Dadurch ergeben sich kürzere Aufmerksamkeitsspannen. Smartphones ermöglichen zudem, mit anderen direkt über das Gesehene zu kommunizieren.

In einer solchen Medienkultur wird Herabsetzung als ein Spektakel so ins Bild gesetzt, dass Aufmerksamkeit – als zentrale »Währung« – in dem überbordenden Medienangebot garantiert ist. Inszenierungsweisen der sozialen Medien stehen hierbei in engem geschichtlichem Verhältnis zu den anderen audiovisuellen Medien wie Film, Fernsehen oder Fotografie. Dies gilt insbesondere mit Blick auf Fragen der (Selbst-)Dokumentation und Vermittlung von vermeintlich authentischen Gefühlen. Hier lohnt sich ein pointierter Parcours durch die Mediengeschichte.

»Asoziales Verhalten! Hier sind gerade derartig Grenzen überschritten worden!« So kommentierte einst Moderatorin Britt in ihrer gleichnamigen Talkshow den handgreiflichen Ausraster einer Teilnehmerin. Auch wenn die Grenzüberschreitung vordergründig moralisch geächtet wird, so ist es doch genau diese, warum wir überhaupt das Format einschalten: Es ist ein hämischer, lustvoller Voyeurismus, der Streitsituationen auf dem Fernsehbildschirm von der sicheren Wohnzimmercouch aus so unterhaltsam macht. Dies kennzeichnet die Faszination der in den 1990er Jahren boomenden TV-Talkshows. Bei solchen Shows handelt es sich um eine ausgeklügelte »Industrialisierung der Kommunikation« (Plake 1999), bei der eine vermeintlich sozialmoralische Botschaft in eine Sensations- und Provokationsdramaturgie eingepasst wird. Hierbei findet eine komplexe räumlich-kommunikative Schichtung statt. Zum einen wird die Dialogsituation der Gäste in der Talkshow selbst in Szene gesetzt, zum anderen wird das Saalpublikum als emotionalisierendes Vehikel funktionalisiert: Das Saalpublikum reagiert auf die Gesprächssituation und ist gleichzeitig emotionaler Stellvertreter für die distanzierten Zuschauenden zu Hause. Strategisch werden die Bilder des lebhaften Saalpublikums immer wieder gezeigt. Die Moderation leitet dabei die moralische und affektive Bewertung. Zudem wird subtil visuelle Schaulust geschürt: Trotz offensichtlicher Bühnensituation der Auseinandersetzungen, stellt die Studiodekoration einen scheinbar intimen Innenraum als Gesprächsrahmen her. So entsteht der Eindruck, dass trotz der hochgradigen Inszenierung durch Dramaturgie, Schnitt und voyeuristische Kameraeinstellungen man »echten« konfliktbeladenen Gesprächen beiwohne.

Wie stereotypisiert tatsächlich die gestalterischen Muster sind, führt Komiker Hape Kerkeling als Kunstfigur Horst Brehm anschaulich vor Augen. Mit Trash-Sonnenbrille und Vokuhila-Frisur trat er in der realen Talkshow von Peter Imhof auf – zu dem erfundenen Thema »Ich bin der größte Kotzbrocken«. Kunstfigur Horst Brehm prahlte mit genau dieser Einschätzung seines Charakters direkt in die Kamera, noch bevor er das Studio betrat. Das Fernsehpublikum zu Hause adressierend, ergänzte er mit einem Augenzwinkern: »Das Publikum weiß natürlich Bescheid.« Damit benennt Kerkeling offen die voyeuristische Faszination des Publikums und entlarvt die Formel der generellen Gesprächssituation von Talkshows: Es geht darum, der Entfaltung des Kotzbrockens zuzuschauen.

Die große Leinwand im Kino bedient einen modifizierten Voyeurismus, trägt aber aufgrund ihrer Wirkmächtigkeit zur buchstäblich überlebensgroßen Ikonisierung von Gesten und Posen nachdrücklich bei. Das Genre des Slapsticks hat das körperlich-aggressive Unterhaltungsprinzip bereits im Namen: Slap-Stick – man erzeugt für ein Publikum komische Szenen, indem man sich mit Schlaghölzern traktiert. Ein ebenso beliebtes spielerisches Hilfsmittel der Erniedrigung ist die Torte, die dem Gegenüber ins Gesicht geschleudert wird. So haben die berühmten Stummfilmkomiker Stan Laurel und Oliver Hardy dies bereits 1927 in einer epischen Streitszenerie in allen Variationen durchgespielt. In »The Battle of the Century« entwickelt sich in einer unaufhaltsamen Eskalationslogik tatsächlich eine »Schlacht des Jahrhunderts«, wenn die Bewohner einer Stadt einen ganzen Straßenzug unter cremigen Torten begraben. In der ausgeklügelten Choreografie lässt sich ein ganzes Repertoire an Gesten der Wut, Empörung und Drohung beobachten, ohne dass es viele Worte braucht. Auch hier ist sich das Kino der voyeuristischen Häme der Zuschauenden bewusst: Stan und Oli sind bekannt für das Prinzip des Slow-Burn-Gags, bei dem die gestisch-mimische Reaktion auf eine Situation extrem verzögert erfolgt. Dies wird häufig kombiniert mit einem direkten Blick der Figuren in die Kamera, was eine affektive Verbindung mit den Filmzuschauenden herstellt.

Jeder Bildschirm gehorcht innerhalb seiner Mediensysteme eigenen Regeln der Aufmerksamkeitsökonomie und des Voyeurismus

Das Spiel mit den Emotionen des Publikums kann aber gerade auf der großen Leinwand auch in ernsten Registern wirkmächtig genutzt werden. Bei Sergio Leone eskaliert ein Konflikt zu einem tödlichen Duell aus Blicken und männlichen Dominanzposen. Durch das Zusammenspiel von Kamerabewegung, Einstellungsgrößen, Musik sowie zeitlich dehnender Montage entsteht in »Once Upon a Time in the West« eine ausgeklügelte filmische Komposition. Die Inszenierung der Gesichter und drohenden Körper(posen) steht in direkter Beziehung zu der überwältigenden Weite des amerikanischen Westens – besonders erlebbar im übergroßen Widescreenformat im Kino. Diese Ästhetisierung hat die Sequenz zu der ikonischen Darstellung eines Duells in der jüngeren Kulturgeschichte werden lassen.

Die digitale Bildkultur und deren Kommunikationsformen nehmen viele der angesprochenen emotionalisierenden Inszenierungsweisen und Posen auf. »Authentizität« und »Schaulust« haben im Zeichen der Aufmerksamkeitsökonomie von sozialen Netzwerken einen ganz zentralen (Waren-)Wert. So ist »Authentizität« das zentrale Versprechen von Influencern. Streitsituationen bergen hier ein großes Potenzial – besonders, wenn die eigene Position in einer Auseinandersetzung »in Szene« gesetzt werden kann. Beispielhaft ausgedrückt in einem Clip auf TikTok zu toxischen Freundschaften: »She's been getting toxic lately and I finally got something on camera.« In dem konkreten Fall wird die Aufzeichnung als dokumentarischer Beweis für die Ausfälle einer eifersüchtigen Freundin mit der Netzwerköffentlichkeit geteilt. Dabei wird das Streitgespräch mitgeschnitten, die Aufnehmende ist während des Gesprächs im Selfie-Modus selbst die ganze Zeit frontal im Bild zu sehen. Immer wieder schaut die Filmende zur Kamera, kommuniziert mimisch übertrieben ihre Entrüstung. Die Internetöffentlichkeit wird so zur Instanz, die die Schuldfrage affirmativ im Sinne der Postenden klären soll. Das inszenierte Selbstbild im Streit wird zum Spektakel, bei dem klassische Streitgesten und -mimiken zu dem Mittel werden, um die Währung »Aufmerksamkeit« zu generieren und moralische Bewertung als Anschlusskommunikation anzustacheln, womit letztendlich ganz im Sinne der Plattformökonomie gehandelt wird.

Ob Fernsehbildschirm, Kinoleinwand oder Handydisplay: Alle Screens eröffnen uns einen Blick in einen anderen Kommunikationsraum. Jeder Bildschirm gehorcht innerhalb seiner Mediensysteme eigenen Regeln der Aufmerksamkeitsökonomie und des Voyeurismus. Wenn man aber genau hinschaut, dokumentieren all die Streitszenen vor allem eines: den hohen Grad an Inszenierung und Stereotypisierung unserer heutigen Streitpraktiken durch die Medienkultur. Deshalb gilt es in besonderer Weise, genau und kritisch hinzuschauen, wie die Bilder auf Screens unsere tatsächlichen Formen des Streitens prägen.

Leef Hansen ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Medien- und Kommunikationswissenschaft an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg sowie Filmregisseur und Fotograf. Franziska Heller ist Professorin für Medienwissenschaft der Abteilung Medien- und Kommunikationswissenschaft an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

THEMA

FOTO: PICTURE ALLIANCE / DANIEL BOCKWOLDT/DPA | DANIEL BOCKWOLDT

Kreativer Protest: Künstlerinnen und Künstler demonstrieren mit der Performance »1000 Gestalten« gegen den G20-Gipfel in Hamburg

Sind Sie anderer Meinung?

Eine Annäherung an das Thema Streit im Museum für Kommunikation

LAURA SCHMIDT

Ich möchte nicht, dass wir uns streiten.‹ Wahrscheinlich haben wir alle diesen Satz schon einmal gehört oder gesagt.« Mit diesen Worten leitet die Ausstellung »STREIT. Eine Annäherung«, die im Berliner Museum für Kommunikation konzipiert wurde und ab dem 6. Oktober im Museum für Kommunikation Frankfurt zu sehen ist, in das Thema ein. Weiter heißt es: »Streit begleitet die menschliche Kommunikation von Kindesbeinen an.«

Auch wenn die Anlässe weniger bedeutsam erscheinen, streiten Kinder oft intensiver, aber auch ehrlicher als Erwachsene. Und dennoch: »Hört auf zu streiten!« oder »Vertragt euch jetzt!« lautet meist der erzieherische Befehl. Das mentale Bild von Kindern, die sich schmollend und nur widerwillig die Hand reichen, kommt auf. Wenn die kindliche Auseinandersetzung also bereits im Keim erstickt wird, bevor die Streithähne und -hühner eventuell sogar selbst zu einer Lösung, gar einer Versöhnung kommen, verwundert es nicht, dass den meisten Menschen nachgesagt wird, nicht streiten zu können.

Wie also sollen wir gut streiten, wenn es uns als Kindern untersagt wird und wir im Erwachsenenalter Streit mehr negativ denn positiv konnotieren? Zunächst gilt es, einige klassische Regeln einzuhalten: einander ausreden lassen, gut zuhören, die Perspektive wechseln und Kritik sachlich formulieren. Streit ist normal, erlaubt, soll fair verlaufen, und alle Streitenden sollten die gleichen Rechte haben. Auch jenes, auf den Streit zu verzichten. Eine Eskalation kann so ggf. vermieden und eine Versöhnung oder zumindest ein Kompromiss erreicht werden, der das Verhältnis der Beteiligten nicht belastet.

Şeyda Kurt schreibt in ihrem Buch »HASS – Von der Macht eines widerständigen Gefühls«, dass Hass das Potenzial hat, Menschen aus ihrer Ohnmacht zu holen und sie zur Selbstermächtigung motiviert. Einen ähnlichen Effekt kann auch ein Streit, selbst im eskalativen Moment, haben. Denn die zwei eng verwandten und gleichermaßen verpönten Phänomene Hass und Streit sind mitunter auch Katalysator für mutige und progressive demokratische Bewegungen. Gesteht man nämlich den Dualitäten – Streit/Versöhnung und Hass/Liebe – eine Gleichzeitigkeit zu, können konstruktive Dynamiken entstehen. Nimmt man darüber hinaus altruistische und weniger dem Selbstzweck dienende Positionen ein, streitet also im Kontext von Solidarität, sollte eine Gesellschaft gar nicht genug vom Streiten bekommen. Was in der Theorie allerdings logisch klingt, ist in der Praxis ob der persönlichen Emotionalisierung und individuellen Biografie oft nicht einfach.

Die Annäherung an die menschliche Streitkultur – privat und öffentlich, gesellschaftlich und politisch – scheint eine gewisse Dringlichkeit zu haben. Die zeitgenössische Literatur bietet unzählige Plädoyers, Essays, Ratgeber und Kinderbücher zum Thema. Und die Kuratorinnen und Kuratoren der Ausstellung gaben im Laufe der Recherche und Konzeption auf, alle Artikel zu lesen, die der Google-Alert zum Stichwort »Streitkultur« lieferte. Es waren schlicht zu viele. Der Tenor aber war stets ähnlich: Die Fronten verhärten sich, wir haben verlernt zu streiten, so kommen wir nicht weiter, wo sind die leisen, auf Vernunft pochenden Zwischentöne geblieben? Es gilt also, das Streiten aufzuwerten, indem die Diskurse mehr mit sachlichen und fachlichen Argumenten statt mit unmittelbarer Empörung angereichert werden.

Die Ausstellung »STREIT. Eine Annäherung« will daher ihr Publikum durch die Präsentation historischer und aktueller Diskurse ins Gespräch bringen und dazu motivieren, konträre Positionen wirksam zu diskutieren. Für die Reflexion darüber, wie, wofür und worüber man streitet, bietet der Ausstellungsraum die vier großen Themenbereiche Kunst, Liebe, Macht und Geld. Die darin präsentierten Streitanlässe sind vielfältig und mitunter sehr politisch. Die Besuchenden finden aber in den meisten Fällen einen Bezug zur eigenen Realität und werden angeregt, sich auszutauschen – in unterschiedlichen Erregungsstufen.

Die Ausstellungstexte liefern die erwähnten sachlichen und fachlichen Argumente dazu. Das Verfassen der Texte und die Entscheidung darüber, welche Positionen genannt würden, glich manchmal einem Drahtseilakt. Interne Auseinandersetzungen über Formulierungen und Wortwahl waren aber gleichzeitig Garant dafür, dass die präsentierten Objekte und Themen durchaus Potenzial für Wortgefechte zwischen den Besuchenden haben würden.

Ein Berliner Straßenschild mit der Beschriftung »Nachtigalplatz« – Gustav Nachtigal war ein Wegbereiter des deutschen Kolonialismus –, das von Aktivisten mit Farbe beworfen wurde, regt beispielsweise die Debatte über die Umbenennung von Straßen an. Da auch eine Straße in unmittelbarer Umgebung des Museums neu benannt werden soll, hat die emotionale Auseinandersetzung der Nachbarschaft das Ausstellungsteam erreicht – und schließlich wurde auch darüber diskutiert, während das Straßenschild im Ausstellungsraum angebracht wurde.

Hass hat das Potenzial, Menschen aus ihrer Ohnmacht zu holen und sie zur Selbstermächtigung zu motivieren. Einen ähnlichen Effekt kann auch ein Streit, selbst im eskalativen Moment, haben

Weitere Objekte, wie eine Reproduktion von Emil Noldes »Brecher«, eine Ausgabe von J. K. Rowlings »Harry Potter und der Stein der Weisen« und Kanye Wests Vinyl »Ye«, regten das Kollegium und die Besuchenden gleichermaßen dazu an, virulente Fragen zu diskutieren: Darf ich Bilder von Malern mit problematischer Vergangenheit gut finden oder Musikern zuhören, die im Privatleben zahlreiche Verfehlungen begehen? Kann ich Bücher lesen, deren Sprache oder Autoren Menschen verletzen? Die naheliegende Debatte um die sogenannte »Cancel Culture« wird von einigen Besuchenden als Phänomen der »woken« Generation Z abgetan. Die Autorin, Generation Y, möchte an dieser Stelle provokant erwidern, dass doch schon der Ikonoklasmus eine frühe Form des Cancelns war. Sie sind anderer Meinung? Lassen Sie uns gern darüber streiten.

Laura Schmidt ist wissenschaftliche Volontärin am Museum für Kommunikation Berlin und Co-Kuratorin der Ausstellung »STREIT. Eine Annäherung«

MEHR DAZU

Auf streit.museumsstiftung.de gibt es einen Einblick in die Ausstellung und deren Inhalte sowie Programmhinweise.

Kräftemessen der Sprachgewalt

Diss-Tracks im Hip-Hop

SANDRA WINZER

Düster-grau. In Sekundenschnelle blitzen sie auf, schwarz-weiße Bilder von Explosionen, Ampelmännchen, Raketen. »Diese Welt ist gefickt, ja vielleicht hör ich auf, nur noch ein-zwei Hits (…) diese Welt ist im Krieg.« Im Musikvideo von MiZebs »Disstrack an die Welt« kritisiert er die Blindheit der Gesellschaft. Setzt sich für »Menschen zweiter Klasse« ein – »denn am Ende interessier'n euch nur die Tankstellenpreise. Gibt kein Geld für die Pflege, doch Patronen und Gewehre (…) Bruder ich hab' keine Liebe mehr – ich fick' diese Welt«. Ein Weckruf in klarer Sprache: Was rough daherkommt, ist ein Plädoyer für mehr Menschlichkeit.

Kein Blatt vor den Mund zu nehmen – das ist Alltag im Hip-Hop-Geschäft. Es ist aber noch mehr. Musikalisch zu streiten, oder zumindest in den Wettkampf zu gehen, ist eine Kunst. Der Beef im Rap-Geschäft ist gewollt, denn: Er lockt aus der Reserve.

In »Samy De Bitch!!« missfiel dem Rapper Azad die Präsenz von Samy Deluxe in den kommerziellen Medien Anfang der 2000er Jahre: »In Lektion Nummer Vier demonstrier ich dir Realness. Ich fick Promo, während du bei Interaktiv sitzt.« Ob vulgär oder smart, es zieht. Samy Deluxe antwortet in »Rache ist süß«: »Ich weiß, du beneidest mich, weil ich so ein tighter Rapper bin. Doch du rappst länger als ich und hättest dich auch mal bessern können.«

Sportlich-derb mit Wortwitz die Gesellschaft oder andere Musikerinnen und Misker anzugreifen – dieser Stil hat eine eigene Liga: die Battlerap Bundesliga (BRB). Neben vorgeschriebenen Texten gibt es Freestyle und zwischen Hip-Hop-Künstlerinnen und -Künstlern den echten Austausch. Punchlines und Konter – der Dialog wird zur Herausforderung, kränkend, sinnlich, manchmal laut, oft wenig subtil, einfach emotional. Doch was ist es, das Konsumentinnen und Konsumenten an der Beobachtung von öffentlichen Streits reizt? Streiten – das heißt lebendig sein, sagte der Publizist Michel Friedman aus Frankfurt in einem Interview mit dem Deutschlandfunk vor zwei Jahren. Er hat ein Buch über Streitkultur veröffentlicht und glaubt fest daran, dass man durch Streiten lernt. Streiten habe einen Wert an sich, man setze sich mit anderen und deren Meinungen auseinander. Wer streite, provoziere, sei lebendig. Friedmann sieht das als Freiheitsrecht, als Sauerstoff der Demokratie.

Wie gut dieser Sauerstoff verbindet, zeigte jüngst ein Massenansturm in Frankfurt. Verschwitzt strecken sie die Hände in die Höhe, gedrängt dicht an dicht – rund 1.000 Jugendliche versuchen, nur eines zu bekommen: ein Giveaway von Rapper Reezy und Achraf – dem Gründer des Streetwear-Labels 6PM. CD oder Streetwear – Menschen aus ganz Hessen strömen zur Frankfurter Hauptwache am 23. August 2023. Nach einem Social-Media-Aufruf der beiden in die Fußgängerzone. Rap – der zieht.

Jigzwar gegen Karat, Mois gegen Maestro, The Game gegen Eminem – gern erklären Rappende auf Onlineforen oder in den sozialen Netzwerken, warum sie den jeweils anderen gedisst haben. »Er hat schwerwiegende, harte Sachen über mich gesagt«, lauten die Antworten. »Er hat in einer Insta-Fragerunde angegeben, dass er zu 0% Kontakt mit mir haben will« oder einfach »Weil es sonst niemand macht«. Egal ob persönliche Gründe oder weil der Rappende es fühlt: Im Hip-Hop wird gebattelt – unmittelbar, ungeschönt und über längere Zeit hinweg.

Diese Auseinandersetzung mit dem jeweils anderen gehört zur demokratischen Verpflichtung, sagt Publizist Friedman. In seinem aktuellen Buch »Schlaraffenland abgebrannt«, das jetzt erscheint, spricht er über das Privileg der Demokratie: »Aber ist dieses Privileg nicht auch Verpflichtung? (…) Es macht mich traurig, wie wenig Lust und Sehnsucht Menschen haben, zu streiten. Zu denken. Vor-zu-denken. Nach-zu-denken. Ideen zu entwickeln. Thesen zu entwickeln. Fantasien freien Lauf zu lassen. Gefühle in Worte umzusetzen, Argumente zu suchen. Gegenargumente zu finden. Konflikte auszuhalten, sich zu engagieren.« Womöglich ist es das, was den Hip-Hop und Battle-Rap so lebendig macht. Das Aufstehen für Eigenes, das Auflehnen gegen Meinungen, die Stärkung von Einsichten durch ihre kurzfristige Defragmentierung.

Was zunächst plump daherkommt, mit Hurensöhnen, Nutten und sexualisierter Sprache ist jedoch weniger einfach, als es scheint. Wer battelt und disst, muss die richtigen Worte finden – und das im richtigen Augenblick. Im Takt die Buchstaben wortstark aneinanderreihen, so, dass sie nicht kaltlassen, sondern, genau: aufreiben. Nicht nur Brüllen, Monologisieren oder Aufdrängen. Sondern einen öffentlichen Diskursraum in der Musik schaffen. Eine Aufsässigkeit, die in ihrer ganz eigenen Kultur erwünscht ist, denn wer raushaut, weckt auf, der kriegt im Hip-Hop eine Antwort.

»Streit ist ein Miteinander, nicht ein Gegeneinander«, findet Publizist Friedman in seinem aktuellen Buch. Ein guter Streit sei wie ein Konzert ohne Dirigenten. »Die Solisten sind gut vorbereitet, haben geübt, können harmonisch mit ihren Instrumenten mehr Miteinander schaffen, als ein Solo entstehen lassen könnte.« Immer wieder beziehen sich die Rappenden aufeinander, hauen raus, (re-)agieren. Zwar nicht per definitionem harmonisch, aber zumindest in Bezug aufeinander.

»Mit Eminem ist es nichts Persönliches«, betonte The Game im Mai. »Ich hab' das Gleiche mit Jay-Z gemacht, als ich jünger war. Manchmal schießt man halt. Hip-Hop muss interessant sein.« Und wer schießend streitet, scheint interessant zu bleiben. Im Hip-Hop geschieht Streit nicht subtil, sondern schlagkräftig direkt. Wer streitet, haut zu, lockt den Gedissten aus der Reserve, will angreifen, um auszuteilen. Weggeduckt wird nicht.

FOTO: PICTURE-ALLIANCE/ DPA | WOLFGANG KUMM

Tausende von Kerzen gegen Rechts: Stille Demonstration gegen Fremdenfeindlichkeit am 25.12.1992

Gerade hier kommt es vor, dass verbale Gewalt den Diskursraum prägt. Da sind Vorurteile und politisch unkorrekte Meinungen. Frauen, Mutterf*** und kalkulierte Provokationen stehen an der Tagesordnung von Rap-Songs, fehlerhafte Frauenbilder ebenso. Warum ist das hier erlaubt?

Schon länger melden sich die Frauen in der Deutschrap-Szene aber selbst zu Wort. Die weiblichen MCs der aktuellen Generation zeigen, dass auch weiblich »hart gedisst« werden kann. Antifuchs, Schwesta Ewa oder Celine – sie zeigen sich und packen aus: »Du hattest recht, ich bin crazy – Steh' auf dei'm Benz mit 'nem Basey – Du hast mein Leben gefickt – Jetzt kriegst du alles zurück – Geistesgestört wie Slim Shady – Du nennst mich nie wieder ›Baby‹ – Denn für mich bist du ein Hurensohn.«

Hinfort der scheinbar »klassisch-weibliche« Sanftmut, stark und laut kommen die femininen Wortkraftpakete auf die Fläche; sind seit Jahren nicht mehr aus dem Hip-Hop wegzudenken. Die Künstlerkolleginnen und -kollegen werden herausgefordert – im direkten Kräftemessen der Sprachgewalt.

Ein Track hier, eine Line da – gedisst wird im Hip-Hop seit jeher. Ein Kriegsbeil, das mittlerweile auch teilweise begraben wird. »Es gibt keine Gegner gerade«, sagte Rapper-Legende Fler in einem Online-Interview Anfang des Jahres. »Wen soll ich denn dissen?« Disstracks seien nur dann sinnvoll, wenn der Gedisste ein hohes Standing habe. Anderen Rappern durch den Diss eine Plattform zu bieten sei nicht sinnvoll. Also geht es gegen alle – gegen die Welt. Wie bei MiZebs. Corona, Ukraine und Klimakrise – aufreibende Themen gibt es genügend. Recht hat er.

Streiten hat also doch auch etwas mit Augenhöhe zu tun. Wer gut streiten kann, der erhebt sich nicht, der prügelt nicht nur ein. Wer streiten kann, geht in Verbindung, setzt sich auseinander. Dass das im Rap seit seiner Gründung hitzige Wortwechsel einschließt, ist Ehrensache. Wem das nicht gefällt, der darf gern drüber streiten.

Sandra Winzer ist ARD-Journalistin im Hessischen Rundfunk

Von Pöbeleien über Sprechchöre bis zu Fangesängen

Das Spektakel Fußball

SIMON MEIER-VIERACKER & TORBEN RATH

Fußballfans pflegen eine lebendige Streitkultur. Wenn im Stadion zwei Mannschaften miteinander um den Sieg ringen, dann ist das Geschehen auf dem Rasen nicht der einzige Wettstreit, der die Szenerie bestimmt. Auch auf den Tribünen, wo die Fans mit ihren Fangesängen, Fahnen, Bannern und Ultras das Spektakel Fußball mitprägen, lassen sich vielfältige Formen des Streitens beobachten. Zwar sind die für den Hooliganismus der 1980er Jahre typischen Gewaltexzesse inzwischen zurückgegangen und der ursprünglich aus Italien stammenden Fankultur der Ultras gewichen, welche Gewalt eher ins Symbolische transferiert. Dennoch wählen viele Ultragruppen einen oft martialischen Stil und pflegen eine regelrechte Beschimpfungs- und Provokationskultur. Von spontanen Pöbeleien über Sprechchöre und Fangesänge bis hin zu aufwendig gestalteten Bannern und Choreografien reichen die Insignien dieser Provokationskultur, die im Streit mit gegnerischen Fans, aber auch mit Verbänden oder der Polizei zum Einsatz kommen. Manches mutet eher spöttisch an (»Ihr werdet nie deutscher Meister!«), anderes fällt durch derb-vulgäres Vokabular (»Hurensöhne FC!«) oder auch explizite Gewaltthematisierungen auf (»Wir schmeißen Stein auf Stein auf die Elf vom Niederrhein«).

Die Gewalthaftigkeit all dieser Formen des Streitens wird in den meisten Fällen aber verlässlich eingehegt durch ihre Wechselseitigkeit und Ritualhaftigkeit. Beschimpfen und Beschimpft-Werden sind erwartbare Praxis für alle, die in der für die Ultras typischen Erlebnisorientierung an der von Rivalität geprägten Fußballfankultur im Stadion und darüber hinaus partizipieren. Die derbe Streitkultur, wie sie im Stadion besonders intensiv und emotional ausgelebt wird und die bewusst mit den bürgerlichen Umgangsnormen bricht, ist deshalb für die Fankultur als Ganzes identitätsstiftend. Sie wird daher auch leidenschaftlich gegen Reglementierungsversuche von außen verteidigt.

Ein eindrückliches Beispiel sind die lang anhaltenden Fanproteste gegen den Unternehmer Dietmar Hopp, dessen finanzielles Engagement für den Verein TSG 1899 Hoffenheim gerade von Ultras stark kritisiert wird. Als Inbegriff der zunehmenden Kommerzialisierung des Fußballs ist Hopp wiederholt auf Bannern als »Hurensohn« geschmäht und in einem Fadenkreuz dargestellt worden, was diesen wiederum zu juristischen Schritten veranlasste, die letztlich Stadionverbote für ganze Fangruppen nach sich zogen. Die aufsehenerregenden Fanproteste gegen Hopp im Frühjahr 2020, als gleich in mehreren Stadien erneut »Hurensohn«- und Fadenkreuzbanner gezeigt wurden, waren nicht mehr nur persönliche Schmähungen Hopps. Es waren vielmehr auch fanpolitische Proteste gegen die als Kollektivstrafen wahrgenommenen Stadionverbote und den Versuch, die fantypische Beschimpfungskultur zu reglementieren.

Der Fall zeigt, dass die Streitkultur der Fußballfans häufig auch politische Ziele verfolgt. Das Verhältnis der sehr heterogenen Ultraszene zu politischen Werten der Zivilgesellschaft ist aber ambivalent. Setzen sich einige Gruppen explizit für eine zwar provokante, aber diskriminierungsfreie Streitkultur ein und beziehen Stellung gegen Rassismus und Homophobie, machen sich andere gerade solche diskriminierenden Formen für den Zweck größtmöglicher Provokation zunutze.

Die Streit- und Provokationskultur der Fans ist nicht auf den Austragungsort Fußballstadion und die Dauer des Spiels beschränkt; vielmehr findet sie auch im öffentlichen Stadtraum ihren Ausdruck. Hier markieren Ultras durch unzählige Aufkleber und Graffitis ihr Revier, machen ihre Gruppe sichtbar und definieren damit den eigenen Aktionsraum. Zugleich realisieren Ultras mit diesen Kommunikaten häufig auch im Grenzbereich des Sag- und Zeigbaren liegende Provokationen gegenüber gegnerischen Fans, Fußballverbänden und der Polizei. Dies zeigt sich beispielsweise, wenn auf einem Aufkleber Slogans wie »SCHEISS ST. PAULI« und »ST. PAULI AUSROTTEN« mit gewaltverherrlichenden Bildmotiven zu einer martialisch anmutenden Gesamtbotschaft verknüpft werden oder wenn auf einem Aufkleber neben dem Slogan »ACAB«, für »All Cops Are Bastards«, ein Schwein in Polizeiuniform abgebildet ist.

Neben der Gestaltung hängt das Provokationspotenzial solcher Aufkleber auch vom konkreten Anbringungsort ab. Als besonders provokant gilt dabei das Anbringen von Ultra-Aufklebern in fremden Revieren – etwa während der Anreise zum gegnerischen Stadion. Diesen Provokationen begegnet die gegnerische Fanszene, indem sie die Sticker abreißt, verkratzt oder mit eigenen Exemplaren überschichtet. Hierbei kommen häufig auch Aufkleber zum Einsatz, die eigens für den Zweck der Revierverteidigung gestaltet wurden (»ÜBERKLEBT NUR DER VFB, DU ARSCHLOCH!«). Insbesondere an Orten wie Bahnhöfen, die regelmäßig von verschiedenen Fanlagern frequentiert werden, ist ein fortlaufendes gegenseitiges Überkleben der Ultragruppen zu beobachten. Dieses beständige Markieren und Verteidigen des Reviers zählt zweifelslos zum festen Bestandteil dieser subkulturellen Streitkultur.

Darüber hinaus umfasst das Provokationsrepertoire noch deutlich spektakulärere Praktiken, wie das Besprühen von Zügen mit großflächigen Anti-Botschaften. Diese Praktik kann mitunter vor besonders brisanten Spielen wie etwa Lokalderbys beobachtet werden. Zur Maximierung der Provokation geschieht dies vornehmlich auf Zügen, die in die verhasste Stadt fahren. So bemalten etwa Kölner Ultras nach Düsseldorf fahrende Züge schon mehrfach mit Botschaften wie »F95 Fotzen« oder »Scheiss F95«. Auch Mannheimer Ultras drückten ihre Geringschätzung des Lokalrivalen aus Kaiserslautern bereits mit einem solchen Graffiti aus: »OB ULTRA ODER HOOL KL BLEIBT SCHWUL«.

Schließlich werden Bahnhöfe regelmäßig von anreisenden Fans okkupiert und zum Schauplatz eines verbalen Wettstreits zwischen den verschiedenen Fanlagern – etwa »Hurra, Hurra, die Dresdner die sind da!« vs. »Scheiß Dynamo, Scheiß Dynamo!« –, der in seiner Lautstärke und Derbheit die Grenzen zwischen der Fankultur insgesamt und der ebenfalls anwesenden Öffentlichkeit unüberhörbar markiert.

Simon Meier-Vieracker ist Professor für Angewandte Linguistik am Institut für Germanistik und Medienkulturen der TU Dresden. Torben Rath ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Germanistik und Medienkulturen der TU Dresden

Kurz-Schluss

Wie ich wieder einmal trotz meiner reichen Erfahrung für eine aufwendige Recherche nix erhielt

THEO GEIßLER

Wie das so ist, wenn man vom Ableben eines eigentlich längst vergessenen Klassenkameraden erfährt, perlen Gedanken aus Erinnerungs-Marianengräben hoch. Gedanken an die gemeinsame Freundschaft mit Klaus, samt Lehrerpeinigungen und Scharmützeln um Klassenkameradinnen unter verschiedenen Aspekten. Anstrengende Gewissenserforschungen, weshalb das Buben-Bündnis vor Jahrzehnten auseinanderging. Eine gewisse, sicherlich nicht sonderlich vertiefte gemeinsame Faszination am Thema Tod verband uns während der ersten Grundschulklassen. Direkt an unseren Nürnberger-Trichter-Bau des Lernens fürs Leben grenzte nämlich der dörfliche Friedhof samt Leichenhalle. Und die war offen, wenn belegt, – damit man von Verblichenen Abschied nehmen konnte. Trotz strengster Verbote der Schulleitung unter Strafandrohungen (bei Täterfang öfters mal exekutiert) von bis zu 20 Tatzenschlägen mit dem Bambusröhrchen, gerecht verteilt auf Finger und Gesäß, konnten Klaus und ich natürlich nicht gebremst werden. Auf Schleichpfaden robbten wir in Pausen oder Freistunden durch das Gräberfeld zur Aussegnungshalle und bespähten gänsehautüberzogen (in der Halle war es kühl …) die Verstorbenen. Fasziniert von ihrer Regungslosigkeit, der meist fahlen Haut und der stets festlichen Bekleidung im Sarg, deren Sinn uns angesichts ihrer Zukunft nicht einleuchtete. Unser letzter Besuch galt dann einer Klassenkameradin, die im Tegernsee ertrunken war. Er trieb uns Tränen in die Augen und hielt uns eben von künftigen derartigen Exkursionen ein für allemal ab.

In der vierten Klasse hatte ich dann gemeinsam mit drei weiteren Ketzern als Protestant im schwarzen Oberbayern leider Religionsunterricht. Leider, weil zwei Freistunden katholischer Unterweisung wegfielen. Gemildert wurde der Unmut von unserem jungdynamischen evangelischen Pfarrer. Vermutlich weil ich der körperlich längste Evangelische war, kürte er mich zum Kreuzträger des Trauerzugs bei Beerdigungen. Aufgrund der ausgeprägten Equal-Religion-Gap in unserem Dorf kamen solche Anlässe maximal monatlich vor. Bedauerlich, weil ich dann erstens schulfrei hatte, einen schwarzen Talar tragen, im Volkswagen des Pfarrers mitfahren durfte und ein Honorar von 50 Pfennig, manchmal gar Trinkgeld erhielt.

Klaus verlor ich vor dem Abitur – auch wegen eines Schulwechsels – aus den Augen. Drei, vier Jahrzehnte vergingen. Als kleiner Schreiberling frettete ich mich durchs Leben. Relativ verzweifelt suchte ich gern auch nach tröpfelnden Einnahmequellen. Ein Freund, Name vergessen, schenkte mir, statt mir einen Fünfer zu leihen, eine Zugangskarte zur Pressekonferenz der seinerzeit noch blühenden Berliner Funkausstellung. Ich sei doch ein Kontaktgenie. Haha. Also ab in den silbernen Asbestbunker und Augen auf.

Eine Pranke versuchte, meine linke Schulter auszurenken. Ich wollte schon fliehen, da stellte sich mir ein Trumm von Mann in den Weg, so hoch und breit wie tief. Wenn man das Gesicht optisch von Cinemascope auf 16:9 zurückrechnete, wurde klar: Das ist Klaus. Riesen Begrüßung. Klaus berichtete mir bei einigen Pils von seiner Chefposition bei einer ARD-Dokumentarredaktion. Ich versuchte schmallippig, meine Zahnlücke zu verbergen. Er ließ gerade an einer Serie über ausgefallene Begräbnisrituale drehen. Nicht ganz uneigennützig: Er selber sei nicht gesund und dächte einfach mal über ein würdiges Ritual für seine letzte Ruhestätte nach. Aber bitte nix Religiöses. Soweit er sich erinnere, hätte ich doch Erfahrung. Er könne mir auch ein bescheidenes Recherchehonorar ausloben. Denn ich sähe elend aus – rein optisch natürlich. Ich sagte ihm zu, zunächst eine kleine Stoffsammlung vorzubereiten, er möge auswählen – pro fertigem Skript sei mein Preis dann 10.000 plus Spesen. »Super, passt!«, dröhnte Klaus während eines weiteren Versuchs, meine linke Schulter zu zermalmen, und steckte mir seine Visitenkarte hinter den Brillenbügel. Ich zahlte elf Pils (hundertzehn).

Ich startete meine Stoffsammlung mit einem Berliner Billigbestatter: Viertelung des Körpers auf Umzugskistengröße, Außenwände mit schwarzem DC-Fix beklebt (dreihundert), Kreuz kostet extra – aber super Understatement, hohe Aufmerksamkeit bei Boulevardpresse dank meiner Öffentlichkeitsarbeit (Zweitausend extra).

Ferner Naturbestattungen: günstig samt Ürnchen (Marmeladenglas), anonym im Seitenstreifen der A100. Etwas teurer im Berliner Tiergarten (Polyester-Urne samt Holzkreuz, 200mm). Falls gewünscht: würdigende Traueransprache von mir (fünftausend), Precht (zweihundert) oder zehn Sekunden Gottschalk (Neunzigtausend). Jederzeit aufstockbar bis hin zu Waldbegräbnis unter tausendjähriger Eiche. Sehr im Trend: Wasserbegräbnis – Ausstreuen der Asche vom Ufer in die Spree (Tausend ohne Rede) oder vom Traumschiff »Adria« mit Silbereisen-Rede (zwanzigtausend). Der angemessene Super-Spitzen-Act sei freilich das Umschmelzen von Klaus z. B. in einen Viertelkarat-Diamanten. Wegen Energiekosten leider sehr teuer (ca. eine Mio. samt Etui).

Zehn Jahre hörte ich nix von Klaus. Da erreichte mich ein kleines Päckchen: drin eine schwarze Schatulle aus Hartplastik, eingraviert: »Klaus«. Ich öffnete das Teil, mir funkelte ein winziges Steinchen entgegen. Ich war gerührt. Drehte die Box auf der Suche nach weiteren Infos um. Dort stand: »Swarowski«.

Theo Geißler ist Herausgeber von Politik & Kultur

KARIKATUR: HEIKO SAKURAI

Diese Karikatur ist dem Cartoon-Band »#Antisemitismus für Anfänger« entnommen, eine Anthologie satirischer Texte und Cartoons, herausgegeben von Myriam Halberstam, Ariella Verlag. Im Rahmen unseres Engagements gegen Antisemitismus zeigen wir 2023 in jeder Ausgabe von Politik & Kultur eine Karikatur zu diesem Thema.

LAWROWS TRÄUME

London: Aus dem British Museum sind zahlreiche Objekte gestohlen worden. Nur einige Gegenstände hat man nach Angaben des Aufsichtsratschefs George Osborne bislang aufgespürt. »Wir glauben, dass wir über einen langen Zeitraum Opfer von Diebstählen geworden sind. Und offen gestanden hätte mehr getan werden können, um sie zu verhindern«, sagte Osborne. Er entschuldigte sich und versprach, man werde das wieder in Ordnung bringen. Laut Osborne sind nach jetziger Kenntnis rund 2.000 Objekte verschwunden. Dank ihres Verkaufs soll die Inthronisation von König Charles finanziert worden sein.

Oulu: Die Japanerin Nanami »Seven Seas« Nagura ist Meisterin im Luftgitarrespielen – sie hat zum dritten Mal einen internationalen Wettbewerb in Finnland gewonnen. Damit sei sie die erfolgreichste Teilnehmerin aller Zeiten, gaben die Veranstalter am Freitagabend bekannt. In einem Video sieht man, wie sich Nagura erst roboterartig auf der Bühne bewegt, sich dann einen Umhang vom Körper reißt und als Karosserie eines Fiat 500 loslegt. Bundesverkehrsminister Wissing sprang spontan auf die Bühne, umarmte Nagura und küsste sie auf den rechten Scheinwerfer, der daraufhin erlosch.

Albuquerque/Berlin: Mit einem neuen Molekül von Forschern der Sandia National Laboratories, dessen Zusammensetzung und Herstellungsprozess geheimgehalten wird, lassen sich halbwegs gut durchblutetem Fleisch und Kunststoffen metallähnliche Eigenschaften verleihen. Es sorgt dafür, dass die Formänderungen bei Temperaturschwankungen deutlich geringer werden. Das bedeutet eine höhere Haltbarkeit, etwa von Smartphone-Hüllen oder auch menschlichen Verbindungen. Die Hauspsychologen der »Ampel« haben 200 Kilo des Stoffes bestellt.

Leipzig: Das Jahr im MDR wird sportlich vielfältig: Neben dem zusätzlichen Abendspiel der 3. Liga, Dynamo Dresden gegen Erzgebirge Aue, gibt es reichlich Liveberichterstattung. Mit dem Vollprogramm reagiert der Sender auch auf die unterschiedlichen Anstoßzeiten in der 3. Liga und der Regionalliga und gestaltet künftig das Sportprogramm im Digitalen und im TV noch flexibler und mehr barrierefrei. MDR-Programmdirektor Klaus Brinkbäumer: »Der mitteldeutsche Sport in all seinen Facetten ist uns das wesentliche Anliegen, und die große Kraft des linearen Fernsehens liegt in der Liveberichterstattung. Alle anderen Sendungen ersparen wir uns und Ihnen.« *tg*

IMPRESSUM

Politik & Kultur – Zeitung des Deutschen Kulturrates
c/o Deutscher Kulturrat e.V.
Chausseestraße 10
10115 Berlin
Telefon: 030 . 226 05 280
Fax: 030 . 226 05 2811
www.politikkultur.de
redaktion@politikkultur.de

HERAUSGEBER
Olaf Zimmermann und
Theo Geißler

REDAKTION
Olaf Zimmermann (Chefredakteur v.i.S.d.P),
Gabriele Schulz (Stv. Chefredakteurin),
Theresa Brüheim (Chefin vom Dienst),
Lisa Weber,
Barbara Haack,
Andreas Kolb

ANZEIGENREDAKTION
ConBrio Verlagsgesellschaft, Martina Wagner
Telefon: 0941 . 945 93-35,
Fax: 0941 . 945 93-50
wagner@conbrio.de

VERLAG
ConBrio Verlagsgesellschaft mbH
Brunnstraße 23, 93053 Regensburg
www.conbrio.de

LAYOUT & SATZ
Birgit A. Rother
ConBrio Verlagsgesellschaft mbH

DRUCK
Freiburger Druck GmbH & Co. KG
www.freiburger-druck.de

GESTALTUNGSKONZEPT
4S, www.4s-design.de

Politik & Kultur erscheint zehnmal im Jahr.

ABONNEMENT
30 Euro pro Jahr (inkl. Zustellung im Inland)

ABONNEMENT FÜR STUDIERENDE
25 Euro pro Jahr (inkl. Zustellung im Inland)

BESTELLMÖGLICHKEIT
Die Zeitung erhalten Sie direkt beim Deutschen Kulturrat über abo@politikkultur.de und www.politikkultur.de/abo.

VERKAUFSSTELLEN
Politik & Kultur ist im Abonnement, in Bahnhofsbuchhandlungen, großen Kiosken sowie an Flughäfen erhältlich. Alle Ausgaben können unter www.politikkultur.de auch als PDF geladen werden. Ebenso kann der Newsletter des Deutschen Kulturrates unter www.kulturrat.de abonniert werden.

HAFTUNG
Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte und Fotos übernehmen wir keine Haftung. Alle veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Politik & Kultur bemüht sich intensiv um die Nennung der Bildautoren. Nicht immer gelingt es uns, diese ausfindig zu machen. Wir freuen uns über jeden Hinweis und werden nicht aufgeführte Bildautoren in der nächsten Ausgabe nennen.

HINWEISE
Der Deutsche Kulturrat setzt sich für Kunst-, Publikations- und Informationsfreiheit ein. Offizielle Stellungnahmen des Deutschen Kulturrates sind als solche gekennzeichnet. Alle anderen Texte geben nicht unbedingt die Meinung des Deutschen Kulturrates e.V. wieder. Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird manchmal auf die zusätzliche Benennung der weiblichen Form verzichtet. Wir möchten deshalb darauf hinweisen, dass die ausschließliche Verwendung der männlichen Form explizit als geschlechtsunabhängig verstanden werden soll.

FÖRDERUNG
Gefördert aus Mitteln Der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien auf Beschluss des Deutschen Bundestages.

BEILAGENHINWEIS

Dieser Ausgabe liegt das Dossier mit dem Titel »Vernetzt.« zu Frauennetzwerken bei.